

Zeigen wir, was geht.

Wahlprogramm der Freien Demokraten zur
Bürgerschaftswahl in Bremen und zur Wahl
der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven
am 14. Mai 2023

Freie
Demokraten
FDP

Kapitel 1: Zeigen wir, wie bessere Bildung geht	1
Frühkindliche Bildung	1
Kita-Plätze	1
Familienfreundliche Kitas durch flexible Angebote	2
Gebührenfreie Kitas und Entscheidungsfreiheit.....	2
Schließzeiten abschaffen.....	2
Verpflichtende Sprachtests und verpflichtende Sprachförderung	3
Private Akteure bei der frühkindlichen Bildung stärken – Tagespflege	3
Externe Evaluation zur kontinuierlichen Verbesserung frühkindlicher Bildung	3
Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung stärken	3
Erzieherausbildung stärken	4
Digitalisierung in der Verwaltung und der Kommunikation von Kitas	4
Naturkindergarten für Bremerhaven.....	4
Moderne und leistungsorientierte Schulen.....	5
Die Grundschule als Fundament der Bildung	5
Moderne Bildung braucht leistungsorientierte Schulen.....	6
Sanierungsstau abbauen und zukunftssicher planen	6
Sitzenbleiben wieder einführen	6
Noten ab der dritten Klasse	6
Grundbildung Modernisieren	6
Eigenständige und leistungsstarke Schulen	7
Fortschrittliche Schulen durch Transparenz und Wettbewerb	7
Moderne und leistungsstarke Lehrer	7
Gegen Lehrermangel und Unterrichtsausfall	8
Lehrbeauftragte an Schulen	8
Inklusion richtig umsetzen	9
Didaktische Methoden	9
Schule in Europa.....	9
Wirtschaft und Politik als festen Bestandteil in der Schule etablieren	10
Sicherheitspolitische Bildung in Bremen ermöglichen	10
Profilbildung von Oberschulen ermöglichen und unterstützen.....	10
Stärkung der Gymnasien	11
Talente finden und fördern.....	11
Mit Talentschulen soziale Nachteile überwinden	12
Post-Corona-Programm.....	12
Zielgerichtete Berufsorientierung	12
Berufsschulen stärken	12
Aufstiegs-BAföG und Schulgeldfreiheit	12
Digitalisierung in der Bildung	13

Bremen und Bremerhaven als Vorreiter der Digitalisierung	13
Digital kompetente Lehrkräfte	13
IT-Führerschein.....	14
Chancen der Digitalisierung effektiv nutzen	14
Technische Ausstattung von Schulen.....	14
Hochschulen.....	15
Hochschul- und Wissenschaftsfreiheit	15
Hochschulen als Wirtschafts- und Gestaltungsfaktor.....	15
Ausgründungen aus Hochschulen	15
Hochschulfinanzierung	16
Private Hochschulen.....	16
Orientierungsstudium.....	16
Kapitel 2: Zeigen wir, wie starke Wirtschaft, Energiesicherheit und moderne Arbeit geht	17
Wirtschaft, Arbeitsplätze, Armutsbekämpfung	17
Wirtschaftsklima verbessern – Willkommenskultur für die Wirtschaft.....	17
Unternehmen entlasten, Gewerbesteuer senken	17
Der freie Handel als Fundament der Freie Hansestadt	18
Eine neue Gründerzeit in Bremen	18
Green Economy als Chance.....	18
Mehr Gewerbeflächen für Bremen.....	19
Verkehr immer als Wirtschaftsverkehr denken	20
Gewerbeflächen in Bremerhaven	20
Das Potenzial künstlicher Intelligenz nutzen	20
Cybersecurity-Cluster für Bremen	20
Flughafen Bremen	20
Tourismusförderung.....	21
Rahmenbedingungen für Lebensmittel- und Fischwirtschaft optimieren	21
Unternehmensnachfolge unterstützen.....	22
Energiepolitik	22
Sektorkopplung vorantreiben und Technologieoffenheit fördern.....	23
Wärmeversorgung	24
Wasserstoff.....	24
Netzplanung und Netzausbau	24
Aktive Recycling- und Rohstoffpolitik.....	24
Mehr Möglichkeiten für Bürgerenergie.....	25
Aufstieg ermöglichen	25
Kinderarmut bekämpfen.....	25
Kinderchancengeld einführen.....	25

Familienfreundliche Arbeitszeiten	25
Unterstützung durch Elterngeld.....	26
Passgenaue Arbeitsmarktförderung	26
Weiterbildungsträger	26
Bedarfsermittlung	26
Individuelle Förderung	27
Intensive Betreuung.....	27
Moderne Arbeitswelt.....	27
Lebenslanges Lernen mit „Midlife-Bafög“ fördern	27
Freiräume und Autonomie.....	28
Demografischer Wandel und längeres Arbeiten	28
Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	28
Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel	29
Einwanderung in den Arbeitsmarkt fördern	29
Tarifautonomie stärken: Abschaffung des Landesmindestlohns.....	30
Freie Wahl und Abwahl der eigenen Arbeitnehmervertretung.....	30
Keine Ausbildungsabgabe für Bremen.....	30
Kapitel 3: Zeigen wir, wie solider Haushalt geht.....	31
Schuldenpolitik.....	31
Personalstrukturreform	31
Eigenbetriebe und Beteiligungen.....	32
Erfolgreiche Modelle bei der Erbringung der öffentlichen Daseinsvorsorge weiterführen	32
Geld- und Zahlungsverkehr	32
Trennung von Jugendherberge Wüstewohldede und Schullandheim Bad Bederkesa.....	33
Kapitel 4: Zeigen wir, wie moderne Verwaltung geht.....	33
Bürokratieabbau	33
Englisch als zweite Verwaltungssprache.....	33
Digitalisierung der Verwaltung	34
Datenaustausch und einheitliche Schnittstellen.....	34
Mehr Chancen für die Bremer Digitalwirtschaft - gesetzliches Dataport-Monopol aufheben	35
Glasfaserausbau.....	35
Freies WLAN weiter ausbauen	35
Kapitel 5: Zeigen wir, wie zukunftsfähige Hafenpolitik geht.....	36
Die maritime Wirtschaft als wichtiger Standortfaktor für Mittelstand und Industrie ...	36
Bedarfsorientierte Anpassung und Erhaltung der seewärtigen Zufahrten	36
Anpassung und Ausbau der Hafeninfrastruktur als Standortfaktor.....	37
Häfen und Nachhaltigkeit	37

Wasserstoffterminal	38
Häfen und Digitalisierung	38
Flächen auf den Prüfstand	38
Ausbau und Engpassbeseitigung der Hafenhinterlandanbindung.....	39
Hoheit der Häfen.....	39
Norddeutsche Hafenkooperation ausbauen	40
Einfuhrumsatzsteuer	40
Kreuzfahrttourismus am Standort Bremerhaven stärken	40
Weltraumbahnhof Bremerhaven	41
Dreharbeiten in den Häfen erleichtern	41
Kapitel 6: Zeigen wir, wie Stadtentwicklung geht.....	42
Bremer Innenstadt neu denken.....	42
Bestandsaufnahme: Die Innenstadt im Wandel.....	42
Definition der Innenstadt: Kernbereich und erweiterter Bereich	42
Wohnen in der Innenstadt.....	43
Hoch hinaus - mehr Türme für Bremen	43
Obernstraße als Erlebnisraum	43
Wallanlagen als Ort der Vielfältigkeit	43
Zukünftige Open-Air-Erlebnisstätte: Der Domshof	44
Wasser macht Stadt.....	44
Freie Plätze für Kultur und Sport	44
Generationengerechte Stadt	44
Magnet für Tourismus.....	44
Grün für ein gesundes Stadtklima.....	44
Alles, aber sauber	44
Aufwertung des Bahnhofsumfelds.....	45
Klare Richtlinien für den Reboot der Innenstadt.....	45
Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen.....	45
Gut erreichbar: Zu Fuß unterwegs.....	46
Gut erreichbare Innenstadt für alle.....	46
Zubringerdienste & Innenstadt-Ringverkehr	46
Neue Impulse für Bremerhavens Innenstadt.....	46
Mehr Aufenthaltsqualität für eine moderne Alte Bürger	48
Ein neues Wertquartier für Bremerhaven	48
Stadt Begrünung in Bremen und Bremerhaven steigern.....	48
Fassaden- und Dachbegrünung an öffentlichen Gebäuden.....	48
Baumpflanzungen in Bremerhaven	49
Tiny Forests: Miniwälder für Bremen und Bremerhaven	49
Kapitel 7: Zeigen wir, wie Bauen geht.....	50

Mehr Wohnraum für alle ermöglichen	50
Einfamilienhäuser bei der Ausweisung von Baugebieten stärker berücksichtigen	50
Wohnungseigentum stärken - Mietkaufmodelle stärken	51
Steuerliche Entlastung bei selbstgenutztem Eigentum	51
Sanierung bei Bestandsgebäuden und Altbausanierung weiter voranbringen.....	51
Den Mensch beim Wohnungsmarkt in den Fokus nehmen.....	51
Bauen, bauen, bauen statt Mietpreisbremse und Mietendeckel	51
Bauen statt Klauen - Keine Enteignungen im Wohnungsbereich.....	52
Mietspiegel einführen	52
Mehr Wohnraum für Azubis und Studierende.....	52
Erhalt und Pflege von historischer Bausubstanz	52
Digitale Bauanträge und schnelle Genehmigungsverfahren	52
Der neue Bremer Standard	53
Tiny Houses.....	53
Selbstbestimmtes Wohnen in allen Lebenslagen	53
Kapitel 8: Zeigen wir, wie moderne Mobilität geht.....	54
Individuelle Mobilität.....	54
Fußwege standortfest machen	54
Mehr Verkehrssicherheit für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer.....	54
Fahrradwege ordentlich instand halten statt neue Radpremiumrouten bauen	55
Fahrradverkehr in Bremerhaven.....	55
Gestern wie heute: Das Auto bleibt essenziell	55
Autostadt Bremerhaven grundsätzlich erhalten, aber den Wandel zu moderner Mobilität schaffen	56
Neue Mobilitätskonzepte ermöglichen - Taximarkt liberalisieren.....	56
Öffentlicher Personennahverkehr – effizient und nachhaltig	57
Mehr Taktung – auch nachts und am Wochenende.....	57
Sicher, informativ und gut beleuchtet: Bremens Haltestellen	57
Das GVZ, Fischerreihafen und Bremische Überseehäfen arbeitnehmerfreundlicher anbinden	58
Anbindung der Überseestadt.....	58
Park + Ride als Baustein nachhaltiger Mobilität.....	58
Hansa-Loop für Bremen per On-Demand-Shuttle	59
Moderne und gut ausgebaute Infrastruktur.....	59
Ringschluss A281 fertigstellen.....	59
Sanierung von Straßen und Brücken.....	59
Brücken größer denken	59
Hafenrandstraße	59
Effizientes Baustellenmanagement in Bremen	60
Optimierung der Schaltung von Ampeln bzw. Lichtsignalanlagen.....	60

Schieneanbindung nach Groningen verstärken und verbessern	60
Schieneverkehr von und nach Bremerhaven.....	61
Bremerhaven ans Fernbahnnetz.....	61
Verkehrsentwicklungsplan für Bremerhaven	61

Kapitel 9: Zeigen wir, wie Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit geht 63

Innere Sicherheit	63
Personalsituation der Polizei verbessern.....	63
Digitale und technische Ausstattung der Polizei.....	64
Schutz von Einsatzkräften mit Body- und Dashcams	64
Elektro-Distanzimpulsgeräte (sog. "Taser")	65
Kontaktpolizisten	65
Online-Anzeige	65
Digitalisierung als Chance für Barrierefreiheit und Sicherheit.....	65
Ordnung und Sauberkeit.....	65
Für einen sicheren und saubereren Hauptbahnhof Bremen	66
Sicherheit in Bus & Bahn.....	67
Prävention in den Fokus.....	67
Bekämpfung von Gewalt an Kindern	67
Opferschutz stärken.....	67
Zivilcourage	68
Organisierter Kriminalität den Kampf ansagen	68
Verhinderung von Brennpunkten	68
Feuerwehr und Rettungskräfte	69
Katastrophenschutz	69
Cyberkriminalität	70
Sicherheit digitaler Infrastrukturen.....	70
Datenschutz und Datensouveränität	71
Recht auf Anonymität im öffentlichen und digitalen Raum.....	71
Recht auf Verschlüsselung	72
Privates Feuerwerk in Bremen und Bremerhaven weiter ermöglichen	72
Für ein Waffenrecht mit Augenmaß.....	72
Kein Hund ist illegal - Sachkundenachweis statt Rasseliste im Hunderecht.....	72
Klare Kante gegen Extremismus	73
Rechtsextremismus und Rassismus.....	73
Linksextremismus.....	73
Antisemitismus.....	73
Islamismus.....	74
Integration und Flucht.....	74
Integration.....	74

Humanität und Ordnung für Flüchtlinge in Bremen	75
Justiz	75
Justiz entlasten	75
Digitalisierung der Justiz	76
Beschleunigung von (Jugend-)Strafverfahren	76
Haus des Jugendrechts auch in der Stadt Bremen.....	76
Justizvollzug modernisieren	77
Bewährungs-App	77
Reform der juristischen Ausbildung	77
Demokratie.....	78
Reform des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks	78
Magistratsreform in Bremerhaven.....	79
Direktwahl der Ortsamtsleiter	79
Zurück zu den Parlamenten, weg von den Eigenbetrieben.....	79
Mehr Praxiskompetenz in die Aufsichts- und Verwaltungsräte	79
Das Parlament stärken - wissenschaftlichen Dienst einrichten	80
Parlamentsrechte stärken – Ausschüsse statt Deputationen	80
Parlamentsrechte stärken - mehr inhaltliche Arbeit in den Ausschüssen.....	80
Stärkung von Beiräten und Stadtteilkonferenzen	80
Mehr Transparenz durch Digitalisierung in der Beiratsarbeit.....	80
Geloste Bürgerforen für Bremerhaven	81
Kapitel 10: Zeigen wir, wie Soziales und Inklusion geht.....	82
Soziales	82
Freiheitsrechte von LGBTQIA+ stärken.....	82
Schutz vor Diskriminierung:	82
Staatskirchenrecht zu Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln	83
Gleichberechtigung für Frauen, Familien und Jugendliche	83
Offene Kinder und Jugendarbeit (OKJA).....	83
OKJA - Freizeitangebote für Jugendliche	83
Alleinerziehende stärken	84
Frauen in Arbeit und Ausbildung	84
Frauen und Wissenschaft	84
Frauenspezifische Gesundheit.....	85
Gewalt gegen Frauen und Istanbul-Konvention.....	85
Zukunftswerkstatt Jugend Bremerhaven.....	86
Kinderspielflächen und öffentliche Sportplätze kontinuierlich verbessern.....	86
Chancen für Seniorinnen und Senioren.....	86
Miteinander der Generationen	86
Ehrenamtliches Engagement von Seniorinnen und Senioren	87

Betreutes Wohnen im Alter.....	87
Inklusive Gesellschaft.....	88
Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung	88
Barrierefreiheit.....	88
Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung	88
Aktivierende Hilfe für Menschen mit Behinderung	89
Kapitel 11: Zeigen wir, wie Gesundheit und Pflege geht	90
Gesundheit.....	90
Medizinische Nahversorgung.....	90
Erhalt der ambulanten Versorgung.....	90
Krankenhäuser im Land Bremen	91
Psychiatrische und psychologische Versorgung verbessern.....	91
Gesundheitsbewusstsein fördern	92
Gesundheitsämter	92
Corona und COVID 19.....	92
Long Covid.....	92
Fachkräfte in den Gesundheitsberufen gewinnen.....	92
Gewinnung von Pflegekräften	93
Hebammen unterstützen	93
Digitalisierung in der Medizin	93
Sucht und Drogen.....	94
Pflege der älterwerdenden Bevölkerung	94
Sterbebegleitung	94
Trauerwald für Bremerhaven	95
Kapitel 12: Zeigen wir, wie liberaler Klimaschutz geht	96
Klimaschutz	96
Klimaneutralität bis 2038 erreichen – aber ohne Schulden	96
Klimafreundliche Innovationen fördern.....	97
Klimafolgenanpassung.....	97
Bremen braucht eine Nachhaltigkeitsstrategie.....	97
Umwelt- und Naturschutz	98
Mehr Begrünung für die Stadt	98
Wissensvermittlung als Grundbaustein	99
Tierschutz	99
Hundesteuer abschaffen.....	100
Mehr Hundefreilaufflächen.....	100
Insektenschutz und Biodiversität.....	100
Jagd als Naturschutz – Wildtiermanagement ermöglichen.....	100
Forst- und Jagdwirtschaft.....	100

Naturschutz im Fehrmoor	101
Wassermanagement und Wassergüte	101
Kapitel 13: Zeigen wir, wie Sport geht.....	102
Sport und Bildung	102
Sportinfrastruktur	102
Flexibler Sportplatz auf dem Willy-Brandt-Platz in Bremerhaven	102
Leistungssport	102
eSport ist Sport	102
Schwimmunterricht.....	103
Schwimmen in Seen und Flüssen.....	103
Pyrotechnik im Stadion - legal und sicher.....	103
Polizeikosten bei Hochrisikospiele.....	103
Kapitel 14: Zeigen wir, wie Kultur geht	105
Förderung von Kultureinrichtungen	105
Privates Engagement	105
Kultur als Standortfaktor	105
Volkshochschule und Musikhochschule	106
Abschaffung des Tanzverbots.....	106
Kultur in Bremerhaven	106
Neubau der Bremerhavener Stadthalle am Wilhelm-Kaisen Platz.....	107
Das Deutsche Schifffahrtmuseum stärken.....	107
Historisches Museum Bremerhaven modernisieren	107
Nordseemuseum endlich wieder zu Glanz verhelfen.....	108
Kapitel 15: Zeigen wir, wie Landwirtschaft geht	109
Die Landwirtschaft im Wandel.....	109
Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft.....	109
Technischen Fortschritt und Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen.....	109
Nachwuchs qualifiziert ausbilden.....	110
Nachhaltiger Pflanzenschutz.....	110
Innovationen in der Landwirtschaft.....	110
Baurecht für landwirtschaftliche Unternehmen.....	110
Marktwirtschaftliche Preisbildung.....	110
Bedarfsgerechte Düngeregelungen	111
Antibiotikaresistenzen vermeiden	111
Förderung von Synergien zwischen Landwirtschaft und Naturschutz	111
Partnerschaftlicher Naturschutz.....	112
Kapitel 16: Zeigen wir, wie Freiheit weltweit geht.....	113
Unterstützung für die Ukraine	113

Selbstbestimmung für den Iran.....	113
Taiwanesisches Institut schaffen.....	113

Kapitel 1: Zeigen wir, wie bessere Bildung geht

Jedes Kind in Bremen und Bremerhaven braucht die gleichen Aufstiegschancen – egal, aus welchem Elternhaus oder welchem Stadtteil es kommt. Dafür ist vor allem eins entscheidend: Bessere Bildung.

Hierfür setzen wir so früh wie möglich an, indem wir den Ausbau von Krippen- und KiTa-Plätzen vorantreiben und dafür sorgen, dass die Öffnungszeiten näher an die Lebensrealitäten der Menschen angepasst werden. Sprache sehen wir dabei als Schlüssel an. Damit jedes Kind die gleichen Chancen im Leben hat, wollen wir vor allem die Möglichkeiten der Sprachförderung in den Vordergrund rücken.

Auch der weitere Bildungsweg darf nicht vom Elternhaus oder vom Stadtteil abhängig sein. Daher wollen wir die besten Schulen in die Stadtteile mit den größten Herausforderungen bringen. Damit wollen wir es möglich machen, dass Schülerinnen und Schüler soziale Nachteile überwinden und ihr volles Potenzial ausschöpfen können. Dazu beitragen wird auch das Kinderchancengeld: Eine Bündelung von Leistungen, welche gezielt Kinderarmut bekämpft und sozialbenachteiligten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gibt, ihren Weg in eine bessere Zukunft zu gehen.

Wir haben das Ziel, dass Bremen wieder zum Bildungsaufsteiger wird und die Schulen im Bildungsranking auf langfristige Sicht oben mitspielen. Dabei ist es wichtig, dass die Schulen selbstbestimmt und modern sind. Die Ausweitung der digitalen und hybriden Bildungsangebote ist von hoher Bedeutung. Auch den schnellen Ausbau von Ganztagschulen sowie wie die Gewinnung von Lehrkräften wollen wir forcieren.

Sich ehrgeizige Ziele zu setzen ist das eine, auf dem Weg dorthin auch mal einen Rückschlag hinnehmen zu müssen und daraus zu lernen, das andere. Feedback zu erhalten, ist wichtig und bereitet auf das spätere Leben vor. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass Noten ab der dritten Klasse wiedereingeführt werden. Nur, wer lernt, an seinen Herausforderungen zu wachsen, kann persönliche Grenzen überschreiten und vielleicht sogar ungeahnte Talente denken.

Die Hochschulen sind für die Städte Bremen und Bremerhaven als wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktor von einer großen Bedeutung. Sie brauchen aber mehr Freiheiten und eine passende Grundfinanzierung. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist für uns nicht verhandelbar.

Frühkindliche Bildung

Kita-Plätze

Beste Bildung fängt beim Kleinkind in der Kindertagesstätte (Kita) an. Es ist unzumutbar, dass insbesondere in der Stadt Bremen bis zum Jahr 2023 mehr als 3.800 Kita-Plätze fehlen und die vorhandenen Plätze mit ihren Betreuungszeiten kaum die Lebensrealität der Menschen im Blick haben. Wir Freie Demokraten machen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau der Plätze in Krippen und Kindertagesstätten stark. Daneben setzen wir auf privates Engagement von der Tagesmutter bis hin zur Betriebs-Kita. Dazu wollen wir die Fortbildungsmöglichkeiten verstärken.

Familienfreundliche Kitas durch flexible Angebote

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten flexibler und näher an der Lebens- und Arbeitsrealität der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Es geht dabei darum, dass frühkindliche Bildung dann stattfindet, wenn sie von den Erziehungsberechtigten - auch in Vollzeit tätigen - tatsächlich gebraucht wird. Dafür müssen wir die Öffnungszeiten der KITAs deutlich ausweiten. Wir wollen in jedem Bremer Stadtteil eine Kita, die mindestens von fünf Uhr bis 23 Uhr geöffnet ist, entsprechend dem Schichtdienst. Zusätzlich muss es in Bremen und Bremerhaven ein nachfragedeckendes Angebot für die 24-Stunden-Kitabetreuung geben.

Wir wollen, dass der Personalschlüssel von zwei Fachkräften je 20 Kinder in allen Einrichtungen für drei- bis sechsjährige Kinder in Bremen und Bremerhaven realisiert wird. Eine Anhebung der Gruppengröße über 20 Kinder hinaus lehnen wir ab. Das bedeutet auch, dass ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher die pädagogische Leitung haben und von einem Team unterschiedlicher Fachkräfte und Hilfskräften unterstützt werden, um eine möglichst umfangreiche Förderung passend zu den individuellen Bedarfen der Kitas und Kinder zu gewährleisten. Durch die Erhöhung des Anteils akademisch ausgebildeter Fachkräfte in Kindertagesstätten soll die frühkindliche Bildung in der Umsetzung gestärkt werden. Wir wollen Kitas von einem Aufbewahrungsort zu einem Bildungszentrum entwickeln.

Da jüngere Kinder eine sichere Bindung zu Bezugspersonen brauchen, um sich wohlfühlen, machen wir uns für eine verlässliche Kontinuität beim Kita- Personal stark. Diese erreicht man zum Beispiel durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Damit wird gleichzeitig der hohe Krankenstand reduziert. Wir werden im Hinblick auf die schwierige Gewinnung von pädagogischen Fachkräften auf unterstützende Teams unterschiedlicher Fachkräfte setzen.

Gebührenfreie Kitas und Entscheidungsfreiheit

Wir Freie Demokraten stehen für beitragsfreie Kitas. Das schließt auch die U3- Krippe, den Hort und die Randbetreuungszeiten mit ein. Dabei ist unbedingt darauf zu achten, dass die Beitragsfreiheit nicht zu einem Qualitätsverlust bei der frühkindlichen Bildung führt. Auch ohne Elternbeiträge setzen wir uns für eine Steigerung der Ausgaben für die frühkindliche Bildung insgesamt ein. Ob ein Kind die Kita besucht, sollten weiterhin die Eltern beziehungsweise die Erziehungsberechtigten entscheiden. Verpflichtende Kita- Jahre lehnen wir ab.

Schließzeiten abschaffen

Wir Freie Demokraten werden die Schließzeiten in den Krippen und Kindergärten des Landes Bremen abschaffen. Die 20 Schließtage im Kita-Jahr benachteiligen vor allem Alleinerziehende. Aber auch Familien mit beiden Elternteilen werden hierdurch in der Freie Planung ihres Erholungsurlaubs eingeschränkt. Zum Abdecken der Schließzeiten müssen aktuell über 80 Prozent des gesetzlichen Anspruchs auf Erholungsurlaub genutzt werden. Das gilt auch für Erzieherinnen und Erzieher. Dies gilt es zu ändern. Die freie Verfügungskraft über den wohlverdienten Urlaub gehört den Eltern und den Erzieherinnen und Erziehern. Speziell Alleinerziehenden bleibt so nur noch ein geringer Anteil an selbstbestimmten Urlaubstagen zur Verfügung. Dies ist nicht mehr zeitgemäß.

Verpflichtende Sprachtests und verpflichtende Sprachförderung

Wir wollen, dass Sprachdefizite möglichst früh erkannt werden. Die aktuelle Sprachstandsfeststellung bei Vorschulkindern kommt zu spät. Oft beginnen aufholende Hilfen erst kurz vor oder unmittelbar mit dem Schulstart. Wichtig ist die Sprachstandsfeststellung in den frühen Kita-Jahren. So können Hilfen rechtzeitig vor Schulstart greifen und die Chancengerechtigkeit in den Bildungsbiografien kann zum Schulstart erhöht werden. Damit alle Kinder die gleichen Chancen haben, stehen wir Freie Demokraten zu verpflichtenden Sprachtests. Kinder, die dort Defizite aufweisen, wollen wir individuell fördern, um zur Einschulung die erforderlichen Sprachkenntnisse vorweisen zu können. Die Teilnahme an dieser Förderung ist verpflichtend zu gestalten.

Private Akteure bei der frühkindlichen Bildung stärken – Tagespflege

Schon heute leisten viele private Akteure wichtige Arbeit für die frühkindliche Bildung in Bremen und Bremerhaven. Dazu gehören beispielsweise Eltern-Kind-Gruppen, betriebliche und freie Träger von Kindertageseinrichtungen sowie Elternvereine. Wir fordern deshalb, dass ihnen dieselben Mittel pro Kind zukommen wie staatlichen Einrichtungen. Wir wollen über eine Änderung des Bremischen Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetzes außerdem erreichen, dass die Gründung von privaten Kindertageseinrichtungen, wie beispielsweise betrieblichen Kitas, erleichtert wird, damit schnell und zuverlässig der Mangelversorgung entgegengewirkt wird.

Ein wichtiger Beitrag zur frühkindlichen Bildung wird auch durch Tagesmütter und -väter erbracht, die in kleinen Gruppen und in einem überschaubaren Rahmen Betreuung anbieten. Eltern mit besonders flexiblen Betreuungsbedarfen sind auf ausreichende Plätze bei diesen Tagesmüttern und -vätern angewiesen. Damit diese wichtige Flexibilität auch geleistet werden kann, fordern wir eine höhere, angemessene Vergütung qualifizierter Tagesmütter und -väter.

Externe Evaluation zur kontinuierlichen Verbesserung frühkindlicher Bildung

Chancengleichheit in den verschiedenen Kindertageseinrichtungen kann nur gelingen, wenn eine hohe Betreuungsqualität gewährleistet ist. Deswegen wollen wir Freie Demokraten eine wissenschaftlich begründete, zuverlässige und einheitliche Qualitätsbewertung auf der Basis einer internen und externen Evaluation. Eine solche externe Evaluation muss verschiedene Bereiche abdecken: Räume und Ausstattung einerseits, aber auch die Professionalität des Teams andererseits. Sie muss die Einzeleinrichtung in den Blick nehmen, aber auch die durch den Träger gewährte Unterstützung sowie die trägerintern organisierte Fachberatung der Kollegen und Kolleginnen vor Ort. Sie hat das Ziel, positive Entwicklungen zu identifizieren und zu stärken und gleichzeitig Verbesserungs- und Entwicklungsbedarfe hervortreten zu lassen.

Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung stärken

Als Teil ihrer Lebensrealität haben Kinder immer früher Zugang zu digitalen Medien. Pädagogische Fachkräfte arbeiten aktuell in einem ambivalenten Spannungsverhältnis: Kinder kommen mit ganz unterschiedlichen Medienenerfahrungen – von einer völligen Abwesenheit aller digitaler Formate bis hin zu einem nicht altersgerechten Dauerkonsum unterschiedlichster Medien – in den Einrichtungen zusammen. Die pädagogische Arbeit in den Tageseinrichtungen wird dadurch natürlich beeinflusst. Stärker als je zuvor müssen die Erzieherinnen und Erzieher deshalb auch das Aufwachsen in einer digitalen Gesellschaft begleiten und die Auseinandersetzung mit den

unterschiedlichsten Medien als pädagogische Aufgabe verstehen. Wissen und Handlungssicherheit im Umgang mit digitalen Medien(-themen) dürfen nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Wir Freie Demokraten fordern daher einen Plan, wie über einen Zeitraum von fünf Jahren das gesamte pädagogische Personal in den Kindertagesstätten für die digitale frühkindliche Bildung qualifiziert werden kann. Ziel ist die Etablierung eines verbindlichen Medienkonzepts an allen Kindertageseinrichtungen in Anlehnung an die Empfehlungen der BZgA. Diese empfiehlt für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren eine Mediennutzung von maximal einer halben Stunde pro Tag. Krippenkinder in einem Alter von null bis drei Jahren sollten keine digitalen Medien konsumieren.

Erzieherausbildung stärken

Hierzu wollen wir die Erzieher-Ausbildung praxisnaher gestalten und mehr Weiterbildungs- und Spezialisierungsangebote sowohl während als auch nach der Ausbildung anbieten. Um zusätzliches Personal zu finden, sollen außerdem die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen verbessert werden. Altersgerechte Bildungsangebote sollen stärkeren Einzug bei frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten erhalten. Dabei sollen die Sprachfertigkeiten besondere Beachtung finden, um der Entwicklung der Kleinkinder von Beginn an gerecht zu werden.

Digitalisierung in der Verwaltung und der Kommunikation von Kitas

In den Kindertagesstätten in Bremen und Bremerhaven wollen wir Freie Demokraten auch die Kommunikation und die Arbeitsabläufe durch den Einsatz digitaler Soft- und Hardware verbessern. In Regierungsverantwortung in Bremerhaven haben wir dazu den ersten Schritt getan und über eine Million Euro investiert. Dadurch wurde gerade die Kommunikation zwischen Mitarbeitenden und Eltern deutlich verbessert. Digitale Kommunikationswege und der Umgang mit entsprechender Soft- und Hardware zur Unterstützung von Arbeitsabläufen sind in der Arbeitswelt heute in den meisten Bereichen selbstverständlich und können auch im Alltag der Kindertagesstätten Arbeitserleichterung bieten. Zuverlässige und schnelle Kommunikationswege zwischen Fachamt, den Trägern, den Leitungskräften und den einzelnen Fachkräften sind dringend erforderlich und benötigen eine entsprechende digitale Infrastruktur. Im Sinne des Besserstellungsverbots und der Finanzierungsverpflichtung durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe gegenüber den Freie Trägern sind die Kindertagesstätten in freier Trägerschaft ebenso digital anzubinden.

Naturkindergarten für Bremerhaven

Wir Freie Demokraten wollen uns dafür einsetzen, dass Bremerhaven einen Naturkindergarten für 3 – 6-jährige bekommt, bei dem sich die Kinder täglich und bei jedem Wetter in der Natur aufhalten. Dadurch wollen ein weiteres attraktives Kita-Angebot schaffen, das sich in vielen deutschen Großstädten bewährt hat. Als Standort könnte die Neue Aue in Betracht kommen.

Moderne und leistungsorientierte Schulen

Die Grundschule als Fundament der Bildung

In der Grundschule werden grundlegende Bildungsinhalte wie Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt, aber auch die in einer Gemeinschaft dringend erforderliche Sozialkompetenz. Nur auf Grundlage der sicheren Beherrschung dieser Fähigkeiten kann der weitere Bildungsweg zum Erfolg führen. Zu diesem Erfolg trägt in hohem Maße der von uns geforderte schnelle Ausbau der Ganztagschulen bei. Dieser ist abhängig von guter Ausstattung mit Personal, z.B. mit multiprofessionellen Teams (Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, sonderpädagogisches Personal usw.), ausreichend zeitgemäßen Lehr- und Lernmitteln und dem Vorhandensein angemessener Räumlichkeiten. Wir wollen nicht zuletzt Kindern aus bildungsfernen Schichten mit Hilfe von Ganztagschulen und Quartierbildungszentren bessere Bildungschancen ermöglichen. Durch ein erhöhtes Angebot von Ganztagschulen wollen wir Freie Demokraten außerdem berufstätigen Eltern eine zuverlässige Betreuung ihrer Kinder gewährleisten. Wir betrachten es als sinnvoll, die wertvolle Arbeit von Horten und Ganztagsgrundschulen zusammenzuführen.

Wir Freie Demokraten wollen die freie Schulwahl im Land Bremen auch im Bereich der Grundschulen. Daher wollen wir die Schuleinzugsgrenzen für Grundschulen abschaffen. Wir wollen sicherstellen, dass beim Start in die Grundschule in sprachlicher, sozialer und körperlicher Hinsicht die Voraussetzungen vorhanden sind, um erfolgreich am Unterricht teilnehmen zu können. Gegebenenfalls muss ein Übergangsangebot von Kita und Grundschule geschaffen und deren Kooperationen ausgebaut werden.

Um der Heterogenität der Schülerschaft besser gerecht zu werden, bietet sich an Grundschulen ein jahrgangsübergreifender Unterricht an. Die Inklusion muss in angemessener Qualität und mit entsprechender personeller und sachlicher Ausstattung während der gesamten Schullaufbahn für die Schülerinnen und Schüler umgesetzt werden. Die aktuelle Unterfinanzierung und der Personalmangel bei der Umsetzung der Inklusion führt dazu, dass etliche Kinder nicht ihren individuell bestmöglichen Bildungsabschluss erlangen können. Wir wollen, dass Schulen in die Lage versetzt werden, auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen einzugehen.

Die Grundlage für eine Verbesserung der Qualität der schulischen Bildung in der Grundschule sind die Basisfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen. Daher muss auch in Grundschulen im Land Bremen eine elementare Sprachkompetenz und ein sicherer Umgang mit Schriftsprache sowie die Beherrschung grundlegender mathematischer Kompetenzen als Mindestanforderung erreicht werden. Das funktioniert nur mit im jeweiligen Fachgebiet gut ausgebildeten Lehrkräften sowie qualifizierten sonder- und sozialpädagogischen Fachkräften.

Wir wollen den Leistungsgedanken bereits in der Grundschule wieder verstärkt in den Blick nehmen. Heterogenität und Inklusion sind keine Gründe, um auf den Leistungsgedanken zu verzichten. Wir wollen die für den Übergang von der Grundschule an eine weiterführende Schule notwendige Schulartempfehlung stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Eltern über den Leistungsstand des Kindes kontinuierlich, transparent und ausführlich informiert werden.

Moderne Bildung braucht leistungsorientierte Schulen

Wir Freie Demokraten stehen für ein leistungsorientiertes Schul- und Bildungssystem. Alle Schulabgänger müssen entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten im Sinne einer Ausbildungsfähigkeitsgarantie durch bestmögliche, moderne Bildung auf den zukünftigen Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Außerdem müssen Schulen im Land Bremen den Schülerinnen und Schülern alles an die Hand geben, um sich eigenständig und selbstbestimmt auf das Leben vorzubereiten. Der Leistungswille muss nicht nur ausgebildet werden, er muss auch belohnt werden. Wir orientieren uns am Grazer Modell, das Anreize für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler bietet. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Bildungsausgaben im Land Bremen pro Kopf und Jahr nicht hinter den Ausgaben der vergleichbaren Stadtstaaten Berlin und Hamburg zurückbleiben.

Sanierungsstau abbauen und zukunftssicher planen

Wir Freie Demokraten stehen für eine Investitionsoffensive in die Bremer und Bremerhavener Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Viele Schulen im Land Bremen sind in einem desolaten Zustand und benötigen dringende Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Schulräume sowie Schulgebäude sind bedarfsgerecht zu gestalten und zukunftssicher zu planen. Zukunftssicher bedeutet vor allem eine vorausschauende Infrastrukturplanung im Hinblick auf die steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern. Den millionenschweren Sanierungsstau an den Bremer und Bremerhavener Schulen wollen wir innerhalb von zehn Jahren systematisch abbauen. In Bremerhaven haben wir in Regierungsverantwortung den ersten Schritt getan. In Bremer Schulen müssen Schülerinnen und Schülern die beste Bildung erhalten und sich dabei wohl fühlen.

Sitzenbleiben wieder einführen

Zum Leistungsgedanken gehört es konsequenterweise auch, Wiederholen in den Schulen wieder einzuführen. Damit wird eine Vergleichbarkeit der schulischen Leistungen gewährleistet, die im besten Fall einen unbeschwerteren Übergang in weiterführende Schulen ermöglicht.

Noten ab der dritten Klasse

Eine Benotung ab der dritten Klasse schafft eine transparente und leicht verständliche Bewertung, welche Missverständnisse und Übersetzungsprobleme vorbeugt. Im Land Bremen erreichte Schulabschlüsse müssen wieder bundesweit und international wertgeschätzt werden.

Grundbildung Modernisieren

Für uns Freie Demokraten gilt, dass alle Schülerinnen und Schüler entsprechend der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten bestmöglich gefördert und gefordert werden. Sie sollen Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen in Verbindung mit naturwissenschaftlichem und ökonomischem Verständnis erlangen. Korrekte Rechtschreibung sollte vom ersten Schultag an in allen Schulfächern einen höheren Stellenwert haben. Zur Grundbildung in einer digitalisierten Welt benötigen wir bereits in der Schule eine Vermittlung von Informationstechnologie und Programmierung. Zur Schule gehören zugleich die kulturelle Förderung sowie Wertevermittlung für Demokratie, Freiheit, Toleranz, Rechtsstaat, Leistung und Eigenverantwortung. Diese müssen zukünftig noch stärker in den Schulunterricht eingearbeitet werden.

Eigenständige und leistungsstarke Schulen

Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Schulen eigenständig und eigenverantwortlich entscheiden sollten, wie sie landes- beziehungsweise bundeseinheitliche Bildungsstandards umsetzen. So werden die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler bestmöglich unterrichtet. Die Schülerinnen und Schüler erhalten durch Profilentwicklung eine größere Wahlfreiheit und die Schule kann unterschiedlichen Leistungsniveaus besser gerecht werden. Schon jetzt sind einzelne Schulen in Bremen und Bremerhaven dann besonders erfolgreich, wenn sie ihre Vorstellungen von integrativem und kooperativem Lernen mit einer bestimmten Gestaltungsfreiheit umsetzen können. Wir Freie Demokraten wollen den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheit geben. Dazu gehört ein professionell verwaltetes, schuleigenes Budget, um Personalentscheidungen, Fortbildungsplanungen und die selbstständige Auswahl der Lehrmittel zu ermöglichen. Im Rahmen der Schulautonomie wollen wir den Schulen zudem die Möglichkeit geben, den Stundenplan freier zu gestalten, zum Beispiel mit Blockunterricht. Exzellente Fortbildungen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung unterstützen wir.

Fortschrittliche Schulen durch Transparenz und Wettbewerb

Wir Freie Demokraten fordern mehr Transparenz durch die Veröffentlichung aller Vergleichsergebnisse der einzelnen Schulen in Bremen und Bremerhaven. Eltern und Schülerinnen und Schüler werden so bei der Schulwahl unterstützt. Zugleich entsteht ein positiver Wettbewerb zwischen den Schulen, der automatisch zur Verbesserung der Strukturen beiträgt. Der entstehende Wettbewerb muss durch zusätzliche Gelder und Programme für alle Schulen fair gestaltet werden. Dazu gehört auch eine existenzsichernde Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft. Das beinhaltet eine signifikante und nachhaltige Verbesserung der Refinanzierung aller Schulen in freier Trägerschaft durch eine Novellierung des Privatschulgesetzes. Das sichert die Existenz der Schulen in freier Trägerschaft im Lande Bremen. Ebenfalls setzen wir Freie Demokraten uns für bundesweite Abschlussprüfungen auf einem einheitlichen Niveau ein.

Moderne und leistungsstarke Lehrer

Wir Freie Demokraten fordern, dass Lehrkräfte in Bremen und Bremerhaven zukunftsfähig ausgebildet werden. Auch für die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte, sowie der dauerhaften Schaffung von zusätzlichen Lehrerstellen, sind große Investitionen in das Bremer Bildungssystem notwendig. Wir wollen wir dem Lehrpersonal die nötigen Freiheiten geben, um auf die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler nach dem Prinzip „Stärke Deine Stärken“ einzugehen und die für sie optimalen Lernmethoden nutzen zu können. Wir Freie Demokraten fordern zur Stärkung der Lehrkräfte ein Innovationsbudget für jede Klasse, mit dem die Klassenleitungen eigenverantwortlich Innovationen wie beispielsweise programmierbare Roboter oder besondere Lern-Apps anschaffen bzw. sinnvolle Ausflüge durchführen können. Das Verhältnis zwischen Eltern und Lehrkräften führt in manchen Fällen zu Konflikten. Um Lehrkräfte vor chronischer Überlastung zu schützen und Zeit zu ermöglichen, um in Ruhe mit den Eltern zu sprechen und Konfliktsituationen gemeinsam zu lösen, wollen wir Mediatorinnen und Mediatoren einzusetzen. Sie stehen während des Kontakts zwischen Eltern und Lehrkräften zu Verfügung. Dadurch wollen wir Konflikte entschärfen, transparenter Handeln und auf eine ausgewogene Kommunikation achten. Lehrerinnen und Lehrer verbringen zu viel Zeit

mit bürokratischen Aufgaben. Diese Zeit können sie dann nicht für Schülerinnen und Schüler aufbringen. Deshalb sollten sie von bürokratischen Aufgaben entlastet werden. Es soll eine Straffung und Abschaffung von Berichts- und Dokumentationspflichten erreicht werden.

Gegen Lehrermangel und Unterrichtsausfall

Wir Freie Demokraten streben eine Lehrkräfteversorgung von 106 Prozent an allen Schulen im Land Bremen, unabhängig von der Schulform, an. Deshalb fordern wir, mehr Lehrerinnen und Lehrer an der Universität Bremen auszubilden und die Anwerbung von Lehrkräften zu intensivieren.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, die bremische Ausbildung zur Lehrkraft zu straffen, indem die universitären und die praktischen Anteile durch das Landesinstitut für Schule (LIS) stärker verzahnt werden. Schon früh während des Studiums sollten vom LIS koordinierte und begleitete Praxisanteile verbindlich sein, was auch dazu beiträgt, die Eignung für den gewählten Beruf rechtzeitig zu erkennen. Auch Studierende, die über die Stadtteilschule bereits im Unterricht an Schulen eingesetzt werden, sollten eine stärkere Anleitung erfahren und könnten hier bereits Praxispunkte erwerben. Im Ergebnis könnte das an das Studium anschließende Referendariat erheblich verkürzt werden. Bei diesen Bemühungen ist allerdings darauf zu achten, dass die bremische Lehrerausbildung weiterhin bundesweit anerkannt bleibt und die in Bremen ausgebildeten Lehrkräfte nicht am Ende „Lehrerinnen und Lehrer zweiter Klasse“ sind und konsequent genutzt werden, wobei wir ein Sprachniveau C1 entsprechend dem europäischen Referenzrahmen voraussetzen.

Wir fordern darüber hinaus eine Offensive gegen den Unterrichtsausfall an Bremer und Bremerhavener Schulen. Dazu sollten u.a. die Möglichkeiten der digitalen Lehre genutzt werden. Außerdem wollen wir die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in Bremen und Bremerhaven attraktiver gestalten. Dazu gehört nicht nur die einheitliche Besoldung für Lehrkräfte aller Schularten, sondern auch ein attraktives Berufsumfeld, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie allgemein die Work-Life-Balance im Auge hat. Dabei wollen wir einen Wandel von den derzeitigen bürokratischen Planstellen hin zu bedarfsgerechten Personalplanungen der Schulen selbst und flexibleren Arbeitszeitmodellen für Lehrkräfte. Die Möglichkeiten des Quereinstiegs und der Anerkennung von im Auswanderwerbten Qualifikationen muss erleichtert und konsequent genutzt werden, wobei wir ein Sprachniveau C2 entsprechend dem europäischen Referenzrahmen voraussetzen. Wir fordern darüber hinaus eine Offensive gegen den Unterrichtsausfall an Bremer und Bremerhavener Schulen. Dazu sollten u.a. die Möglichkeiten der digitalen Lehre genutzt werden. Dabei wollen wir einen Wandel von den derzeitigen bürokratischen Planstellen hin zu bedarfsgerechten Personalplanungen der Schulen selbst und flexibleren Arbeitszeitmodellen für Lehrkräfte.

Lehrbeauftragte an Schulen

Wir wollen allen Schulen die Möglichkeit geben, insbesondere für Fächer, in denen Lehrkräftemangel herrscht, Praxislehrkräfte einzustellen. Dies hat sich in anderen Bundesländern bewährt und wir haben es in Regierungsverantwortung an Bremerhavener Oberstufen eingeführt. Damit wollen wir Freie Demokraten nicht nur dem Unterrichtsausfall effektiv entgegenwirken, sondern zugleich mehr Praxis in die Schulen bringen. Praxislehrkräfte sollen, anders als Quereinsteiger, nebenberuflich schulische Lehre ausüben können. Wir sprechen damit viele Menschen an, die mit Ihrem Beruf zufrieden sind und Schulen gerne unterstützen würden.

Inklusion richtig umsetzen

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Inklusion in der Schule ein. Zugleich stehen wir für den Erhalt der Förderzentren für Blinde und Sehgeschädigte, Taube und Hörgeschädigte sowie Schwerstmehrfachbehinderte (Fritz-Gansberg-Schule). Die Unterfinanzierung der Inklusion führt dazu, dass etliche Kinder nicht ihren individuell bestmöglichen Bildungsabschluss erlangen können. Wir wollen, dass Schulen in die Lage versetzt werden, auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen bestmöglich einzugehen. Diversitätskompetenz sollte sich im Schulalltag, in den Interaktionen mit den Kindern und mit den Eltern, aber auch im Team zeigen. Diese Kompetenz muss im Gesamtkonzept der Schule sowie in deren Organisations- und Personalentwicklung eingebunden sein. Damit Inklusion gelingt und erfolgreich ist, muss den Lehrkräften zudem die Zeit eingeräumt werden, sich bedarfsgerecht aus- und weiterzubilden. Des Weiteren müssen pädagogische Fachkräfte für Inklusionsklassen in ausreichendem Maße bereitgestellt und entsprechende Mittel für qualifizierte Assistenzkräfte sowie deren Ausstattung zur Verfügung gestellt werden. Alle Schülerinnen und Schüler sollten das gleiche Recht auf Bildung im Land Bremen haben. Sowohl Kinder und Jugendliche mit Behinderungen als auch Hochbegabte zu fördern und zu fordern, hebt das gesamte Leistungsniveau unseres Landes. Es muss Chancengleichheit im gesamten Bildungsbereich herrschen. Deshalb ist es unser Ziel, zukünftig entsprechende Förderungen in Bremen und Bremerhaven auszubauen. Wir werden nicht akzeptieren, dass Schülerinnen und Schüler wegen mangelnder Assistenzen nicht unterrichtet werden können und Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten oder Autismus-Spektrums-Störungen zunehmend als nicht beschulbar eingestuft werden. Sofern Assistenzen nicht gewonnen werden können, sollen Schülerinnen und Schüler in Spezialklassen, zum Beispiel an Zentren für unterstützende Pädagogik, unterrichtet werden. Auch wenn letzteres keine Art der herkömmlichen Inklusion darstellt, ist diese Herangehensweise weitaus weniger exkludierend als der Ausschluss von Schulbildung.

Didaktische Methoden

Die Modernisierung des didaktischen Vorgehens und Methoden wollen wir Freie Demokraten vorantreiben, um den Unterricht an den Schulen im Land Bremen ins 21. Jahrhundert zu holen. Statt im Unterricht auf Lehr- und Lernmethoden zu setzen, die seit Jahrzehnten aus der Zeit gefallen sind, fordern wir einen Unterricht, der auf Ansätze und Methoden von heute und morgen setzt. Hierzu soll die Unterrichtsgestaltung grundlegend den heutigen Stand der Didaktik angepasst werden. Gerade für dienstältere Lehrkräfte müssen hierzu die Aus- und Weiterbildungsangebote deutlich ausgeweitet und verpflichtend werden, damit veraltete Unterrichtsformen aus den Klassenzimmern verschwinden.

Schule in Europa

Wir Freie Demokraten stehen für ein starkes, vereintes Europa. Es gibt europäische Förderprogramme wie Erasmus+, die Schulen in Europa miteinander verbinden. Schülerinnen und Schüler können sich europaweit austauschen, von digitalen Plattformen bis zu bezahlten Austauschprogrammen. Wir wollen, dass diese Möglichkeiten des interkulturellen Austauschs an unseren Schulen verbreitet und stärker genutzt werden, um Schülerinnen und Schüler aus Bremen und Bremerhaven besser auf ihre Rolle in Europa vorzubereiten. In einer zunehmend globalisierten und internationalisierten Welt sind zusätzliche Sprachkenntnisse, insbesondere in Englisch,

zwingend notwendige Fähigkeiten. Um die Schüler hierauf vorzubereiten, muss das Angebot für Sprachunterricht besser und vielfältiger aufgestellt werden. Neben dem expliziten Englischunterricht ab der 3. Klasse, muss es flächendeckend mehr Angebote für bilingualen Fachunterricht in Englisch geben. Darüber hinaus soll an sämtlichen Schulen das Sprachangebot erweitert und ausgebaut werden. Während für Gymnasiasten eine zweite Fremdsprache weiterhin Pflicht bleiben soll, muss auch den Schülern anderer Schulzweige die Wahl zwischen mehreren Fremdsprachen garantiert werden. Hierbei wollen wir auch die Wahlvielfalt zwischen unterschiedlichen Fremdsprachenangeboten flächendeckend deutlich erhöht werden.

Wirtschaft und Politik als festen Bestandteil in der Schule etablieren

Die Fächer Politik und Wirtschaft müssen als fester Bestandteil der unerlässlichen Grundbildung gestärkt werden. Entsprechend sollen sie von anderen Gesellschaftsfächern getrennt werden mit Beginn der Sekundarstufe fester Teil des Lehrplans und des wöchentlichen Unterrichts sein. Daneben fordern die Schüler regelmäßig und lautstark einen Schulunterricht, der junge Menschen besser auf das alltägliche Leben vorbereitet. Gerade aus liberaler Sicht ist es besonders wichtig, dass die Schule den Schülern hilft, sich zu mündigen, selbstverantwortlichen Menschen zu entwickeln. Deswegen fordern wir einen stärkeren Alltagsbezug der Unterrichtsinhalte, und insbesondere mehr Allgemeinbildung bei Themen des täglichen Lebens mit Bezug auf persönliche Finanzen und rechtliche Angelegenheiten. Dies unterstützt gerade die Kinder, in denen solche Kenntnisse und Fähigkeiten nicht durch das Elternhaus mitgegeben bekommen in besonderer Weise. In Bremen sind die Vorgaben für ökonomische Bildung im Fach Wirtschaft, Arbeit und Technik bisher zu unverbindlich, so dass es letztlich vom Zufall der Wohnort- und Schulwahl sowie den Vorlieben der Lehrkräfte abhängt, ob ein Mindestmaß an ökonomischer Bildung vermittelt wird. Dabei geht es hierbei auch um die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Chancengerechtigkeit, Mündigkeit und Urteilsvermögen brauchen eine umfassende ökonomische Bildung als Basis. Sie befähigt zur Teilhabe an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Sie schließt auch die Ethik von wirtschaftlichem Handeln jedes einzelnen ein. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einbindung von Handels- und Handwerkskammern sowie Unternehmen und Unternehmensverbänden ein, um ökonomisches Wissen praxisnah zu vermitteln.

Sicherheitspolitische Bildung in Bremen ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen Schülerinnen und Schülern im Land Bremen die Möglichkeit eröffnen, sich bei Expertinnen und Experten der Bundeswehr über sicherheits- und verteidigungspolitische Themen informieren zu können. Aktuell ist dies im Land Bremen anders als in vielen anderen Bundesländern nicht erlaubt. Hierzu wollen wir es den Jugendoffizieren der Bundeswehr in Zukunft erlauben, ihre politischen Bildungsangebote auch an den Schulen im Land Bremen einbringen zu können. Sachliche Informationen sind die Grundlage für das Verständnis der zunehmend an Bedeutung gewinnenden komplexen internationalen Zusammenhänge der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Profilbildung von Oberschulen ermöglichen und unterstützen

Das Schulsystem im Land Bremen ist eines der durchlässigsten in der Bundesrepublik. Die Oberschulen sind hier ein entscheidender Faktor. An den Oberschulen können alle Schulabschlüsse bis zum Abitur erworben werden. Deswegen stehen wir Freie Demokraten zur Oberschule als Gesamtschule. Die Attraktivität von

Oberschulen wird gesteigert durch eine individuelle Profilbildung (Beispiel: Die sportbetonte Oberschule in der Ronzellenstraße). Dadurch steigen Anwahlzahlen und auch die Attraktivität für Lehrpersonal. Um eine Profilbildung zu ermöglichen, sind die Oberschulen auf die von uns geforderte Schulautonomie besonders angewiesen.

Stärkung der Gymnasien

Wir Freie Demokraten stehen für Vielfalt im Bildungswesen. Gymnasien sind ein elementarer Teil eines starken Bildungsangebots. Bereits bestehende Gymnasien in Bremen und Bremerhaven sind zu erhalten und im Schulgesetz abzusichern. Außerdem setzen wir uns für die bedarfsgerechte Gründung neuer Gymnasien ein.

Wir Freie Demokraten werden uns für mehr Gymnasien, die das Abitur nach 13 Jahren anbieten, stark machen, soweit dies nicht zu Lasten der Möglichkeit geht, dass leistungsbereite SchülerInnen schon nach 12 Jahren die Abiturprüfungen ablegen können (G 8). Für uns ist klar, dass viele Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern den Wunsch haben, mit nicht mehr als 30 Stunden Unterricht pro Woche zum Abitur zu gelangen. Stattdessen wollen sie mehr Zeit für vertieftes, übendes Lernen und für die gründliche Reflexion und Aneignung von Inhalten und dauerhaft abrufbarem Wissen. G9 bietet mehr Muße für individuelle Freiräume. Wir wollen diese Möglichkeit vermehrt an den Gymnasien in Bremen schaffen, ohne dabei den schnellen Weg zum Abitur abzuschaffen.

Wir Freie Demokraten wollen die Klassengrößen an Gymnasien verkleinern und die Ausstattung der Gymnasien verbessern. Wir nehmen wahr, dass auch Schülerinnen und Schüler Gymnasien besuchen, die den Leistungsanforderungen dieses Schultyps nicht gerecht werden. Wir wollen daher eine Probezeit für Gymnasien einführen, die die 5. und 6. Klasse umfasst. In dieser Probezeit wird festgestellt, ob die Schülerin oder der Schüler den Anforderungen des Gymnasiums gewachsen ist oder auf eine Oberschule wechselt. Die nötigen Kapazitäten wollen wir ab Klasse 7 in den Oberschulen bereitstellen.

Talente finden und fördern

Um Talente unabhängig von ihrem Hintergrund und ihrer Herkunft zu fördern, wollen wir in den nächsten vier Jahren ein landesweites Schülerstipendium für mindestens 3.000 besonders förderungswürdige, finanziell schwache Schülerinnen und Schüler an allen weiterführenden Schulen in Bremen und Bremerhaven auflegen. Das Schülerstipendienprogramm kooperiert mit den Hochschulen und mit der beruflichen Bildung im Land Bremen und den dortigen Talentscouts, die diese Talente im schulischen und außerschulischen Kontext finden, gezielt beraten und unterstützend begleiten. Sie sollen in Kooperationen mit der Wirtschaft (z.B. Handwerks- und Handelskammer) und Stiftungen an die Hochschulen heranzuführen, bei der Vermittlung von Betriebspraktika, Ausbildungsplätzen und Auslandsaufenthalten helfen und vor allem Ansprechpartnerin und Ansprechpartner sein. Wir wollen Aufsteiger-Geschichten als Hoffnungs-Booster bekannt machen, um neben finanziellen und strukturellen Hürden auch gesellschaftliche Hindernisse abzubauen. Dazu werden wir eine geeignete Kampagne des Landes (z. B. über Social-Media) auflegen, in der erfolgreiche Aufsteiger als Vorbild sichtbar gemacht werden können. Diese Talente braucht unsere Gesellschaft in Zukunft noch dringender als bereits jetzt.

Mit Talentschulen soziale Nachteile überwinden

Der in Nordrhein-Westfalen erfolgreich gestartete Talentschul-Versuch soll auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Begleitung und in Abstimmung mit dem von der Bundesregierung vorgesehenen Startchancen-Programm auf Bremen und Bremerhaven übertragen werden. Denn für uns ist klar: Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern oder dem Stadtviertel abhängen, in dem man aufwächst.

Post-Corona-Programm

Wir fordern ein konsequentes Post-Corona-Programm, um die Defizite in Folge der Pandemie auszugleichen. Unterrichtseinschränkungen, geschlossene Schulen und unvorbereiteter Digitalunterricht haben spürbar und nachweislich schwerwiegende Defizite bei den Schülern verursacht. Es ist zwingend notwendig, die Versäumnisse und Fehler der Bildungspolitik während der Pandemie aufzuarbeiten und entsprechende Maßnahmen zum Ausgleich umzusetzen. Hierzu fordern wir eine umfangreiche Lernstandserhebung, sowie die Ausweitung von Förder- und Nachhilfeprogrammen, um diese Lernrückstände aufzuholen. Auf absehbare Zeit müssen freiwillige Sommerschulen angeboten werden, damit die Schüler die Chance bekommen verpasste Inhalte nachholen zu können.

Zielgerichtete Berufsorientierung

Die Schulen sollten die Schülerinnen und Schüler auf die spätere Berufswahl hinsichtlich der akademischen und dualen Ausbildung wertungsfrei und transparent vorbereiten. Dabei ist die duale Ausbildung in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen. Eine fortschreitende Akademisierung verstärkt den Fachkräftemangel in Berufen des Handwerks, des Handels, der Pflege und der Industrie. Dabei sollten Schülerinnen und Schüler Einblicke, Vorteile, Nachteile, sowie Chancen und Risiken am zukünftigen Arbeitsmarkt und dem Schritt zur Unternehmensgründung vermittelt bekommen.

Berufsschulen stärken

Die Schulautonomie bei den bremischen Berufsschulen hat sich bewährt. Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Berufsschulen als eigenständige Schulen arbeiten. Die Ausstattung der Schulen muss den Anforderungen der Zeit gerecht sein und eine fortlaufende Modernisierung ermöglichen, um die Profile dem Fachkräftebedarf der nahen und fernen Zukunft anzupassen. Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule ist ein Erfolgsmodell. Berufsschulen leisten einen hohen Beitrag bei der Integration zugewanderter junger Menschen. Auch hierfür müssen die erforderlichen finanziellen und personellen Mittel, insbesondere für Sprachförderung, zur Verfügung gestellt werden. Die beruflichen Gymnasien in Bremen und Bremerhaven erfüllen einen wichtigen berufsvorbereitenden Zweck und sind Teil des gymnasialen Bildungssystems. Deswegen wollen wir Freie Demokraten diese stärken und als gleichwertige Option zu regulären Oberstufen in den Fokus rücken.

Aufstiegs-BAföG und Schulgeldfreiheit

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Möglichkeiten des von der Ampel-Koalition reformierten Aufstiegs-BAföG in Bremen und Bremerhaven stärker genutzt werden. Im Übrigen setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG-

Verfahren schnellstmöglich und vollumfänglich digitalisiert wird. Wir wollen, dass Ausbildungen an Fachschulen für Heil- und Pflegeberufe (etwa Ergotherapeuten, Logopäden, Hebammen) künftig schulgeldfrei sind. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern wollen wir hingegen in eine duale Ausbildung überführen.

Digitalisierung in der Bildung

Bremen und Bremerhaven als Vorreiter der Digitalisierung

Wir Freie Demokraten wollen, dass Bremen und Bremerhaven Vorreiter der Digitalisierung werden. Als Zwei-Städte-Staat haben wir die Möglichkeit, den Fortschritt schneller voranzutreiben. Um der technischen Entwicklung gerecht zu werden, setzen wir uns dafür ein, dass Digitalisierung in den Bildungseinrichtungen endlich richtig umgesetzt wird. Dabei wollen wir jedoch die Grundfertigkeiten nicht vernachlässigen. Taschenrechner und Kopfrechnen gehören genauso zu diesen Grundlagen wie Zehn-Finger-Schreiben und eine gute Handschrift. Sie stellen keine Gegensätze dar, sondern ergänzen sich.

Der digitalisierte Unterricht als qualitative Weiterentwicklung des bisherigen Unterrichts führt zu mehr Chancengerechtigkeit und Selbstbestimmung, unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten. Hinzu kommt ein enormer Investitionsbedarf für eine zeitgemäße, insbesondere digitale, Ausstattung der Schulen in Bremen. Auch für die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte, sowie der dauerhaften Schaffung von zusätzlichen Lehrerstellen, sind große Investitionen in das Bremer Bildungssystem notwendig. Diese Maßnahmen sind zwingende Voraussetzung für jeden Fortschritt im Bildungssystem und müssen der erste Schritt sein, um Bremen vom Platz als Bundesland mit der schlechtesten Bildung zu befreien.

Während digitale Bildungsangebote bislang nur aus der Not der Pandemie heraus genutzt worden sind, müssen digitale und hybride Bildungsangebote fester Bestandteil des Bildungssystems werden. Hierfür fordern wir die Entwicklung eines hochwertigen Digitalangebots durch Bildungsexperten und die dauerhafte Integration entsprechender Angebote. Dabei macht die bloße Ausstattung mit Tablets oder anderen digitalen Endgeräten noch keine moderne, digitale Bildung aus.

Digitale Kompetenz als Querschnittsaufgabe wollen wir also in allen Lebens- und damit auch in allen Lernbereichen etablieren. Informatik wird zum fest verankerten Element in verschiedenen Fächern, vor allem Mathematik und Technik.

Digital kompetente Lehrkräfte

Tablets im Unterricht allein reichen nicht aus, um unsere Kinder auf eine immer stärker digitalisierte Welt vorzubereiten. Wir wollen, dass entsprechend qualifizierte Lehrkräfte zu pädagogisch-didaktischen Digitalbeauftragten ihrer Schule ernannt werden. Das Wissen und die Fähigkeiten dieser Fachkräfte muss an alle Lehrkräfte weitergegeben und von ihnen umgesetzt werden können.

Darum gilt es auch die Lehramtsausbildung und Fortbildungsangebote zu prüfen, damit sie den Anforderungen einer Lehre im 21. Jahrhundert gerecht wird und gegebenenfalls den Kompetenzerwerb anzupassen. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Schulen sollten geschulte Ansprechpartner für Probleme wie

Cybermobbing sein.

IT-Führerschein

Wir Freie Demokraten wollen die Vermittlung analoger und digitaler Kompetenzen als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum beruflichen Erfolg fest im Bildungssystem verankern. So bilden wir mündige, medien- und technikkompetente Menschen aus, die selbstverantwortlich ihre Chancen im Leben ergreifen können.

Den Schülerinnen und Schülern sollten daher sowohl die zahlreichen sinnvollen Möglichkeiten der Technik als auch der richtige Umgang mit ihr nahegebracht werden. Daher gilt es heute neben der Wissensvermittlung auch den Umgang mit digital verfügbaren Informationen zu lehren und das bereits spielerisch in der Grundschule.

Einen besonderen Fokus wollen wir auf mögliche Gefahren und Konsequenzen im Umgang mit privaten Daten, eigenen Bildern und der Nutzung von verschiedenen kommerziellen Angeboten legen. Eine Sensibilisierung zu Folgen aktueller Negativ-Trends wie Cybermobbing, "fake News" und Verschwörungstheorien soll das Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit der digitalen Welt stärken.

Hierfür gilt es, entsprechend allgemeinverbindliche Standards zu entwickeln, stets aktuell zu halten und nachhaltig zu verfolgen. Eine solche Aufklärung sollte auch an die Erziehungsberechtigten der jeweiligen Schülerinnen und Schülern gerichtet sein.

Chancen der Digitalisierung effektiv nutzen

Durch die Vernetzung über das Internet und den Einsatz moderner Datenverarbeitung ergeben sich zusätzlich zahlreiche Möglichkeiten zur Verbesserung der Bildung, die genutzt werden müssen. Beispielhaft hierfür sind learning Analytics - Software zur individuellen Lernfortschrittsverfolgung -oder vernetzte Plattformen, auf denen Lehrkräfte die nötigen Lehrmaterialien individuell verfügbar machen und abrufen können. Solange diese Materialien nicht urheberrechtlich geschützt sind, können sie in einem weiteren Schritt auch als sogenannte Open Educational Resources (OER) der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden und einen Beitrag zum lebenslangen Lernen leisten.

Technische Ausstattung von Schulen

Für uns Freie Demokraten ist eine stabile und sichere WLAN-Verbindung in allen Klassen- und Fachräumen, die in ausreichend hoher Bandbreite verlässlich verfügbar ist, selbstverständlich. Jede Schule braucht mindestens einen informationstechnischen Assistenten, um die technische Struktur der Schule zu warten und bei technischen Problemen im laufenden Alltag jederzeit ansprechbar zu sein. Außerdem wollen wir auch, dass nicht-unterrichtendes Pädagogisches Personal (Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagogische Kräfte, Schulbegleitung, Schulasistenz etc.) genau wie Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler mit Endgeräten ausgestattet werden. Die Zettelwirtschaft in den Bildungseinrichtungen ist zu beenden und alle organisatorischen Abläufe sind konsequent zu digitalisieren. Das betrifft alle Formen der Kommunikation und Dokumentation von Abläufen, von An- und Auswahlverfahren, aber auch von Leistungsnachweisen und Zeugnissen sowie die

Kommunikation mit der Behörde.

Hochschulen

Hochschul- und Wissenschaftsfreiheit

Unsere Ziele als Freie Demokraten sind mehr Hochschulfreiheit und autonome Hochschulen in Bremen und Bremerhaven. Ein wichtiges Kriterium hierfür ist, dass die Hochschulen selbst über Arbeitsschwerpunkte (mit Ausnahme der Lehrerausbildung) entscheiden und ihre eigenen Forschungs- und Bildungsschwerpunkte definieren können. Den staatlichen Hochschulen soll durch volle Personalhoheit die Möglichkeit gegeben werden, unabhängig über Einstellungen und Entlassungen ihres Personals zu entscheiden.

Wir wollen auch zukünftig allen Studieninteressierten ein breites Angebot an Studiengängen zur Verfügung stellen. Die Vielfalt an Studienangeboten stärkt Bremen und Bremerhaven als Hochschulstandorte und macht unsere Städte für junge Menschen zu einem attraktiven Studienort. Wir Freie Demokraten stehen für Wissenschafts- sowie Forschungsfreiheit und setzen auf das eigenverantwortliche Handeln aller Forscherinnen und Forscher an den Hochschulen. Auch Forschung und Lehre mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung wollen wir an bremischen Hochschulen fördern. Gesetzliche Zivilklauseln lehnen wir ab. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass auch vorhandene, hochschulinterne Zivilklauseln, insbesondere an der Universität Bremen, abgeschafft werden. Tierversuche sind auf das absolut notwendige Maß zu beschränken und nur dann verantwortlich, wenn es keine Alternativen gibt. Notwendige Tierversuche, bei denen alle Ethik- und Tierschutzstandards eingehalten werden, halten wir für vertretbar. Wir begrüßen und unterstützen es, wenn Unternehmen durch Stiftungsprofessuren die Hochschulen im Land Bremen unterstützen und stärken.

Hochschulen als Wirtschafts- und Gestaltungsfaktor

Wir Freie Demokraten sehen unsere Hochschulen und Universitäten als Basis für Wachstum und Zukunft unseres Landes und damit als einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor. Hochschulen fördern regionalwirtschaftliche positive Effekte und sind bedeutend für das Wachstums- und Innovationspotenzial. Studierende sind ein wesentlicher Faktor zur Stärkung kultureller Vielfalt sowie wissenschaftlicher Expansion. Die Kontakte und sozialen Bindungen, die während des Studiums geknüpft werden, sind wichtige Grundpfeiler beim Start ins Berufs- und Familienleben und führen zu einer gestärkten Identifikation mit den Städten Bremerhaven und Bremen. Im Durchschnitt verbleibt fast die Hälfte der Absolventen in der Region des Studienortes, was auch zu einer Steigerung der Kaufkraft führt. Mittelfristig soll daher die Zahl der Studienplätze in Bremerhaven auf 5.000 angehoben werden. Das duale Studium bis zum Bachelor soll an den Bedarfen der Wirtschaft orientiert und entsprechend ausgebaut werden.

Ausgründungen aus Hochschulen

Die Hochschulen im Land Bremen bieten durch ihre Kompetenz nicht nur ein herausragendes Forschungsumfeld, sondern auch Unterstützung bei Gründungen und Technologietransfer. Die Universität Bremen hat bereits viele Gründerinnen und Gründer bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützt. Das wollen wir Freie Demokraten stärker fördern. Egal ob Alumni, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Studentinnen und

Studenten: Wer den Mut hat, zu gründen, soll von den Bremer Hochschulen unterstützt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass die Hochschulen die Mittel erhalten, zusammen mit den angehenden Unternehmerinnen und Unternehmern ihre Ergebnisse aus Forschung und Wissenschaft zu einer Geschäftsidee weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck wollen wir einen unbürokratisch zugänglichen Gründerfonds einrichten und ein landesweites Netzwerk für alle Menschen mit Gründergeist aufbauen. Darüber hinaus werden wir Freie Demokraten den Austausch zwischen den Universitäten und Hochschulen des Landes Bremen und der Wirtschaft stärker fördern. Hierbei müssen die Kammern und die Unternehmensverbände eng eingebunden werden.

Hochschulfinanzierung

Wir Freie Demokraten haben das Ziel, die Hochschulen finanziell so auszustatten, dass sie Anschluss an den Durchschnitt im Bundesvergleich erlangen. Die Grundfinanzierung der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven ist derzeit unzureichend. Dieser Zustand führt zu Nachteilen auf Seiten der Bremischen Hochschulen im Wettbewerb um Stellenbesetzungen, da durch die ständig auferlegten Sparvorgaben kaum attraktive oder langfristige Stellenangebote geschaffen werden können. Zudem sind die Hochschulen genötigt, sich in eine starke Abhängigkeit von Drittmitteln (externe Forschungsaufträge) zu begeben. Dies gefährdet die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Lehre und Forschung immens, insbesondere, wenn es darum geht, Forschung unabhängig von Interessen externer Investoren zu betreiben. Die mangelhafte Grundfinanzierung wirkt sich nicht nur auf das Personal, sondern auch auf die Infrastruktur der Hochschulen aus. Etliche Gebäude sind stark sanierungsbedürftig und die Kosten für eine Behebung steigen durch das Aussitzen des Problems immer weiter. Bereits geplante Sanierungsvorhaben sind zügig umzusetzen und weiter vorzusehen. Entsprechend setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass den Hochschulen im Land Bremen unter anderem durch eine stärkere Kooperation mit dem Bund eine bessere, langfristig planbare Grundfinanzierung zukommt. Wir unterstützen die Universität Bremen weiter dabei, ihren Status als Exzellenz-Universität zurückzugewinnen.

Private Hochschulen

Wir Freie Demokraten befürworten eine vielfältige Hochschullandschaft. Neben den staatlichen Hochschulen sind die privaten Hochschulen eine Bereicherung der Wissenschaftslandschaft. Nicht nur in Zeiten hoher Studierendenzahlen leisten private Hochschulen einen wichtigen Beitrag. Wir unterstützen daher ausdrücklich private Hochschulen.

Orientierungsstudium

Wir Freie Demokraten möchten einen Vorschlag der Hochschule Bremen aufgreifen, und die Einführung eines Orientierungssemesters an allen Hochschulen in Bremen und Bremerhaven zu ermöglichen. Wir glauben, dass eine bessere Orientierung in Bezug auf die Studienwahl letztlich zu einer geringeren Abbrecherquote führt, daher vorhandene Ressourcen sinnvoller ausgenutzt werden und so letztlich auch Kosten reduziert bzw. Finanzmittel effektiver eingesetzt werden können. Weiterhin stärkt der Vorschlag die Attraktivität Bremens als Studienort, und verbessert somit die Versorgung mit qualifizierten Studienabgängern für die regionale Wirtschaft.

Kapitel 2: Zeigen wir, wie starke Wirtschaft, Energiesicherheit und moderne Arbeit geht

Bremen hat die besten Voraussetzungen für innovatives Wirtschaftswachstum: Bedeutende Industrien und moderne Hochschulen, sowie die Universität sind bereits da. Wir Freie Demokraten wollen alles dafür tun, dieses Potenzial endlich zu entfesseln und eine Willkommenskultur für die Wirtschaft schaffen.

Durch Bürokratieabbau, Digitalisierung und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren lassen wir diejenigen machen, die machen wollen. Hierdurch wird auch die Gründung von Unternehmen einfacher. Wir wollen es dadurch möglich machen, dass Menschen ihre Ideen und Visionen leichter in die Tat umsetzen können. Nie war das wichtiger, denn die Herausforderungen dieser Zeit werden mit der Fähigkeit mutiger Menschen, innovative Lösungen zu finden, gelöst werden.

Unsere bremischen Unternehmen stehen vor Herausforderungen wie der Energiekrise und dem Arbeitskräftemangel. Hier wollen wir entlasten, damit bestehende Firmen in Bremen ansässig bleiben und sich neue ansiedeln. Daher wollen wir die Gewerbesteuern in den Städten Bremen und Bremerhaven senken und neue Gewerbeflächen schaffen. Nachwuchsausbildung- und -förderung wird in vielen Unternehmen großgeschrieben. Das soll auch so bleiben. Eine Ausbildungsabgabe lehnen wir entschieden ab, denn sie bestraft die Falschen.

Dem Arbeits- und Fachkräftemangel wollen wir mithilfe von qualifizierter Zuwanderung begegnen. Wir setzen uns für ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild ein. Die Integration in den Arbeitsmarkt sowie das gesellschaftliche Leben in Bremen wird dadurch deutlich vereinfacht.

Das Leben ist flexibel und vielschichtig, die Arbeitswelt ist es genauso. Dabei verändert sie sich jeden Tag. Homeoffice und viele weitere Arbeitsformen sind mittlerweile ein fester Bestandteil. Auch die Bereitschaft sich diesen Veränderungen jeden Tag zu stellen, gehört dazu. Diese Flexibilität brauchen wir auch im Arbeitszeitgesetz. Arbeitszeiten müssen zukünftig auch beispielsweise mit elterlicher Verantwortung einhergehen können.

Wirtschaft, Arbeitsplätze, Armutsbekämpfung

Wirtschaftsklima verbessern – Willkommenskultur für die Wirtschaft

Wir Freie Demokraten wollen eine Willkommenskultur für die Wirtschaft etablieren. Nur so kann das Land Bremen als Standort mit Wachstum und Beschäftigung dynamisch weiterentwickelt werden. Ein gutes Wirtschaftsklima, das Leistung, freien Wettbewerb und unternehmerischen Mut fördert, ist das beste Instrument, um die Zukunft unserer Standorte und damit Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern.

Unternehmen entlasten, Gewerbesteuer senken

Wir Freie Demokraten sehen die großen Belastungen der Unternehmen durch die Energiekrise und den Arbeitskräftemangel. Die FDP in der Bundesregierung hat über Bundesprogramme die härtesten Folgen abgemildert. Aber die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven können ebenfalls ihren Beitrag zur Entlastung der Unternehmen und damit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Deswegen wollen wir in den Städten Bremen und Bremerhaven die Gewerbesteuern senken.

Der freie Handel als Fundament der Freien Hansestadt

Der Außenhandel ist das Fundament der Bremischen Wirtschaft. Im Jahr 2021 war das Land Bremen erneut das Bundesland mit der höchsten Exportquote. Deshalb ist die Freie Hansestadt Bremen als traditioneller Ort des Handels auf eine liberale und wachstumsorientierte Handelspolitik angewiesen. Wir Freie Demokraten sprechen uns daher für mehr Freihandelsabkommen aus. Auf Bundesebene haben wir uns dafür eingesetzt, dass das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ratifiziert wird. Perspektivisch sind weitere Freihandelszonen zu gründen. Unsere langfristige Vision ist eine Weltfreihandelszone der liberalen Demokratien. Insbesondere der Logistikstandort und die Häfen in Bremen und Bremerhaven profitieren von derartigen Abkommen. Damit diese Abkommen eine möglichst breite Unterstützung in der Öffentlichkeit finden, müssen die entsprechenden Verhandlungen transparenter geführt werden. Bisher in der EU und in Deutschland erreichte hohe Umweltschutz- und Verbraucherschutzstandards werden wir erhalten.

Eine neue Gründerzeit in Bremen

Für den Wirtschaftsstandort Bremen, die volkswirtschaftliche Stärke des Landes und eine nachhaltige Unternehmenslandschaft in Bremen und Bremerhaven sind innovative, sowie wachstumsorientierte Gründungen und junge Startups besonders wichtig. Wir wollen das Land Bremen zum Gründerland machen, indem wir die staatlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich mehr innovative Gründerinnen und Gründer ansiedeln. Denn Innovation und Investitionen in neue Geschäftsfelder sind unabdingbar, damit der Wohlstand in unserem Bundesland gesichert bleibt.

Wir wollen Gründungen einfacher und digitaler machen, Gründerinnen und Gründer stärken sowie Ausgründungen aus Hochschulen massiv erleichtern. Wir Freie Demokraten möchten den Pioniergeist wecken und die Menschen dabei unterstützen, ihren eigenen Fähigkeiten zu vertrauen und Visionen in die Tat umzusetzen. Unser Ziel ist es, Existenz- und Unternehmensgründungen zu fördern. Wir wollen Gründer direkt fördern, zum Beispiel durch Aufhebung der Pflichtbeiträge der Kammern für Unternehmensgründer in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit.

Mit einer Start-up-Strategie sollen die Bedingungen für Start-ups im Land Bremen verbessert werden. Dazu werden Maßnahmen gebündelt und deren Erfolg regelmäßig überprüft und gegebenenfalls an den wahren Bedarf angepasst. Die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven sollen zunehmend durch neue Ideen und Kreativität geprägt werden, wodurch sich ihre Attraktivität für ansiedlungswillige Unternehmen verbessert. Ein wirtschaftsfreundliches und nicht durch Bürokratie geprägtes Wirtschaftsklima ist hierfür unverzichtbar. Dazu wollen wir den Einsatz von Venture Capital unterstützen (z.B. durch steuerliche Begünstigungen) aber auch einen Public-Private-Fonds für Start-Ups initiieren, an dem alle Bremer - auch mit Kleinstbeträgen - partizipieren und profitieren können.

Green Economy als Chance

Für Umwelt- und Klimaschutz sind neue Technologien und Innovationen wichtige wirtschaftliche Treiber. Zu den Zukunftsmärkten gehören u. a. umwelt- und klimafreundliche Energieerzeugung, Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz, nachhaltige Mobilität, nachhaltige Wasserwirtschaft sowie Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Sie

haben sich sowohl in Deutschland als auch global zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Für Bremen und Bremerhaven sehen wir gute Startvoraussetzungen für eine verstärkte Etablierung im Green Economy- Sektor.

Wir Freie Demokraten wollen Ansiedlungen und Gründungen in der Green Economy in Bremen und Bremerhaven ermöglichen. Das bringt neue Chancen durch Arbeitsplätze für die Menschen in Bremerhaven. Als Leuchtturmprojekt mit nationaler und internationaler Strahlkraft wird ein Gründungszentrum Green Economy im Bereich des zukünftigen Gewerbegebietes „Lüne Delta“ errichtet. Für den Wirtschaftsstandort Bremerhaven eröffnen sich insbesondere im Wasserstoffbereich neue Wachstumspotenziale in Forschung, Produktion und Umrüstung. Das Gewerbegebiet „Lüne Delta“ bietet einen idealen Rahmen, um Forschung und Entwicklung zu Power-to-X zu betreiben. Das für das Gebiet vorgesehene Energiekonzept, das auf erneuerbaren Energieträgern beruht, schafft die Möglichkeit, innovative und prototypische Technologien der Energiegewinnung, -umwandlung und -speicherung sowie Energiesteuerung einzusetzen. Auf diese Weise können Unternehmen diese Technologien erproben und im Sinne eines Reallabors ihre Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeit im Bereich der Energieerzeugung, -Umwandelung und -speicherung aufzeigen. Unter Einbeziehung des Fraunhofer IWES und der Hochschule sind die Forschung und Entwicklung zur Wasserstoffherzeugung, -speicherung und -anwendung zu forcieren. Gerade im Bereich der Wissenschaft kann Bremen einen großen Mehrwert leisten und die Green Economy in Zukunft prägen. Möglichkeiten der Anwendung von Wasserstoff als Energieträger sind bei städtischen Gesellschaften und Betrieben auch als Pilotanwendungen konsequent umzusetzen und zu nutzen. Gleiches gilt für synthetische Kraftstoffe (E-Fuels), die sowohl bei Kraftfahrzeugen als auch in der Schifffahrt und im Luftverkehr eine CO₂ Reduzierung bewirken können. Damit Bremerhaven diese Potenziale heben kann, brauchen wir zuallererst den Aufbau einer geeigneten Versorgungsinfrastruktur, zu der eine passende Nachfrage und Nutzung generiert und weiterentwickelt werden muss. Mit der ersten Wasserstofftankstelle in Bremerhaven haben wir in Regierungsverantwortung den Grundstein gelegt.

Mehr Gewerbeflächen für Bremen

Die mittelständischen Unternehmen sind im Handwerk, in der Produktion und in der Dienstleistungsbranche im Bundesland Bremen eine tragende Säule und deshalb das Rückgrat der Wirtschaft. Die Auswertungen der letzten Jahre zeigen, dass der Bedarf der Wirtschaft an neuen Gewerbeflächen in Bremen weiterhin hoch ist. In der Vergangenheit ist es immer wieder zur Situation gekommen, dass Unternehmen nicht nach Bremen gekommen sind oder aus Bremen abgewandert sind, weil sie keine passenden Gewerbeflächen gefunden haben. Deshalb wollen wir Freie Demokraten neue Gewerbegebiete schneller erschließen, ausweisen und optimal an den Verkehr anbinden. Bisherige Gewerbebrachen, wie zum Beispiel die Funkschneise, das Vulkangelände und das Gelände des Güterbahnhofs, auf denen sich gerade neues Gewerbe ansiedelt, gilt es mit der gebotenen Dynamik weiter zu reaktivieren und verkehrstechnisch anzubinden. Großflächige Ansiedlungen ohne nennenswerte Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen und ohne Auswirkungen auf die Wertschöpfung vor Ort sind zu vermeiden. Gleichzeitig dürfen wertvolle Gewerbeflächen nicht zweckentfremdet werden. Wir fordern daher, dass die nun von einem Kulturverein für Partys zweckentfremdete 8.500 qm große Fläche am Flughafen Bremen wieder als Gewerbefläche genutzt wird. Neben der Ausweisung neuer Gewerbegebiete und der verkehrstechnischen Anbindung bisheriger Gewerbebrachen sollten auch bestehende Gewerbegebiete erweitert und optimiert

werden. Auch die Schaffung von Gewerbeflächen außerhalb reiner Gewerbegebiete im Sinne einer nutzungsdurchmischten Lösung sollte als Option berücksichtigt werden. Dies gilt besonders für den Mittelstand, der teilweise keine großen Flächen und vielmehr gut angeschlossene und zentrale Flächen benötigt. Außerdem lehnen wir Erbpacht ab und sprechen uns für den Verkauf von Gewerbeflächen an die Gewerbetreibenden aus.

Verkehr immer als Wirtschaftsverkehr denken

Der Ringschluss der A281, die Fertigstellung des Wesertunnels und die seit Jahren erforderliche Sanierung aller Wirtschaftsverkehrswege sind Kernelemente für die Attraktivitätssteigerung des Bremer Wirtschaftsstandorts. Ohne ausreichend verfügbare und an schnelle Verkehrswege angebundene Gewerbeflächen wird die Zukunft Bremens ausgebremst. Wir Freie Demokraten stehen für eine Wirtschaft, die Fahrt aufnimmt.

Gewerbeflächen in Bremerhaven

Bremerhavens Gewerbeflächen sind begrenzt. Das Stadtgebiet ist durch die Grenze zu Niedersachsen definiert und bestehende Möglichkeiten sind fast ausgeschöpft. Neben Lückenschließungen bietet das Gewerbegebiet Luneplate noch eine Entwicklungsmöglichkeit für neue Gewerbeansiedlungen. Um aber in Zukunft auch noch Wachstum zu generieren und neue Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen, brauchen wir eine Kooperation mit den umliegenden niedersächsischen Gemeinden. Insbesondere die Entwicklung eines Gewerbegebietes im Stadtnorden gemeinsam mit der Gemeinde Geestland wollen wir daher vorantreiben.

Das Potenzial künstlicher Intelligenz nutzen

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Förderung und Weiterentwicklung von künstlicher Intelligenz ein. Als Gesellschaft müssen wir künstliche Intelligenz als die wichtigste Zukunftstechnologie verstehen und wollen ihre Vorteile nutzen, ohne dabei die Grund- und Bürgerrechte zu vernachlässigen. Während der Rechtsrahmen für die Nutzung von KI auf europäischer Ebene gesetzt wird, unterstützen wir in Bremen die Forschung und Entwicklung im Bereich KI und fördern die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Hierzu wollen wir einen KI-Cluster an den Bremer Hochschulen aufbauen, um die regionale Expertise im Bereich KI zu stärken und weiterzuentwickeln. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, Bremen zu einem wichtigen Standort für die Entwicklung von künstlicher Intelligenz zu machen und die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu sichern. Wir sind überzeugt, dass die Förderung von KI zu wirtschaftlichem Wachstum und zukunftssicheren Arbeitsplätzen beitragen wird.

Cybersecurity-Cluster für Bremen

Cybersecurity und Informationssicherheit können eine wirtschaftliche Chance für Bremen sein. Damit Bremen in diesem wichtigen Themenfeld im Wettbewerb mithalten kann, wollen wir die hier ansässigen Unternehmen, die Polizei, die Behörden und die zuständigen Forschungs- und Lehrbereiche besser miteinander vernetzen. Wir wollen daher mit einem entsprechenden Cybersecurity-Cluster eine Plattform schaffen, um Bremen zu einem attraktiven und zukunftsorientierten Partner in Norddeutschland zu machen.

Flughafen Bremen

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Flughafen Bremen. Der Flughafen steht für die Weltoffenheit

Bremens und ist ein wichtiger Wirtschafts- und Wissenschaftsfaktor für die Stadt und die Region. Er ist gleichermaßen wichtig für den touristischen und für den geschäftlichen Verkehr. Der Flughafen ist für viele Bremerinnen und Bremer Tor zur Welt. Vor der Corona-Pandemie nutzten 2,3 Millionen Passagiere pro Jahr diese Möglichkeiten. Mittlerweile deutet alles auf eine Erholung hin. Für das Jahr 2023 ist bereits wieder mit über 1,5 Millionen Passagieren zu rechnen. Damit der Flughafen in Zukunft gestärkt werden kann, fordern wir Freie Demokraten den vollständigen Abbau des Sanierungsstaus. Um Wachstumsperspektiven zu ermöglichen, wollen wir jedes Jahr eine Million Euro bereitstellen, mit denen das Einrichten neuer Flugrouten seitens des Flughafens unterstützt werden kann. Weiterhin fordern wir, dass die mögliche Nutzung der vollständigen Start- bzw. Landebahnlänge auch für den regulären Flugverkehr geprüft wird. Dies würde sich zumindest positiv auf die Lärmbelastung auswirken, da die Jets nun mit einer geringeren Triebwerksleistung starten können. Im besten Fall können auch neue Destinationen mit voll beladenen Fliegern erreicht werden. In diesem Zusammenhang muss auch geprüft werden, inwieweit die kleinere Startbahn aufgrund der geringen Nutzung und hohen Kosten geschlossen werden kann. Der Bremer Flughafen würde langfristig gut dastehen, wenn ein erfahrener Flughafenbetreiber und/oder Partner aus der lokalen Wirtschaft an ihm beteiligt ist. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Suche nach einem solchen Partner bald angestoßen wird. Natürlich muss die Stadt Bremen als Eigentümerin weiterhin entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des Flughafens haben.

Tourismusförderung

Die von Rot-Grün eingeführte Bettensteuer ist schädlich für die aufblühenden Tourismusstandorte Bremen und Bremerhaven. Sie offenbart beispielhaft einen typischen Fehler der rot-grünen Politik: Positive Entwicklungen werden nicht gefördert, stattdessen wird umgehend versucht, Gelder abzuschöpfen. Dieses Vorgehen verlangsamt das erfolgreiche Wachstum im Tourismusbereich und steht in starkem Kontrast zur Forderung der Freien Demokraten, dem Fortschritt Raum zu geben, damit die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt und der Wohlstand aller gefördert wird. Wir stehen für eine kontinuierliche Weiterentwicklung, auch mit den notwendigen öffentlichen Investitionen der Tourismusstandorte Bremen und Bremerhaven, damit Innenstadt und Schnoor in Bremen und Havenwelten und Schaufenster Fischereihafen auch weiterhin attraktive touristische Destinationen bleiben. Wir Freie Demokraten sprechen uns für die Realisierung eines Rundlaufes am Schaufenster Fischereihafen aus und unterstützen die Bemühungen für eine autonome Pendelfähre über das Hafenbecken. Außerdem wollen wir in Bremerhaven Hein-Mück-Ampeln während der maritimen Tage und der SAIL am Alten Hafen, Neuen Hafen und Hauptbahnhof. Bremen und Bremerhaven müssen sich dem wachsenden Boots- und Flusskreuzfahrt-Tourismus weiter öffnen und die Schaffung von Anlegestellen an touristischen Standorten ermöglichen. All dies fördert den Tourismus, den Bremen und Bremerhaven dringend brauchen.

Rahmenbedingungen für Lebensmittel- und Fischwirtschaft optimieren

Die Lebensmittel- und Fischwirtschaft ist einer der größten Arbeitgeber in Bremerhaven und hat auch in Bremen einen hohen Stellenwert. Gute Rahmenbedingungen sind entscheidend, damit die Branche wettbewerbsfähig bleibt und somit Arbeitsplätze erhalten und im besten Fall auch ausgebaut werden. Die weitere Spezialisierung und der Ausbau von Lehrinrichtungen (Hochschule) und Forschungsinstituten für den

Bereich der Lebensmittel- und Fischwirtschaft (ttz, Thüneninstitut) sind daher zu optimieren. Außerdem wollen wir Freie Demokraten das neu gegründete Food Start Up Lab unterstützen, denn es sichert durch seinen Beitrag zur Innovation die Zukunftsfähigkeit der Fisch- und Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven.

Unternehmensnachfolge unterstützen

Die Unternehmen im Land Bremen stehen vielfach vor der Herausforderung eines Generationswechsels. Daher wollen wir Freie Demokraten Rahmenbedingungen schaffen, die zielgerichtet kleine und mittlere Unternehmen für eine frühzeitige Planung der Nachfolgeregelung sensibilisieren. Das Moderatoren-Konzept, wie es bereits in Baden-Württemberg etabliert ist, stellt eine erprobte und erfolgreiche Vorgehensweise dar, die die Kammern in ihrer Arbeit unterstützt. Gleichzeitig sollen gelungene Übergänge des Generationswechsels („best practice“- Beispiele) herausgestellt werden, um die Sensibilisierung für die Thematik zu erhöhen. Über die Sensibilisierung und Beratung hinaus ist der Blick auf die Finanzierung zu richten. Erfolgreiche Firmenübergaben sind ein wichtiger Baustein zur Sicherung der bremischen Wirtschaftsstruktur. Um Nachfolgen zu erleichtern, sind auch Hilfestellungen bei weiteren Formen der Übergabe zu prüfen. Dies betrifft etwa Übernahmen durch Mitarbeiterbeteiligungen, welche – nicht zuletzt unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung – durch spezifische Beratungsangebote der Handels- und Handwerkskammer sowie der Wirtschaftsförderung Bremen begleitet werden sollten. Außerdem begrüßen wir die Forschung an der Universität Bremen zum Mobilfunkstandard der sechsten Generation (6G). Bremen und Bremerhaven müssen bei 6G Vorreiter werden.

Energiepolitik

Als viertgrößte Industrienation der Welt braucht Deutschland eine Energiestrategie, die zu einer sicheren, ressourcenschonenden, bezahlbaren, wettbewerbsfähigen und umweltschützenden Energieversorgung führt und langfristig gedacht ist. Wir denken dabei pragmatisch und technologieoffen. Dekarbonisierung, Digitalisierung und Dezentralität sind dabei die Grundpfeiler eines neuen Energiesystems. Erneuerbare Energien und Technologien zur Gewinnung regenerativer Energien rücken weltweit immer stärker in den Vordergrund. Der Aufstieg und Ausbau der erneuerbaren Energien ist stark mit dem Ausstieg aus der Atomenergie und der Kohlegewinnung gekoppelt. Mit dem Ausbau alternativer Energieformen wollen wir Freie Demokraten zum einen erheblichen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten und zum anderen die Bevölkerung unabhängiger von Beschaffungskrisen und Kostensteigerungen wie aktuell durch die Gaskrise machen. Im Jahr 2015 wurden die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen verabschiedet, mit dem Ziel, generationsübergreifender zu denken und zu handeln. Das siebte Nachhaltigkeitsziel der Agenda 2030 beschäftigt sich mit dem raschen Ausbau der erneuerbaren Energieformen. Außerdem soll die Energieeffizienz deutlich erhöht werden. Dies ist jedoch nur über den Ausbau der Infrastruktur und den technologischen Fortschritt erreichbar. Neben modern und zuverlässig müssen die erneuerbaren Energien aber auch leistbar sein. Hier ist auch das Land Bremen in der Verantwortung, die Forschung und Entwicklung und die Wirtschaft zu unterstützen. Für die Bremer Wirtschaft können neue Technologien zur Gewinnung regenerativer Energie und die Verknüpfung der Technologien mit der Wirtschaft von herausragender Bedeutung sein.

Sektorkopplung vorantreiben und Technologieoffenheit fördern.

Deutschland und Bremen stehen vor einem erheblichen Dilemma. Auf der einen Seite ist der Ausbau der erneuerbaren Energien angesichts des Klimawandels und der Abhängigkeit von Energieimporten erforderlich. Auf der anderen Seite sind Deutschland und Bremen auf eine sichere Energieversorgung angewiesen, die mit einem geplanten Ausstieg aus der Kohle und der derzeitigen Ausbaustrategie bei den erneuerbaren Energien gefährdet ist. Für die Standorte Bremen und Bremerhaven ist zudem der Erhalt der industriellen Wertschöpfung essenziell. Die gegenwärtigen vielzähligen und unkoordinierten Einzelmaßnahmen und die weitgehend getrennten Sektoren führen jedoch zu einer ineffizienten und langsamen Energiewende.

Ein ökonomisch sinnvollerer Ansatz ist die technologieoffene Sektorkopplung. Hier liegt die Lösung zum einen bei der Verbesserung der Wirkungsgrade von konventionellen Energie- und Antriebssystemen, zum anderen bei der Einführung effizienterer Technologien. Ein weiterer Aspekt ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Das Fraunhofer IWES geht nach heutigem Stand davon aus, dass eine effiziente und sektorübergreifende Energiewende nur durch den signifikanten Ausbau bzw. Repowering der Windenergie und einer kosteneffizienten Sektorkopplung erreicht werden kann. Neben der effektiven und effizienten Koordinierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien und des Netzausbaus benötigt es eine weitgehende Integration der bestehenden Gas- und Wärmeinfrastrukturen.

Backup-Kapazitäten für eine nachhaltige Versorgungssicherheit müssen ausgebaut werden und Innovationen und Technologien, wie Wasserstoff und synthetische Brennstoffe, müssen unterstützt und gefördert werden.

Für das Land Bremen bieten sich enorme Chancen, eine wettbewerbsfähige Innovationslandschaft zu etablieren und eine starke Technologieführerschaft aufzubauen. Dieser fortschreitende Prozess bedarf einer smarten Verknüpfung und Verzahnung aller Sektoren über eine leistungsfähige Infrastruktur. Das Land Bremen mit seiner strategisch guten Lage bezogen auf die Hafeninfrastruktur und die Nähe zur Offshore-Windenergie punktet zudem durch die ansässigen Industrien wie die Stahlindustrie und die Automobilindustrie. Hier lassen sich zahlreiche Synergien realisieren. Wichtige Aspekte wie die informationstechnische Durchdringung und Ausweitung der Digitalisierung müssen jedoch genauso berücksichtigt werden, wie die regulatorischen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Nur durch eine funktionierende und finanzierbare Energiewende sowie einer flexiblen und technologieoffenen Verknüpfung der Sektoren lassen sich langfristig die negativen externen Effekte internalisieren.

Das Land Bremen ist gefordert, die hohen Markteintrittsbarrieren für Technologien zur Sektorkopplung auf den Prüfstand zu stellen und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen fairen und internationalen Wettbewerb ermöglichen. Auch bieten sich bei den Technologien (IT) für die Sektorkopplung enorme marktwirtschaftliche Potenziale über die Landesgrenzen hinaus, was enorme Exportchancen für Bremen und Bremer Unternehmen mit sich bringt. Ein Förderprogramm für einen wettbewerbsfähigen Markt wird daher dringend benötigt.

Hinter der Sektorkopplung verbirgt sich ein komplexes System aus Strom, Gas, Verkehr, Wärme (Prozess- und Gebäudewärme), Wirtschaftsaktivitäten und vielem mehr. Dieses Gesamtsystem muss zukünftig ganzheitlich,

flexibler und effizienter betrachtet werden. Hierzu bedarf es eine Roadmap und Umsetzungsstrategie, welche ressortübergreifend und mit allen Beteiligten (Handelskammer, Energieversorger und Netzbetreiber, Unternehmen) erarbeitet wird.

Wärmeversorgung

Mit Wärmepumpen ist es möglich, nahezu klimaneutral zu heizen. Aufgrund des geringen Ressourcenbedarfs (Luft, Wasser und Erde als Wärmequelle) haben sie das Potenzial, eine wichtige Rolle in der Wärmeversorgung einzunehmen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass der Anteil der Wärmepumpen wächst und elektrische Speicher als auch Wärmespeicher ausgebaut werden. Dafür fordern wir eine Wärmeplanung samt Ausbau- und Verdichtungsplan für das Bundesland Bremen.

Wasserstoff

Wasserstoff ist Energieträger der Zukunft und Bremen und Bremerhaven Wasserstoffstandorte der Zukunft. Die Lage und Voraussetzungen des Bundeslandes sind gut, die politischen Rahmenbedingungen müssen es ebenfalls werden. Wir Freie Demokraten möchten deshalb Forschung und Entwicklung von Wasserstofftechnologien fördern und die Netze konsequent ausbauen. Damit schaffen wir Anreize für Investitionen in Wasserstoffprojekte.

Netzplanung und Netzausbau

Bremen wird 2038 aus einem Großteil erneuerbarer Energien versorgt sein, deshalb muss das Gesamtsystem der Stromversorgung technisch, ökonomisch und rechtlich an die Anforderungen von Photovoltaik, Windkraft und anderen Energien angepasst werden. Herausforderungen wie die Digitalisierung und Dezentralität müssen dabei frühestmöglich beachtet werden. Für eine sichere Energieversorgung ist die Netzinfrastruktur von großer Bedeutung. Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien steigt der Anteil am Stromverbrauch, weshalb eine Verstärkung und Erweiterung der Stromnetze notwendig ist. Um mögliche Schwachstellen, aber auch Potenziale zu erkennen, fordern wir eine Netzausbauplanung der Energienetze in Bremen und Bremerhaven. Es ist bereits heute abzusehen, dass eine Verstärkung der Stromleitung zum Stahlwerk notwendig ist, da der Energieverlust durch zu lange Kabel groß ist. Dies wollen wir schnellstmöglich angehen. Um die dezentralen Erzeugungsanlagen, Speicher und Verbraucher zu koordinieren und abzustimmen, muss die Digitalisierung im Energiesystem vorangetrieben werden. Der Schutz vor Softwarefehlern und Cyberangriffen darf auf keinen Fall zu kurz kommen.

Aktive Recycling- und Rohstoffpolitik

Nachhaltige Bioenergie kann die Nutzung von grünem Strom ergänzen und gerade im Flug- und Schiffsverkehr einen Teil zur CO₂-freie Energieversorgung leisten. Idealerweise wird dafür kein Holz, sondern Rest- und Abfallstoffe sowie Abwärme aus der Industrie genutzt. Als Anreiz zur Einsparung von Rohstoffen wollen wir die Recyclingquote des Landes Bremen erhöhen. Recyclingfähiges Produktdesign und verbraucherfreundliche Sammelsysteme sind effizient und umweltschonend. Bei der Herstellung öffentlicher Güter sollte der Rohstoffverbrauch transparent und möglichst minimal gehalten werden. Auch hier fordern wir leichtere Bauweisen sowie eine intensivere Materialforschung.

Mehr Möglichkeiten für Bürgerenergie

Um die Akzeptanz der Energiewende in der breiten Bevölkerung zu stärken, setzen wir uns dafür ein, dass die Städte und das Land Flächen zu Verfügung stellt, die sich für Photovoltaik und Windenergie eignen, damit sie von Bürgerenergiegenossenschaften betrieben werden können. Das große Ziel der klimaneutralen Energieerzeugung kann nur mit dem breiten Engagement der Bürger erreicht werden. Ziel muss es sein, dass Energie dort genutzt wird, wo sie produziert wird. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien, wie Photovoltaik, auch im innerstädtischen Bereich beschleunigt wird und vorangeht.

Aufstieg ermöglichen

Kinderarmut bekämpfen

Im Land Bremen sind die späteren Lebenschancen von Kindern mehr als in anderen Bundesländern durch Armut beeinträchtigt. Von Armut betroffene Kinder haben weniger soziale Bildungs- und Teilhabechancen. Dies gilt es zu ändern. Wir Freie Demokraten wollen, dass Bremen ein Bundesland wird, in dem jedes Kind alles werden kann. Fehlende Chancengerechtigkeit wirkt sich auf das spätere Leben der Kinder aus, da die Weichen für die gesamte Bildungslaufbahn bereits in jungen Jahren gestellt werden. Bildung und Teilhabe und damit ein uneingeschränkter Zugang zu außerschulischen Angeboten im Bereich Bildung, Kultur und Freizeit ist für die kindliche Sozialisation von entscheidender Bedeutung. Dabei spielt die Freizeit der Kinder eine entscheidende Rolle beim Erwerb von Kompetenzen und Fähigkeiten. Demnach kann die Teilnahme an außerschulischen Aktivitäten und Bildungseinrichtungen die Aufstiegschancen und die Entwicklung von Kindern erhöhen, dies wiederum wirkt sich positiv auf die Chancen im Qualifizierungs- und Arbeitsmarkt aus. Gute Bildungschancen und Arbeitsplätze für die Eltern sind die entscheidenden Schritte aus der Armut. Aktuelle Zahlen aus dem Bundessozialministerium belegen, dass 42 Prozent der Kinder im Land Bremen von Armut bedroht sind. In keinem anderen Bundesland leben anteilig so viele arme Kinder wie in Bremen. Es ist höchste Zeit, das zu ändern!

Kinderchancengeld einführen

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einführung eines Kinderchancengeldes ein, bei dem alle bisherigen kinderbezogenen Leistungen gebündelt, vernetzt und vereinfacht werden. Das Kinderchancengeld besteht aus drei Säulen. Die erste Säule beinhaltet einen Basisbetrag, den jedes Kind im Haushalt erhält. Die zweite Säule beinhaltet einen Flexibetrag, der an das elterliche Einkommen gekoppelt ist, um einkommensschwache Haushalte gezielt zu entlasten. Die dritte Säule beinhaltet einen digitalen, einfachen Zugang zu unbürokratischen Leistungen für Bildung, Teilhabe und Aufstiegschancen. Damit werden jedem Kind ohne Stigmatisierung die Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten geboten, die es braucht. Das Einkommen aus Erwerbstätigkeit von Jugendlichen darf zu keiner Kürzung des Kinderchancengeldes führen, damit sich die erbrachte Leistung für die Jugendlichen lohnt.

Familienfreundliche Arbeitszeiten

Familienfreundliche Arbeitsbedingungen tragen dazu bei, dass Eltern Familie und Beruf miteinander

vereinbaren können. Dazu ist es notwendig, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Arbeitszeiten mit ihrer elterlichen Verantwortung vereinen können. Aus diesem Grund brauchen wir mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz. Das Land und die beiden Stadtgemeinden mit ihren Gesellschaften und Eigenbetrieben sollen als Vorbild dienen und hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

Unterstützung durch Elterngeld

Die Elternzeit und die damit einhergehenden Entgelteinbußen beeinflussen Familien in ihrer Lebensplanung. Elterngeld und ElterngeldPlus erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sichern die Zeit nach der Geburt des Kindes finanziell ab. Es ermöglicht den Elternteilen, sich vorübergehend ganz oder teilweise ihrem Kind zu widmen. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Entbürokratisierung und Digitalisierung des Elterngeldes, die Flexibilisierung des Partnerschaftsbonus und den Abbau von Ungerechtigkeit zum Beispiel beim Insolvenzgeld oder bei Mischeinkünften ein, damit Elterngeld und ElterngeldPlus an die wirkliche Lebensrealität der Familien angepasst werden. Anspruch auf Elterngeld soll zukünftig nur noch ein Elternteil gleichzeitig haben.

Passgenaue Arbeitsmarktförderung

Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass die Integration in eine Beschäftigung der Grundbaustein zur Existenzsicherung des Einzelnen und der gesamten Gesellschaft ist. Sie trägt damit auch zur Selbstbestimmung und Verantwortung jedes Einzelnen bei. Mit der Einführung des Bürgergeldes besteht die Chance und Verpflichtung, die Maßnahmen zur Eingliederung von Arbeitslosen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Diese sind bisher nach Ansicht des Bundesrechnungshofes nur zufällig erfolgreich. Wir fordern daher, dass in den Jobcentern und Arbeitsagenturen endlich ein verbindliches Erfolgscontrolling eingeführt wird. Es muss gewährleistet sein, dass nur noch Bildungs- und Maßnahmenträger öffentliche Gelder bekommen, die auch tatsächlich eine angemessene Erfolgsquote vorweisen können.

Weiterbildungsträger

In Bremen und Bremerhaven existiert eine Vielzahl von öffentlich finanzierten Weiterbildungsangeboten. Wir Freie Demokraten fordern eine bessere Anpassung der angebotenen Maßnahmen an die jeweiligen Marktanforderungen. Hierzu gehört auch ein effektiveres Qualitäts-Controlling hinsichtlich Bildungsträger, Unterrichtsqualität und Kursinhalt, sowie eine durchgängige Evaluation in Bezug auf Erfolg und Nachhaltigkeit bei der Arbeitsmarktintegration. Wir Freie Demokraten wollen die Trägerlandschaft im Arbeitsmarktbereich evaluieren, doppelte Angebote straffen und moderne Strukturen straffen und die Maßnahmen für die Welt der 20er und 30er Jahre zukunftsfähig machen. Unser Ziel ist es dabei, die öffentlichen Mittel mit dem größtmöglichen Nutzen einzusetzen und gleichzeitig möglichst vielen Menschen eine Perspektive auf dem Weg raus aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu geben.

Bedarfsermittlung

Damit die Jobcenter im Land Bremen in Zukunft effizienter und bedarfsorientierter arbeiten, fordern wir transparente Verfahren zur tatsächlichen Bedarfsermittlung für Eingliederungsmaßnahmen. Die Bereitstellung der Maßnahmen muss sich an den regionalen Strukturen der Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven und

den einzelnen Stadtteilen orientieren. Dadurch wird vermieden, dass Plätze für Maßnahmen bei einem Weiterbildungsträger eingekauft werden, welche im Nachhinein ohne Rücksicht auf die individuellen Förderbedarfe der Arbeitslosen und die jeweiligen Anforderungen des Arbeitsmarktes zwangsweise besetzt werden müssen.

Individuelle Förderung

Wir Freie Demokraten fordern eine verstärkte Fokussierung auf die individuelle Förderungen des einzelnen Arbeitslosen. Wir wollen weg von eingekauften, vorgefertigten und oft marktfernen Maßnahmen und hin zu einer konkreten Förderung von Arbeitsverhältnissen mit potenziellen Trägern bzw. Arbeitgebern.

Intensive Betreuung

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass im Land Bremen eine durchgehende Betreuung des bzw. der Arbeitslosen durch die gemeinsame Einrichtung (Jobcenter) während einer Maßnahme sicherzustellen ist. Dies kann etwa durch externes Coaching oder interne Beratungsgespräche sichergestellt werden. So werden alle Problemlagen erkannt und es können frühzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Moderne Arbeitswelt

Neue Technologien, die Globalisierung und der demographische Wandel führen zu permanenten Veränderungen in der Arbeitswelt. Da die moderne Arbeitswelt geprägt ist von einer fortschreitenden Digitalisierung und Automatisierung, erfordert sie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer mehr Agilität und Flexibilität. Schon heute sind Arbeitsmodelle wie Homeoffice bzw. Telearbeit, Remote Work und Hybrid Work feste Bestandteile des Arbeitslebens. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet dies die persönliche Bereitschaft, sich den stetig veränderten Bedingungen zu stellen („Lebenslanges Lernen“). Für Staat und Unternehmen besteht dabei die Herausforderung, entsprechende Fort- und Weiterbildungskonzepte zu entwickeln und anzubieten. Entscheidend ist hierbei, dass diese berufsbegleitend absolviert werden können.

Lebenslanges Lernen mit „Midlife-Bafög“ fördern

Der Bildungsstand stagniert häufig mit Eintritt ins Berufsleben. Zukünftige technologische Entwicklungen lassen dies jedoch nicht mehr zu. Lebenslanges Lernen trägt zur Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen im Rahmen einer persönlichen, bürgergesellschaftlichen, beruflichen, finanziellen und sozialen Entfaltung bei. Ziel ist es, weiterhin an einem selbstbestimmten, zeitgemäßen Leben teilnehmen zu können. Bildungsinhalte müssen transparent und für alle einfach zugänglich zur Verfügung gestellt werden, unabhängig vom Bildungsniveau. Allen soll das Recht auf lebensbegleitendes Lernen zugesprochen werden, wofür das Land Bremen entsprechende Angebote zur Verfügung stellen muss. Die Diskrepanz von aktuellem Wissensstand und überholtem Wissen wird somit umgangen. Die Chance, langfristig einer erfüllenden Tätigkeit nachzugehen, kann sich durch lebenslanges Lernen deutlich erhöhen. Wir Freie Demokraten wollen daher Weiterbildung mit einem „Midlife-Bafög“ und sogenannten Freiraumkonten unterstützen. Auf einem persönlichen Freiraumkonto können Beschäftigte unabhängig vom Arbeitgeber Teile ihres Gehalts steuer- und sozialabgabefrei ansparen, zum Beispiel für Kursgebühren, Verdienstauffälle während einer Fortbildung. Auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen auf diese Konten einzahlen können, ebenso soll die Umwandlung von

Überstunden und Resturlaub möglich sein. Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen sollen zudem mit einem „Midlife-Bafög“ beim Aufbau von Guthaben auf dem Freiraumkonto unterstützt werden.

Freiräume und Autonomie

Das geltende Arbeitszeitgesetz stammt aus dem letzten Jahrhundert. Die darin festgelegten starren Ruhezeiten von elf Stunden verhindern flexibles Arbeiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Mensch als Individuum sowie seine persönliche Lebenssituation erfordern unterschiedliche Arbeitszeitmodelle. Die moderne Arbeitswelt darf nicht in alten, klassischen Mustern von Kontrolle und gesetzlichen Regulierungen verharren. Vielmehr muss es zukünftig für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber möglich sein, die persönlichen Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie mit den berechtigten betrieblichen Interessen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber abzustimmen. Wir Freie Demokraten fordern eine flexible Tagesarbeitszeit bei einer geregelten Wochen- oder Monatsarbeitszeit. Damit können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstbestimmt Regelungen schaffen, die das Ausweichen in Grauzonen verhindert. Hierbei soll der Staat nur eingreifen, wenn beide Parteien keine Einigung erzielen können. Zudem muss für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Rechtsunsicherheit in Bezug auf die Dokumentationspflicht, die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung und die Vertrauensarbeitszeit beseitigt werden.

Demografischer Wandel und längeres Arbeiten

Infolge des demografischen Wandels stehen unsere sozialen Sicherungssysteme vor schwerwiegenden Belastungen. Insbesondere bei der Rente gilt, dass zukünftig immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren. Es ist daher zwingend notwendig, die Strukturen unserer Rentenversicherung den neuen Realitäten anzupassen. Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass die Rentenversicherung langfristig in die Kapitaldeckung wechselt, weil nur so die Rentenversicherung zukünftig finanzierbar werden kann. Die auf Bundesebene auf Initiative der FDP eingeführte Aktienrente kann hierbei nur der erste Schritt sein und sollte, wo möglich, ausgeweitet und beschleunigt werden, damit die Rentenversicherung wieder finanziell abgesichert wird. Gleichzeitig passt ein festes Renteneintrittsalter immer weniger zu den vielfältigen Lebensvorstellungen und den individuellen Wünschen und Bedürfnissen der einzelnen Menschen. Deswegen fordern wir eine Flexibilisierung des Renteneintritts nach dem schwedischen Modell. Auch einen schrittweise erfolgenden Eintritt in den Ruhestand wollen wir vereinfachen. Hierzu sollen Hinzuverdienstgrenzen der Rente erhöht werden, sodass Teilzeit- und Nebentätigkeiten nicht zu einem finanziellen Nachteil bei der Rente führen.

Flexibilisierung des Arbeitsmarktes

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit einhergehenden enormen wirtschaftlichen Auswirkungen haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass Unternehmen flexibel auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren können. Wir Freie Demokraten betrachten die Zeitarbeit daher als unverzichtbares Instrument für den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus ist sie ein wichtiger Baustein für die Chance zum sozialen Aufstieg, denn sie beschäftigt eine überproportional hohe Anzahl von Menschen aus Arbeitslosigkeit,

Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss sowie Ältere und Geflüchtete. Laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag der Anteil der Zeitarbeit an den Beschäftigungsaufnahmen Geflüchteter im Zeitraum Juli 2020 bis Juni 2021 bei 34,5 Prozent. Keine andere Branche hat auch nur annähernd so viele Flüchtlinge integriert. Daher fordern wir, überholte und überflüssige Regulierungen und Einschränkungen für die Zeitarbeit abzuschaffen. Dazu gehört das Verbot der Beschäftigung von Drittstaatenangehörigen, das Verbot der Überlassung in das Baugewerbe und die Begrenzung der Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten, da ohnehin nach 9 Monaten Überlassungsdauer ein gesetzlicher Anspruch der Zeitarbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmer auf gleiche Bezahlung wie die Stammebelegschaft (Equal-Pay-Grundsatz) besteht. Darüber hinaus soll auch für die Zeitarbeit das Recht auf Kurzarbeitergeld eingeführt werden.

Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel

Bremen muss attraktiv für Fachkräfte werden. Wichtiger Bestandteil der Fachkräftegarantie muss eine substantielle Verbesserung des Bremer Bildungssystems sein, damit auch Fachkräfte und ihre Familien sich für Bremen entscheiden.

Einwanderung in den Arbeitsmarkt fördern

Aufgrund des demografischen Wandels und des Arbeitskräftemangels ist das Land Bremen auf qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild ein. Die Steuerung soll hier über Kriterien wie Bildungsgrad, Deutsch- oder auch gute Englischkenntnisse, Alter, Berufserfahrung und den aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt erfolgen. Hierdurch sollen auch die Hürden für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse abgebaut werden. Der Anerkennungsprozess muss unbürokratischer und schneller werden.

Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ in eine der beiden Säulen der Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben. Denn wer einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder sich in einer Qualifikationsphase (zum Beispiel Ausbildung oder Studium) befindet, sollte nicht ausgewiesen werden.

Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch die Chance bekommt, etwas aus seinem Leben zu machen. Daher fordern wir die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme für alle Asylbewerberinnen und -bewerber oder Geduldete (auch aus sog. sicheren Herkunftsstaaten) nach der Wartefrist (3 Monate), ohne dass der Arbeitgeber zuvor eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit einholen muss. Entsprechende Anträge sollen - sofern möglich - bereits in den Heimatländern, beispielsweise in den Botschaften, gestellt werden können.

Wir Freie Demokraten fordern eine Vereinfachung und Beschleunigung der Anerkennungsprozesse für ausländische Berufsabschlüsse, um die Qualifikationspotenziale ausländischer Fachkräfte, zum Beispiel im Bereich der Alten- und Krankenpflege besser zu nutzen. Dafür müssen die Regelungen und Kriterien zur Bewertung der Gleichwertigkeit beruflicher Qualifikationen vereinfacht und die Verfahren erheblich beschleunigt werden, unter anderem durch eine entsprechende personelle Ausstattung der zuständigen Stellen. Wer sich potenziell länger in Deutschland aufhält, die nötigen Erfordernisse für eine Arbeitstätigkeit erfüllt und selbst zu seinem Lebensunterhalt sowie dem seiner Familie beitragen will und kann, soll dies auch tun können. Dies stärkt die Integration und den sozialen Frieden und entlastet die öffentlichen Kassen.

Tarifautonomie stärken: Abschaffung des Landesmindestlohns

Wir fordern die Abschaffung des Bremer Landesmindestlohns. Angesichts eines Bundesmindestlohns, der bereits jetzt politisch festgesetzt wird, erübrigt sich ein Bremer Landesmindestlohn. Durch seinen hohen bürokratischen Aufwand stellt dieser einen Standort- und Wettbewerbsnachteil für Bremer und Bremerhavener Firmen gegenüber jenen im niedersächsischen Umland dar. Besonders problematisch ist, dass in Bremen das Einstiegsentgelt des Öffentlichen Dienstes zugrunde gelegt wird, denn dort orientieren sich Tarifverhandlungen nicht an der Situation der realen Wirtschaft. Wir Freie Demokraten bekennen uns vielmehr zur Tarifautonomie. Aus unserer Sicht hatte sich das Instrument einer Mindestlohnkommission, die unabhängig vom politischen Überbietungswettbewerb die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgleicht, grundsätzlich bewährt. Politisch festgesetzte Löhne lehnen wir hingegen ab.

Freie Wahl und Abwahl der eigenen Arbeitnehmervertretung

Bremen ist neben dem Saarland das einzige Bundesland, das für seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zwangsmitgliedschaft in einer Arbeitnehmervertretung, also im Prinzip einer Gewerkschaft festgelegt hat. Die Arbeitnehmerkammer Bremen ist darüber hinaus sozialdemokratisch geprägt, Vorstände werden durchweg mit aktiven Gewerkschaftern z.B. von DGB, Verdi, IG- Metall u.a. besetzt und politische Referenten treiben die eigene Politische Agenda der Arbeitnehmerkammer voran. Im Ergebnis führt der Zwangsbeitrag neben einer finanziellen Belastung dazu, dass Arbeitnehmer auch gezwungen sind, ggf. politische Ziele finanziell zu unterstützen, die sie selbst nicht teilen. Wir fordern daher die Abschaffung der Zwangsabgabe und eine Neuregelung hin zu einem freiwilligen Beitrag bzw. einer freiwilligen, kostenpflichtigen Mitgliedschaft, so wie es bei Gewerkschaften und Parteien üblich ist.

Keine Ausbildungsabgabe für Bremen

Der Bremer Senat hat im Herbst 2022 die Eckpunkte eines sogenannten Landesausbildungsfonds beschlossen, der zum Ausbildungsjahr 2024/25 eingeführt werden soll. In diesen Fonds sollen alle Unternehmen mit mehr als fünf Beschäftigten eine Umlage einzahlen. Dabei wird im Land Bremen bereits mehr ausgebildet, der Anteil der Auszubildenden liegt deutlich über der Ausbildungsquote der anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie über dem Bundesdurchschnitt. Wir Freie Demokraten lehnen diesen Ausbildungsfonds daher genauso wie alle beteiligten Wirtschaftsakteure ab. Er würde Unternehmen gerade in einer Zeit mit steigenden finanziellen Belastungen, z.B. durch steigende Energiekosten, zusätzlich belasten. Wenn Unternehmen nicht ausbilden, liegt es in der Regel nicht an einer mangelnden Bereitschaft, sondern am Mangel geeigneter Kandidaten. Sie können offene Ausbildungsstellen nicht besetzen, weil die schulische Grundausbildung der Jugendlichen nicht ausreicht und die Qualifikation für eine Ausbildung fehlt. Der staatliche Bildungsauftrag darf nicht durch eine erzwungene Ausbildungsabgabe auf die Unternehmen abgewälzt werden.

Kapitel 3: Zeigen wir, wie solider Haushalt geht

Wir sind nicht die letzte Generation. Nach uns kommen noch viele weitere. Aber bereits jetzt werden die Handlungsspielräume im Bremer Haushalt durch mehr als 500 Millionen Euro Zinskosten pro Haushaltsjahr für die Tilgung vergangener Schulden eingeschränkt. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist daher ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass potenzielle Ausgaben genau geprüft werden und dringliche Investitionen priorisiert werden. Für sozialen und ökonomischen Aufstieg stellen wir die Bereiche Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur an die erste Stelle.

Schuldenpolitik

Die Nettoschulden des Landes Bremen sind in den letzten 15 Jahren um mehr als 50 % gestiegen - mehr als in jedem anderen Bundesland – und betragen jetzt fast 23 Milliarden Euro. Um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes Bremen zu erhalten, muss die Einhaltung der Schuldenbremse und die Sanierung der öffentlichen Finanzlage oberste Priorität bei der Bremer Finanzpolitik haben.

Wir Freie Demokraten stehen zur Schuldenbremse und lehnen zusätzliche Schulden entschieden ab. Das gilt für das Land Bremen und seine beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Um die Schuldenlast nachhaltig zu reduzieren, wollen wir die Tilgungsvereinbarungen der Sanierungs- und Konsolidierungshilfen erfüllen und die Investitionen in die Bremer Wirtschaft deutlich erhöhen. Sowie die Inflationsraten wieder im normalen Bereich um ca. 2 Prozent liegen, sind zusätzliche Tilgungen erforderlich.

Als Folge der verfehlten Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte, der daraus resultierenden hohen Zinsbelastung und einem überdehnten Verwaltungsapparat ist Bremens finanzieller Handlungsspielraum stark eingeschränkt. Trotz eines Jahrzehnts historisch niedriger Zinsen belasten die Zinskosten allein für die bestehenden Schulden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Land Bremen jährlich mit mehr als 500 Millionen Euro und verhindern damit wichtige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und die heimische Wirtschaft. Aus diesem Grund ist unerlässlich, die Staatsausgaben zu priorisieren. Während die Landesregierungen in der Vergangenheit vor allem vor allem in Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft entweder zu wenig oder an falscher Stelle investiert haben, wollen wir Freie Demokraten die Investitionen in diese Bereiche an die erste Stelle stellen. Um zusätzliche Geldmittel nutzen zu können, wollen wir künftig bei jedem staatlichen Vorhaben Fördermittel der Europäischen Union oder des Bundes bevorzugt heranziehen.

Personalstrukturreform

Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat Bremen in vielen Verwaltungsbereichen zu hohe Personalausgaben. Dies gilt in besonderer Weise für die senatorischen Dienststellen. Wir Freie Demokraten wollen, dass Bremen und Bremerhaven die modernsten Verwaltungen Deutschlands bekommen und zu modernen Serviceeinrichtungen umgebaut werden. Erreichen wollen wir dies durch eine grundlegende Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes (PVG) und die damit möglich werdende, lange überfällige Personalstrukturreform in der öffentlichen Verwaltung. Wir Freie Demokraten wollen die Staatsquote drastisch senken, indem wir die Verantwortlichkeiten und Aufgabenstellungen überprüfen, die interne Bürokratie abbauen und durch eine verstärkte Digitalisierung Abläufe und Prozesse in der Verwaltung optimieren und automatisieren. Notwendig sind

zudem flache Hierarchien und kurze Dienstwege. Unser Ziel ist es, den Anteil der Verwaltungsausgaben am Landeshaushalt bis 2030 zu halbieren. Darüber hinaus ist es zwingend notwendig, für zukünftige Pensionsverpflichtungen ausreichend große Rückstellungen zu bilden.

Eigenbetriebe und Beteiligungen

Bremen ist an zahlreichen Körperschaften beteiligt und gliedert dabei viele staatlichen Aufgaben an externe Organisationen aus. Dabei mangelt es erheblich an Transparenz über die einzelnen Beteiligungen und dem Transfer finanzieller Mittel. Wir Freie Demokraten wollen sämtliche Beteiligungen transparent und für jedermann zugänglich öffentlich machen. Sämtliche finanziellen Förderungen an Beteiligungen oder Drittorganisationen wollen wir detailliert offenlegen.

Im Rahmen eines allgemeinen Verlustausgleichs werden mehrere Millionen Euro Steuergelder verschwendet und jegliche betriebswirtschaftliche Effizienz innerhalb dieser Körperschaften verhindert. Deswegen wollen wir Freie Demokraten den allgemeinen Verlustausgleich für alle Beteiligungen abschaffen und die eingesparten Gelder sinnvoll investieren.

Darüber hinaus wollen wir alle staatlichen Beteiligungen auf den Prüfstand stellen. Eigenbetriebe und Beteiligungen, die der Notwendigkeitsprüfung einer staatlichen Beteiligung nicht standhalten, sollen veräußert werden, wobei die Erlöse vollständig für Investitionen oder Schuldenabbau eingesetzt werden sollen. Dies gilt auch für staatliches Eigentum, das häufig nicht genutzt wird.

Erfolgreiche Modelle bei der Erbringung der öffentlichen Daseinsvorsorge weiterführen

Die Preissteigerungen haben deutlich gemacht, dass das Modell der Bremer Stadtreinigung als Anstalt des öffentlich Rechts für die Bürgerinnen und Bürger zu schweren Nachteilen geführt hat. Wir Freie Demokraten lehnen sogenannte "Vergesellschaftungen" von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ab, sofern funktionierende private Anbieter diese Aufgaben gut wahrnehmen. In diesem Zusammenhang werden wir uns dafür einsetzen, dass das erfolgreiche Modell bei HanseWasser weitergeführt wird.

Geld- und Zahlungsverkehr

Während der Pandemie hat die Nutzung digitaler Zahlungsmittel auch in Deutschland deutlich zugenommen. Dennoch sind in Behörden oft weder digitale Zahlungswege noch Kartenzahlung möglich. In den Behörden des Landes und der Stadtgemeinden soll den Bürgern die freie Wahl des Zahlungsmittels ohne Nachteile und zusätzliche Kosten garantiert werden. Als Freie Demokraten steht für uns fest, dass Bargeld auch weiterhin als allgemeines Zahlungsmittel bestehen bleiben muss. Deswegen lehnen wir Einschränkungen der Barzahlungen (zum Beispiel durch Bargeldobergrenzen) konsequent ab und fordern eine Annahmepflicht für Bargeld in staatlichen Behörden, und zwar auf jeder Ebene. Ein Zwang zu digitalen Zahlungsmitteln führt nicht zwangsläufig zu weniger Kriminalität.

Trennung von Jugendherberge Wüstewohldede und Schullandheim Bad Bederskesa

Wir Freie Demokraten sehen es nicht mehr als zeitgemäß an, dass die Stadt Bremerhaven selbst außerhalb der Stadtgrenzen ein Schullandheim und eine Jugendherberge betreibt. Deswegen sprechen wir uns dafür aus, dass sich die Stadt von beiden Einrichtungen trennt. Wenn möglich, sollen gemeinnützige oder private Betreiber die Einrichtungen übernehmen. Wenn das nicht gelingt, müssen wir auch über andere Lösungen sprechen. In den vergangenen Jahren ist es der Stadt nicht gelungen, die Einrichtungen kostendeckend zu betreiben. Dazu ist ein Sanierungsstau beim Schullandheim in Millionenhöhe aufgelaufen. Für die Jugendherberge Wüstewohldede konnten keine Herbergseltern gefunden werden. Der subventionierte Betrieb war in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts sinnvoll, als es wenig private oder gemeinnützige Alternativen gab. Heute gibt es allerdings viele Anbieter, die für Klassenfahrten Unterkunft und pädagogisches Programm anbieten. Ein staatliches Angebot ist nicht mehr erforderlich, insbesondere wenn es ein Haushaltsrisiko für die Stadt darstellt.

Kapitel 4: Zeigen wir, wie moderne Verwaltung geht

Eine moderne Gesellschaft verdient einen modernen Staat, der sich auf das Wesentliche konzentriert. Vereinfachen wir die Kommunikation im Land Bremen mit einem digitalen Update.

Bürokratieabbau

Als Querschnittsproblem behindert die ausufernde Bürokratie mittlerweile sämtliche Bereiche des Lebens und stellt damit das drängendste Problem dar, weil es die Lösung anderer Problembereiche behindert. Als Freie Demokraten fordern wir daher eine radikale Entbürokratisierung und die Reformierung Bremer Behörden, damit diese endlich wieder zum Wegbereiter werden. Daher wollen wir zukünftig bei der Einführung neuer Vorschriften im selben Schritt mindestens zwei äquivalente Vorschriften streichen („One-In-Two-Out“-Prinzip). Nur so kann die bürokratische Gesamtlast an der Wurzel reduziert werden. Darüber hinaus sollen der Bürokratiekostenindex und die Messung des Erfüllungsaufwandes für Bürger und Unternehmen ausgeweitet werden. Neue Gesetzesvorhaben sollen vor der parlamentarischen Beratung durch unabhängige Experten hinsichtlich der Auswirkungen auf die bürokratischen Aufwände bewertet werden müssen.

Englisch als zweite Verwaltungssprache

Englisch wollen wir Freie Demokraten als Verwaltungssprache flächendeckend und dauerhaft zu etablieren. In einer zunehmend globalisierten Welt mit internationalen Einrichtungen, Hochschulen, Unternehmen und auch einer englischsprachigen Schule ist in der Gesellschaft Englisch längst zur Normalität in Bremen und Bremerhaven geworden. Das muss auch in der Verwaltung in Bremen und Bremerhaven so sein. Alle Verwaltungsleistungen sollen zukünftig in englischer Sprache angeboten werden. So erleichtern wir international agierenden Unternehmen die Tätigkeit in Bremen und Bremerhaven und gewinnen neue Fachkräfte im internationalen Wettbewerb.

Digitalisierung der Verwaltung

Obwohl die allermeisten Bürgerinnen und Bürger ganz selbstverständlich per E-Mail kommunizieren, findet die Kommunikation mit Behörden häufig immer noch mittels Papier oder Fax statt. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung in Zukunft digital abläuft.

Der Schlüssel hierzu ist ein digitales Bürgerkonto. Hierzu führen wir auf Bundesebene derzeit eine benutzerfreundliche und datenschutzkonforme eID ein. Mit dieser eID soll man sich in Zukunft in sein Bürgerkonto einloggen können und alle Behördengänge digital absolvieren können. Klar muss hierbei sein, dass Digitalisierung in der Verwaltung nicht nur heißt, dass man beispielsweise sein Auto online anmelden kann. Daher kann die konsequente Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis spätestens Ende 2023 nur der absolute Minimalanspruch sein. Vielmehr muss die Behörde von heute die Digitalisierung in vollem Umfang ausnutzen. Es genügt nicht, wenn Termine und Formulare zwar online verfügbar sind, die Behörden selbst jedoch weiterhin mit Papierbergen arbeiten. Deswegen fordern wir, auch die behördeninternen Prozesse vollständig zu digitalisieren. Erst, wenn auch der Prozess dahinter (im sogenannten Backend) medienbruchfrei durchgehend digital ist, kann man von echter Digitalisierung sprechen.

Hierbei muss das ausdrückliche Ziel sein, die Behördenarbeit so weit wie möglich zu automatisieren, wobei weiterhin manuelle Korrekturen im Einzelfall möglich sein müssen. Nur so kann die tatsächliche Arbeitslast der Verwaltungsmitarbeiter reduziert und deren Kapazität dort eingesetzt, wo sie tatsächlich gebraucht wird. Um die Arbeitslast weiter zu reduzieren, muss mittelfristig von der Koexistenz digitaler und analoger Verwaltungsarbeit abgesehen werden. Anstatt Vorgänge sowohl digital als auch wie bisher in analoger Form anzubieten, müssen wir veraltete Durchführungsformen vollkommen fallen lassen, da dies sonst zur Doppelbelastung bei den Behörden führt. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels sowie den ohnehin zu hohen Verwaltungspersonalkosten müssen digitale Lösungen dazu genutzt werden, die Arbeit in der Verwaltung effizienter zu gestalten. Um diesen Digitalisierungsgrad alsbald möglich zu erreichen, muss der finanzielle Bedarf mit entsprechender Priorität anderen Ausgaben vorangestellt werden.

Datenaustausch und einheitliche Schnittstellen

Um die Bürger und Unternehmen direkt von bürokratischem Aufwand zu entlasten, muss der Staat die bereits verfügbaren Informationen zwischen den Behörden leichter austauschen können. Es stellt eine unnötige Belastung der Bürger dar, wenn diese – wie zum Beispiel bei der Grundsteuer - aufgefordert werden, Informationen bereitzustellen, obwohl die Informationen schon in Staatshand, aber eventuell bei einer anderen Behörde, vorliegen. Um gleichzeitig den Datenschutz der Bürger zu gewährleisten und missbräuchlichen Zugriff auf Informationen zu verhindern, soll dieser zwischenbehördliche Informationsaustausch zweckgebunden vom Bürger genehmigt werden müssen.

Aber auch der Datenaustausch zwischen der Verwaltung und den Bürgern muss besser werden. Wir setzen uns daher für einheitliche digitale Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bürgern bzw. Wirtschaft ein. Diese führen zur Fehlervermeidung, einer höheren Qualität im Datenaustausch und zu einer insgesamt besseren Effizienz auf beiden Seiten - das spart bei der Wirtschaft und der Verwaltung Ressourcen und Kapital ein, das an anderer Stelle besser genutzt werden kann.

Mehr Chancen für die Bremer Digitalwirtschaft - gesetzliches Dataport-Monopol aufheben

Statt mit der sehr erfolgreichen Bremer Digitalwirtschaft zusammenzuarbeiten, hat die rot-grün-rote Koalition 2022 ein Gesetz verabschiedet, das nur noch einen einzigen IT-Dienstleister bzgl. Applikationsentwicklung für Bremische Behörden zulässt. Bei diesem Anbieter handelt es sich um die in Kiel ansässige Firma Dataport, an der das Land Bremen einen Marginal-Anteil hält. Bremische Wirtschafts- und Innovationsförderung geht anders. Das wollen wir ändern, indem wir das Gesetz zur Monopolisierung von Dataport als IT-Dienstleister der Öffentlichen Verwaltung aufheben. Stattdessen wollen wir die Zusammenarbeit mit der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft verbessern, um Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven zu erhalten. Hierbei sehen wir Chancen für eine Aufwertung des Standorts Bremen/Bremerhaven.

Glasfaserausbau

Dienstleistungen und Werke aus geistiger Arbeit sind für die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven von immenser Bedeutung. Daten sind der Rohstoff der Zukunft. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, müssen optimale Rahmenbedingungen für die vernetzte und digitale Zukunft der für Unternehmen und Haushalte setzen.

Der flächendeckende und zuverlässige Internetzugang ist für sämtliche Innovationen im digitalen Raum zwingende Voraussetzung. Der Ausbau der klassischen Netzinfrastruktur im Bereich moderater Übertragungsraten ist dabei nicht ausreichend, um Bremen als Wohnort und Wirtschaftsstandort attraktiv zu machen. Als Freie Demokraten wollen wir heute die strategischen und planungstechnischen Weichen stellen, damit flächendeckender und zuverlässiger Internetzugang im Gigabit-Bereich mittelfristig umgesetzt werden kann. Das Ziel muss es sein, bis 2030 mindestens 90 Prozent der Haushalte und Unternehmen in Bremen und Bremerhaven mit vollständiger Glasfaserinfrastruktur (FTTH) auszustatten.

Freies WLAN weiter ausbauen

Eine möglichst schnelle und stabile Internetverbindung ist heutzutage nicht mehr nur an festen Standorten, sondern auch mobil notwendig. Wir Freie Demokraten werden öffentlich zugängliche Hotspots in allen städtischen Gebäuden sowie auf allen öffentlichen Plätzen ausweisen und fördern deren Einrichtung in Bussen, Straßenbahnen und Bahnen der Regional- und S-Bahn.

Kapitel 5: Zeigen wir, wie zukunftsfähige Hafenpolitik geht

Die maritime Hafenwirtschaft ist die Lebensader unserer Freien Hansestadt. Sie hat in der Vergangenheit Erfolg und Wachstum gebracht. Wir Freie Demokraten möchten, dass dies auch in Zukunft so ist. Dafür müssen wir diesen Bereich zukunftsfest machen und ohne Verbote denken. Wir wollen dabei ganzheitlich planen und die Lieferkette von der Produktion bis zur Zustellung denken. In der nachhaltigen Anpassung der Fahrrinnen, sowie den Ausbau und die Digitalisierung der Hafeninfrastruktur und die Verkehrsanbindung an den Hafen, sehen wir relevante Investitionsprojekte. Auch für die Klimaneutralität spielen die Häfen eine große Rolle, weshalb wir ein Wasserstoffterminal prüfen wollen. Aufstieg ist uns in allen Bereichen wichtig und eine Mission für uns, die keine Grenzen kennt. Deshalb wollen wir den Weltraumbahnhof in Bremerhaven. Ein anspruchsvolles Projekt, welches technologischer Fortschritt und eine riesige Chance ist, die das gesamte Bundesland positiv beeinflussen wird.

Die maritime Wirtschaft als wichtiger Standortfaktor für Mittelstand und Industrie

Als wichtiger Wachstumsmotor sichert die maritime Wirtschaft Arbeitsplätze sowie die Wettbewerbsfähigkeit vieler internationaler und außenhandelsorientierter Unternehmen in Bremen, Bremerhaven und der Region. Wir Freie Demokraten wollen die Schifffahrt und die maritime Wirtschaft erhalten und ausbauen und sie für zukünftige Herausforderungen stärken. Ziel ist es, sowohl das große ökonomische als auch das ökologische Potenzial zu nutzen. Eine starke maritime Wirtschaft, die den aktuellen Anforderungen und zukünftigen Herausforderungen gerecht wird, stärkt die bereits hervorragend in die Weltwirtschaft integrierte Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven und damit den Mittelstand.

Wir sehen die maritime Wirtschaft, die Lieferketten und die Infrastruktur als Ganzes, schließlich ist all das ein wichtiges Tor zur Welt. Von Schiffbau über die Export- und Importwirtschaft, die Fischerei, Offshore-Windenergie, Containerschifffahrt, Küstentourismus sowie Zukunftssektoren wie blauer Biotechnologie, Meeresbergbau oder Weltraumbahnhof, die Bandbreite der „blauen Wirtschaft“ ist weit. Zulieferbetriebe sitzen in Bremerhaven und Bremen. Bremen und Bremerhaven verfügen über ausgezeichnete Hochschulen und Forschungszentren, die wie das Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven oder das Zentrum für Marine Tropenforschung zu den besten der Welt gehören. Diese Stellung gilt es nicht nur zu verteidigen, sondern auszubauen. Forschung und Innovation sind die treibenden Elemente der maritimen Wirtschaft der Zukunft. Eine effiziente Stärkung der maritimen Wirtschaft muss auf einer ambitionierten Meerespolitik Deutschlands und der EU fußen. Wasser kennt keine Grenzen, und daher sollten sich die norddeutschen Küstenländer genauso wie die europäischen Anrainerstaaten im Bereich der Meerespolitik so eng wie möglich abstimmen.

Bedarfsorientierte Anpassung und Erhaltung der seewärtigen Zufahrten

Wir Freie Demokraten stehen zu der zentralen Funktion der Häfen für die Zukunft Bremens und Bremerhavens. Die maritime Wirtschaft und die damit verbundenen Lieferketten sind abhängig von einer bedarfsgerechten und wettbewerbsfähigen Infrastruktur der Wasserstraßen und seewärtigen Zufahrten. Das Land Bremen lebt von seinen Häfen, ist Logistikkreuzung und der größte deutsche Umschlaghafen für Automobile. Damit das so bleibt, braucht das Land Bremen eine bedarfsgerechte Anpassung und stetige Erhaltung der Fahrrinnen der

Weser – zur See und zum Binnenland. Die Fahrrinnenanpassung ist längst überfällig und im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlichen Bedarf“ genannt. Nur so können die Häfen weiterhin Anlaufpunkt für moderne Großschiffe bleiben und damit den Wirtschafts- und Logistikstandort auch in Zukunft sichern. Bei jeder Anpassung der Wasserstraßeninfrastruktur ist die Berücksichtigung des relevanten Umwelt- und Naturschutzes selbstverständlich. Die Maßnahmen müssen nachhaltig sein und dürfen keine relevanten Folgekosten nach sich ziehen. Um dies gewährleisten zu können, bedarf es rechtzeitig eines nachhaltigen Sedimentmanagements.

Anpassung und Ausbau der Hafeninfrastruktur als Standortfaktor

Vor dem Hintergrund, die bremischen Häfen im globalen Wettbewerb effizienter, zukunftsfähiger und nachhaltiger zu positionieren, bedarf es einer Beschleunigung der Anpassung und dem Ausbau der Hafeninfrastruktur. Die bremischen Häfen sind auf eine bedarfsgerechte, moderne Infrastruktur mit effizienten Strukturen angewiesen. Das Land Bremen muss sowohl in den Erhalt und die notwendigen Anpassungen der Hafeninfrastruktur selbst, als auch in die verkehrliche Anbindung der Häfen investieren. Die Kajen der Stromkaje müssen mittelfristig saniert werden. Hier sind mehr Investitionen notwendig, um später höhere Kosten zu vermeiden. Aber auch der Neustädter Hafen und die Industriehäfen müssen mittelfristig ertüchtigt und weiterentwickelt werden.

Hierfür brauchen die bremischen Häfen eine auskömmliche Finanzausstattung. Zudem braucht es eine Beschleunigung der Planungsverfahren und eine schnelle, entschlossene und einvernehmliche Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Unter dem Aspekt der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Seehäfen ist jede Verzögerung bei Infrastrukturmaßnahmen ein Dämpfer für die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze und damit ein Dämpfer für den Wohlstand des Landes Bremen.

Häfen und Nachhaltigkeit

Im Zuge der Modernisierung der Handels- und Kreuzfahrtflotten sowie zur Erreichung der klimapolitischen Ziele unterstützen wir Freie Demokraten die Einrichtung von Infrastruktur zur Bebung von Schiffen mit alternativen Treibstoffen. Beim Landstrom muss immer die Kosten-Nutzen-Analyse mit der gesamten Netzstruktur beachtet werden. Hier muss im Einzelfall geprüft werden, ob der Landstromanschluss wirtschaftlich und technisch realisierbar ist. Zudem bedarf es eines intensiven Austauschs mit Reedereien, Werften, Häfen und allen Beteiligten hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit solcher Strukturen, da hiermit enorme finanzielle Verpflichtungen und Investitionen verbunden sind. Zudem müssten Seeleute und Hafenarbeiterinnen und -arbeiter mittelfristig darauf geschult werden. Dies ist nur in Kooperation mit der internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) und den Hafenstaaten möglich und sinnvoll.

Ferner wollen wir Freie Demokraten prüfen, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden können, um die gesamte Hafeninfrastrukturen der bremischen Häfen nachhaltiger und klimaangepasster aufzustellen. Hierbei spielt das Thema Wasserstoff besonders mittelfristig eine wichtige Rolle, dies gilt es bei der weiteren Hafenentwicklung und Planung zu berücksichtigen. Dabei geht es insbesondere um die Nutzung von Wasserstoff im Hafenbetrieb für Umschlaggeräte, Lkws sowie die Hafenbahn.

Wasserstoffterminal

Deutschland wird Energie-Import-Land bleiben, trotzdem müssen wir möglichst unabhängig bleiben. Dafür fordern wir prüfen, ob ein eigenes Wasserstoffterminal in Bremerhaven möglich ist. Mittels Flächeneffizienzanalyse soll dafür der bestmögliche Standort ermittelt werden. Das Wasserstoffterminal würde einen Teil einer neuen Energieinfrastruktur darstellen, der auch der 300MW-Elektrolyseur der Stahlwerke angehört. Die bremische Stahlindustrie wird massiv profitieren und Bremen schneller klimaneutral. Neben der Errichtung eines Terminals zur Anlandung von Wasserstoff sollte eine Infrastruktur ebenso für andere Kraftstoffe wie E-Fuels, Methanol oder Ammoniak geprüft werden. Zudem kann die Verschiffung von CO₂ eine Chance für die Dekarbonisierung der ansässigen Industrie sein, weshalb auch hier die notwendige Infrastruktur untersucht werden sollte.

Häfen und Digitalisierung

Die deutschen Häfen werden allzu oft als zu teuer, zu langsam oder zu wenig digitalisiert mit einer zu geringen Produktivität wahrgenommen. Damit die bremischen Häfen insbesondere mit den Westhäfen und den Mittelmeerhäfen konkurrenzfähig sind, wollen wir die Handelnden dabei unterstützen, die Kostenstruktur anzupassen. Dazu gehören sowohl die Digitalisierung aller Betriebsabläufe inklusive Automatisierung der Umschlagsaktivitäten als auch die Umstellung der Umschlagsgeräte auf umweltfreundliche und effizientere Technologien. Damit wollen wir sicherstellen, dass die Umschlagsleistung erhöht wird und dadurch die Kosten gesenkt werden und somit eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit entsteht. Auch wenn sich mittel- bis langfristig Tätigkeiten verändern werden, können die Arbeitsplätze in den Häfen gesichert werden. Die bremischen Häfen brauchen Freiräume für Innovationen und eine nachhaltige Hafenbewirtschaftung. Die nachhaltige Anpassung, Weiterentwicklung und Digitalisierung der Abläufe der bremischen Häfen und der damit verbundenen Infrastruktur wollen wir Freie Demokraten entschlossen weiter vorantreiben, um die Wertschöpfung, die Arbeitsplätze und den Wohlstand im Land Bremen zu halten und auszubauen und damit eine prosperierende Perspektive für zukünftige Generationen zu schaffen.

Flächen auf den Prüfstand

Als Freie Demokraten fordern wir eine Flächenbestands- und Nutzungsanalyse. Wir setzen uns für neue Wachstumsimpulse für eine tatsächlich nachhaltige Weiterentwicklung der Häfen in Bremerhaven ein. Nachdem das Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) nun in dieser Form endgültig gescheitert ist, müssen wir die vorhandenen Flächen optimal nutzen. Das langwierige juristische Gezerre kostete nur wertvolle Zeit und personelle Kapazitäten - entscheidende Ressourcen, die für eine innovative, zukunftsfähige Zukunftsplanung so dringend gebraucht werden. Das sollte für die Hafenentwicklung eine Lehre sein, denn der globale Wettbewerb wartet nicht, bis lokale Differenzen juristisch geklärt sind. Er findet an anderen Standorten neue Lösungen und hängt Bremerhaven und Bremen sonst immer weiter von den aktuellen Entwicklungen ab. Auch die Automatisierung bietet hier Chancen, die vorhandenen Flächen im Containerumschlag effizienter zu nutzen. Gleichzeitig ist es wichtig, auch Raum für hafennahe Gewerbeansiedlungen zu schaffen.

Insbesondere für den Bereich High and Heavy braucht Bremerhaven Verlademöglichkeiten, wofür CT1, die

ABC-Halbinsel oder die neue Westkaje des Fischereihafens geeignet sind. Auf diesem High and Heavy-Terminal könnten die Bereiche Schwergut, Stückgut, Offshore einschließlich der Entsorgung und des Repowerings vorhandener Windkraftanlagen unter der Nutzung diverser vorhandener Flächen vorgesehen werden.

Die Optimierung und Umwidmung von Flächen für die zukunftsfähige Aufstellung der Häfen sowie die Bereitstellung von Gewerbeflächen für Neuansiedlungen im Hafenumfeld schafft die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen und wirtschaftliche Prosperität.

Die bremischen Häfen mit ihren globalen Handelsverflechtungen und ihrer Integration in die Welt sind systemrelevant und müssen fortlaufend an den Strukturwandel und die weltweiten politischen und ökonomischen Herausforderungen angepasst werden. Dazu gehört auch ein umfassendes und strukturiertes, aber eben auch flexibel anpassbares Flächennutzungskonzept für die Häfen und die maritime Wirtschaft mit den vielzähligen mittelständischen Unternehmen.

Ausbau und Engpassbeseitigung der Hafenhinterlandanbindung

Die Seehafenhinterlandanbindung beinhaltet sämtliche Verkehrsträger von Straße über die Schiene hin zu den Binnenwasserstraßen. Die bremischen Häfen mit den gesamten Seehafenhinterlandverkehren bilden eine wichtige Schnittstelle des Welthandels. Deshalb müssen die bremischen Häfen besser und bedarfsgerechter ans Hinterland angebunden werden. Eine optimale Anbindung aller Lieferketten von und zu den bremischen Häfen ist von enormer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Nur so können wir langfristig mit den Häfen wie Rotterdam, Antwerpen, den Häfen im Mittelmeer oder der neuen Seidenstraße im globalen Handel mithalten. Hier wollen wir Freie Demokraten uns auch über das Hoheitsgebiet des Landes Bremen hinaus für eine Verbesserung der Verkehrsanbindung und einen Ausbau der Trassen auf Schiene und Straße einsetzen.

Wichtigstes zu realisierendes Projekt auf der Schiene ist die ALPHA-E-Variante. Alle Strecken ab Bremerhaven sollen bis 2030 elektrifiziert sein und um mindestens ein Gleis erweitert werden.

Die wichtigsten Projekte im Straßenbau sind die Küstenautobahn A20 und die B212 nach Niedersachsen. Auf Bremer Stadtgebiet muss der Ringschluss der A281 mit Wesertunnel und Anbindung an die A1 dringend umgesetzt werden. Ferner gilt es zu prüfen, welche Rolle die Binnenschiffahrtsstraßen bei der zukünftigen Planung der Seehafenhinterlandverkehre einnehmen und welche möglichen Potenziale für die Entlastung der Straßen sich daraus ergeben. Denn die Binnenschiffahrt kann einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Klimaneutralität der Hinterlandverkehre und der Schifffahrt leisten. Hierbei sind die aktuellen Innovationen und die künftige Technologieentwicklung in der Branche hinsichtlich tiefgangsoptimierter Binnenschiffe und innovativer Antriebe zu berücksichtigen.

Wir Freie Demokraten wollen, dass künftig der Bund in Abstimmung mit den Bundesländern Sondergenehmigungen für Spezialtransporte erteilt, nicht jedes Bundesland einzeln. Damit wollen wir das Verfahren für die Beantragenden vereinfachen, den Flickenteppich von unterschiedlichen Vorschriften abschaffen und Verzögerungen reduzieren.

Hoheit der Häfen

Wir Freie Demokraten sind für klare Handlungsstrukturen einer einheitlichen Hafenpolitik für sämtliche Häfen

des Landes. Das Land sollte die Hoheit für alle bremischen Häfen übernehmen. Die Verwaltung der Häfen ist der Stadt zuzuordnen, in deren geografischen Bereich sie sich befinden, um Hafen- und Gewerbegebiete sinnvoll miteinander koordinieren zu können.

Norddeutsche Hafenkooperation ausbauen

Eine fragmentierte Einzelbetrachtung der deutschen Häfen schwächt im Zweifel alle deutschen Standorte gegenüber den globalen Wettbewerbern. Um gegen den globalen Wettbewerb weiterhin bestehen und Marktanteile zurückzugewinnen zu können, brauchen wir eine stärkere Kooperation der nordwestdeutschen Seehäfen. Deshalb begrüßen wir Freie Demokraten eine nationale Hafenstrategie und setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Strategie auf Bundesebene ein. Als ein wichtiger Pfeiler der nationalen Hafenstrategie sollte das Konzept eines ganzheitlichen Bewirtschaftungsansatzes und eine verstärkte Kooperation der Häfen erarbeitet werden. Schiffe sollten im Sinne der Hafenkooperation dort abgefertigt werden, wo es ökonomisch, betriebswirtschaftlich, ökologisch, aber auch technisch und nautisch am effizientesten und sinnvollsten ist. Zudem können Häfen und deren Beteiligte durch eine verstärkte Hafenkooperation voneinander lernen. Aus Schwächen können Stärken werden, die gegenüber dem internationalen Wettbewerb weiter ausgebaut werden. Eine wie auch immer geartete Kooperation im Rahmen des Wettbewerbsrechts zwischen den Unternehmen begrüßen wir. Wichtig ist, dass sich die Politik bei den Verhandlungen auf die Kernelemente und das Wesentliche begrenzt.

Einfuhrumsatzsteuer

Beim Import von Gütern aus Drittstaaten verursacht das in Deutschland angewandte Einfuhrumsatzsteuermodell eine unnötige Bindung von Liquidität und erhöht die administrativen Kosten für Unternehmen. In zahlreichen anderen Mitgliedstaaten der EU wird hingegen das Verrechnungsmodell angewandt. Dabei wird die Einfuhrumsatzsteuer nicht schon im Zeitpunkt der Einfuhr der Güter entrichtet, sondern im Zuge der Umsatzsteuer-Voranmeldung verrechnet. Diese unterschiedlichen Praktiken führen zu einem signifikanten Wettbewerbsnachteil in Deutschland. Deswegen wollen wir das deutsche Modell ändern.

Kreuzfahrttourismus am Standort Bremerhaven stärken

Die immer größeren Schiffe machen auch nicht vor dem Kreuzfahrtsektor halt, zudem kommt es auch hier zu einer steigenden Marktkonzentration und der daraus resultierenden Änderungen der Wertschöpfungsketten. Dies führt zu einem deutlich stärkeren regionalen Wettbewerb im Kreuzfahrtsektor. Die direkten wirtschaftlichen Effekte von Kreuzfahrten für Hafenstädte sind nicht zu vernachlässigen. Die Anzahl der Kreuzfahrtanläufe und die durchschnittlichen Ausgaben der Passagiere sind hierbei die wichtigsten Parameter. Die Dauer der Aufenthalte und das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort spielen dabei eine entscheidende Rolle für die Entwicklung des Kreuzfahrttourismus. Wichtig für Bremerhaven und Bremen ist es, in die allgemeine Tourismusattraktivität zu investieren. Bremerhaven und Bremen müssen für Kreuzfahrttouristen ein Magnet sein und bleiben. Hierzu sind die Gestaltung des Reiseziels, die Infrastruktur, sowie eine zielgerichtete Vermarktung entscheidend, um unter anderem die Kreuzfahrtanläufe zu erhöhen. Neben einer Pull-Strategie braucht es auch mehr Anreize fürs Bleiben. Die Kreuzfahrtbranche nimmt zudem eine Vorreiterrolle bei der

Nachhaltigkeit auf hoher See ein. Die ersten CO2 neutralen Schiffe wird es laut CLIA Deutschland (Cruise Lines International Association) bereits 2030 geben und bis 2050 möchte die Kreuzfahrtindustrie insgesamt CO2 neutral sein. Auch werden immer mehr Kreuzfahrtschiffe mit Landstromanschluss gebaut oder umgerüstet. Hierdurch werden die lokal ausgestoßenen Emissionen drastisch reduziert. Wichtig ist, dass die Columbuskaje des Columbus Cruise Center in Bremerhaven ab 2023 Landstrom für die Kreuzfahrtschiffe bereitstellt, um diese Entwicklung zu unterstützen.

Weltraumbahnhof Bremerhaven

Die Luft- und Raumfahrtindustrie fordert einen Weltraumfahrtbahnhof für kleine Raketen in Deutschland. Mit solchen sogenannten Microlaunchern könnten Satelliten bis zu einer Tonne in den Weltraum gebracht werden. Deutsche Firmen sind bei Microlaunchern technologisch führend. Aber es besteht die Gefahr, dass das vorhandene Know-how dorthin abwandert, wo die Technologie auch tatsächlich eingesetzt werden kann.

Ein Weltraumbahnhof könnte auch über eine Offshore-Startplattform in der Nordsee entstehen. Eine Offshore-Startplattform bietet für den Raumfahrtstandort Bremerhaven enorme Chancen. Firmen auch aus dem Luft- und Raumfahrt-Cluster Bremen könnten von der im Vergleich zum herkömmlichen Verfahren kostengünstigen Raketentechnik profitieren und gleichzeitig kann in Bremerhaven echte Innovation möglich werden. Daneben kann aber auch der Hafenstandort Bremerhaven profitieren. Eine solche Offshore- Startplattform muss logistisch versorgt und von fachkundigem Personal betreut werden. Bremerhaven könnte sich als Heimathafen für echte Innovation anbieten.

Derzeit wird auf Bundesebenen ein Konzept geprüft, das von öffentlichen Anschubkosten von lediglich 30 Millionen Euro ausgeht, die der Bund tragen müsste. Das Land Bremen ist jetzt gefordert und hat sich auch bereits dafür eingesetzt, dass Bremerhaven als Versorgungshafen für eine Offshore- Startplattform ins Spiel zu bringen und die damit verbundenen Chancen zu nutzen.

Dreharbeiten in den Häfen erleichtern

Unsere Häfen sind großartige Kulissen für Kunst, Kultur und insbesondere Film und Fernsehen. Daher setzen wir uns dafür ein, Drehgenehmigungen in den Häfen zu erleichtern und aktiv die Häfen auch als Drehorte zu bewerben. Davon erwarten wir einen Imagegewinn für die maritime Wirtschaft, aber auch für unsere Städte Bremen und Bremerhaven.

Kapitel 6: Zeigen wir, wie Stadtentwicklung geht

Wir Freie Demokraten wollen den Strukturwandel in den Innenstädten aktiv gestalten. Ein Strukturwandel bringt dabei immer auch Chancen für Modernisierung und Wachstum mit sich. Diese wollen wir nutzen, indem wir die Innenstadt so gestalten, dass die Menschen gut und einfach in die Innenstädte kommen, sich dort neue, attraktive Geschäfte ansiedeln und Menschen dort gerne wohnen. Hierbei denken wir vor allem in die Höhe. Mehr Hochhäuser und urbanes Wohnen in der Innenstadt wollen wir fördern, indem wir die Umwandlung von Gewerbe- in Wohnflächen und den Dachgeschossausbau erleichtern. Die Innenstadt muss für alle gut erreichbar bleiben – auch für Autos. Die Oberstraße entwickeln wir zu einer echten Flaniermeile weiter. Ohne Straßenbahn, aber mit Platz zum Verweilen, für Gastronomie und für mehr Grün.

Bremer Innenstadt neu denken

Bestandsaufnahme: Die Innenstadt im Wandel

Die Bremer Innenstadt ist einzigartig. Sie besitzt eine lange Geschichte, zeichnet sich durch ihre historischen Bauwerke und die Weser aus und stellt einen touristischen Anziehungspunkt im Norden dar. Sie ist das Herzstück der Stadt, in der 560.000 Menschen wohnen und ihre Heimat haben.

Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt allerdings deutlich, dass die Herausforderungen dieser Zeit auch vor der Bremer Innenstadt keinen Halt machen. Die Änderung unseres Konsumverhaltens hin zum Online-Shopping durch die Digitalisierung und die zunehmende Erhitzung der Städte durch den Klimawandel zeigen, dass wir die Bremer Innenstadt neu denken müssen. Wir Freie Demokraten betrachten dies als Chance, denn Bremen steht niemals still. Es gab und wird immer Umschwung und Veränderung geben. Kulturelle Vielfalt, ansprechende Moderne und anerkannte Tradition stehen im Einklang. Wir wollen daher mutig und proaktiv an den Transformationsprozess herangehen.

Konsum und Einkauf werden weiterhin feste Bestandteile bleiben, jedoch denken wir die „Bremische Innenstadt von Morgen“ multifunktionaler. Wohnen, Bildung, Kultur, Sport und Gastronomie werden in Zukunft stärker im Vordergrund stehen als bisher.

Diesen Transformationsprozess sehen wir als großes Gemeinschaftsprojekt. Es ist uns wichtig, dass er von allen mitgetragen wird – Bürgerinnen und Bürger, Eigentümerinnen und Eigentümer, Besucherinnen und Besucher. Wir möchten deshalb Partizipationsmöglichkeiten in Form von Bürgerwerkstätten schaffen. Räume, die als Ideenhäfen genutzt werden können, um Lösungen und eigene Vorschläge für die Innenstadt machen zu können.

Definition der Innenstadt: Kernbereich und erweiterter Bereich

Wir denken die Stadt ganzheitlich aus der Mitte heraus. Dabei teilen wir sie in zwei Bereiche auf: Den Kernbereich und den erweiterten Bereich.

Der Kernbereich wird im Nordosten durch den Wall und im Nordwesten durch die Bürgermeister-Smidt-Straße begrenzt. Im Südwesten ist die Weser die natürliche Grenze, während der Südosten mit dem Theaterberg

abschließt.

Der erweiterte Bereich umfasst den Hauptbahnhof inklusive Herdentorsteinweg, den Fockegarten mit der Überleitung zur Überseestadt, den Teerhof, den Goetheplatz und das Viertel.

Diese Einteilung ist wichtig, denn Ziel ist es, dass die Innenstadt Anknüpfungspunkte zu jedem angrenzenden Quartier hat und dass die Stadtteilzentren stärker mitgedacht und eingebracht werden. Für jeden Bereich gilt es ein klares Profil herauszuarbeiten und dadurch Alleinstellungsmerkmale zu generieren.

Wohnen in der Innenstadt

Kurze Wege, viele Einkaufsmöglichkeiten und eine große Vielfalt. Die Vorteile des urbanen Lebens ziehen immer mehr Menschen an und führen dazu, dass viele die Innenstadt auch als Wohnort nutzen möchten. Die Nachfrage nach Wohnen ist groß, weshalb die Preise auch hier steigen. Es braucht also neuen Wohnraum - auch für die Innenstadt. Neben der Bebauung von Brachflächen, denken wir vor allem in die Höhe. Wir Freie Demokraten wollen mit beschleunigten Genehmigungsverfahren zum Beispiel den Dachgeschossausbau forcieren und dadurch neuen Wohnraum schaffen. Auch dem Co-Housing wollen wir eine Chance geben. Bewohnerinnen und Bewohner eines Häuserblocks nutzen Küche, Bad und Außenanlage gemeinsam. Wir wollen Umwidmungen von Gewerbe- zu Wohnflächen bei Bestandsimmobilien erleichtern.

Hoch hinaus - mehr Türme für Bremen

Hochhäuser sparen Fläche. Und prägen das Stadtbild. Mit einem definierten Konzept wollen wir festlegen, wo hoch gebaut werden darf. Hierfür wollen wir die maximale Bauhöhe anpassen. Der Genehmigungsprozess soll für Bauten, welche sich im festgelegten Bereich befinden, beschleunigt werden. Damit wird die Stadt sowohl für Investoren als auch für Architekten interessant. Dabei denken wir die erforderliche Infrastruktur mit.

Obernstraße als Erlebnisraum

Die Obernstraße hat großes Potenzial. Wir Freie Demokraten werden das nutzen und sie zu einer echten Flanier- und Erlebnisstraße umwandeln. Dazu möchten wir zunächst die Straßenbahn verlegen. Der gewonnene Straßenraum bringt viele Möglichkeiten für innovative Konzepte und Entwicklungsmöglichkeiten. Hierbei setzen wir uns keine Denkverbote. Verschiedene Märkte und Veranstaltungen, mehr Stadtgrün und Erlebnisorte, aber auch Möglichkeiten zum Entspannen und Erholen.

Wallanlagen als Ort der Vielfältigkeit

Die Wallanlagen, welche auf die spät-mittelalterliche Stadtstruktur hinweisen, bieten heute schon grüne Flächen, Wasser und Erholung. Dies wollen wir bereichern, um noch mehr Vielfältigkeit zu schaffen. Wir möchten Erlebnisspielplätze bauen, welche sich thematisch am mittelalterlichem Flair orientieren. Den Denkmalschutz werden wir dabei weiterhin beachten. Auch die Wege möchten wir deutlich attraktiver gestalten. Mit einer umfangreichen Bepflanzung werden diese künftig stärker zum Spaziergehen einladen. Ein weiteres Anliegen ist der Übergang vom Wall über die Kernstadt in das Viertel. Dies möchten wir deutlich besser und fließender gestalten.

Zukünftige Open-Air-Erlebnisstätte: Der Domshof

Während der Domshof morgens gut besucht ist, ist nachmittags und abends kaum was los. Das wollen wir ändern. Während der Markt am Vormittag bleiben wird, wollen wir durch kleine Cafés und Raum für Kulturmöglichkeiten die Besucherzahlen am Nachmittag stärken. Der Wochenmarkt soll ebenfalls an einigen Tagen nachmittags geöffnet sein. Abends sollen regelmäßig Konzerte und Open-Air-Festivitäten stattfinden, welche durch Getränkeausschank und Außengastronomie begleitet werden.

Wasser macht Stadt

Ein Merkmal unserer Stadt ist die Weser und ihr maritimer Flair. Diesen wollen wir stärker sichtbar machen. Mit wassernahen Aktivitäten, Wasserrundläufen und Wasserspielen wollen wir die Innenstadt zu einem echten Erholungs- und Tourismusort machen. Auch die Balge, ein fast vergessener Fluss, werden wir wieder stärker in Erinnerung bringen, indem wir sie oberirdisch durch verkehrssichere Wasserläufe integrieren.

Freie Plätze für Kultur und Sport

Während der Pandemie haben Kulturschaffende und Künstler neue Plätze im öffentlichen Raum erschlossen und damit ein Kulturangebot ermöglicht. Dies unterstützen wir, weshalb wir freie Plätze, wie beispielsweise den Hillmannplatz, ausweisen möchten für eine freie Nutzung, um die Möglichkeit für Kultur und Sportmöglichkeiten zu erweitern.

Generationengerechte Stadt

Wir werden die Kinder- und Jugendfreundlichkeit im öffentlichen Raum stärken. Dazu möchten wir attraktive Jugendorte schaffen, damit die Bremer Innenstadt wieder ein Begegnungsort für junge Menschen wird.

Magnet für Tourismus

Bremen bietet vielseitige Möglichkeiten für Events und Kongresse. Das zieht interessierte Menschen in die Innenstadt. Daneben möchten wir, dass Bremen sich wieder mehr auf den Freizeittourismus fokussiert durch das Herausstellen regionaler und stadtspezifischer Besonderheiten. Dies ist sowohl ein Wirtschaftsfaktor als auch wichtig, um künftige Fach- und Arbeitskräfte anzuziehen.

Grün für ein gesundes Stadtklima

Begrünung ist wichtig – für die Menschen, das städtische Klima und das Weltklima. Wir werden daher ein Begrünungskonzept entwerfen, welches eine mittel- und langfristige Planung beinhaltet, um dieser zentralen Aufgabe gerecht zu werden. Der Fokus liegt dabei auf einer klimaresilienten Bepflanzung etwa mit dem Dreizahn-Ahorn, der Purpur-Esche oder dem persischen Eisenholzbaum. Auch hier gilt: die öffentliche Hand muss als Vorbild vorangehen und alle Möglichkeiten zur Dachbegrünung auf Fassaden und Dächern der öffentlichen Gebäude prüfen.

Alles, aber sauber

Sauberkeit ist essenziell für ein angenehmes Aufenthaltserlebnis. Neben einem Smart-Waste-Konzept und

mehr intelligenten Mülleimern möchten wir moderne und saubere öffentliche Toiletten, welche sich selbst reinigen, installieren.

Aufwertung des Bahnhofsumfelds

Die Aufenthaltsqualität wollen wir steigern, indem wir das Bahnhofsumfeld aufwerten. Den Platz der Deutschen Einheit vor dem Überseemuseum und den Hillmannplatz wollen wir als Veranstaltungsorte etablieren. Im Sommer könnten vor dem Überseemuseum Beachvolleyball- oder Basketballfelder aufgebaut werden, im Winter eignet sich der Platz für eine Schlittschuhbahn. Der Hillmannplatz eignet sich für Street Food Festivals o.ä. Den Weg zum Überseemuseum wollen wir mit einem überdachten Glasgang aufwerten. Auch der Weg zum neuen ZOB muss gut ausgeleuchtet und baulich aufgewertet werden. Sobald der neue ZOB fertig ist, wollen wir den Platz vor dem Cinemaxx baulich aufwerten, etwa für Außengastronomie.

Wir wollen den Bahnhofsvorplatz übersichtlicher gestalten. Hierzu wollen wir mittels farblicher Pflasterungen Sichtachsen in Richtung Innenstadt schaffen. Langfristig wollen wir den Weg vom City Gate bis in die Innenstadt zu einer Promenade ausbauen. Darüber hinaus ist der Bahnhofsvorplatz durch mehr Bäume, WLAN und Wasserspender aufzuwerten.

Den Gustav-Deetjen-Tunnel wollen wir mit Beleuchtung und Kunst, ähnlich wie im Friedentunnel, aufwerten und sicherer gestalten. Denn aktuell kommt es dort immer wieder zu gefährlichen Situationen, da sich Fahrradfahrer und Fußgänger den schmalen Weg teilen. Wir wollen daher, dass die Fahrradfahrer in Zukunft dort eine eigene Spur bekommen, wo derzeit die Autospur ist. Stattdessen wollen wir die Auto- und die Bahnspur zusammenlegen. Hierdurch wollen wir mehr Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer erreichen.

Klare Richtlinien für den Reboot der Innenstadt

Es sollte das Ziel sein, Leerstand möglichst zu vermeiden. Um Unternehmer und Investoren dazu zu bringen sich in der Innenstadt anzusiedeln oder zu investieren, bedarf es eine konkrete und konstante Aussage zur Innenstadtentwicklung. Es ist Ziel klare richtungsweisende Entscheidungen zu treffen auf die sich die Investoren und Anlieger verlassen können. Die Erschließung muss gesichert sein. Ein möglicher Betreiber oder Anlieger muss sich auf verbindliche Aussagen verlassen, wie Kunden, Mieter oder Auftraggeber die Innenstadt erreichen können. Nur dann kann ein Reboot der Innenstadt gelingen

Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen

Immer mehr Menschen nutzen ihre freie Zeit am Wochenende, um Einkäufe zu erledigen. Das erfolgt dann meistens über Onlinehändler. Die Nachfrage nach gemeinsamen Erlebnissen in der Stadt, einem Einkaufsbummel oder einem Museumsbesuch am Sonntag ist da. Damit das Geschäft nicht dem Onlinehandel überlassen wird und Bremen seine Attraktivität steigert, fordern wir eine Anpassung der Regelungen zur Sonntagsöffnung. Ziel ist es, ein Einkaufserlebnis auch am Sonntag zu ermöglichen. Selbstverständlich müssen Geschäfte auch weiterhin selbst entscheiden, ob sie am Sonntag öffnen wollen.

Gut erreichbar: Zu Fuß unterwegs

Die meisten Wege werden in der Innenstadt zu Fuß zurückgelegt. Die Fußgängerwege sind allerdings teilweise in keinem guten Zustand, was die Attraktivität des Zufußgehens einschränkt. Wir möchten daher einen Fokus auf die Fußwege legen, sie barrierefrei machen und in einen guten und verkehrssicheren Zustand bringen. Darüber hinaus möchten wir einen Teil der Flanierstraßen überdachen, um auch an regnerischen Tagen ein Einkaufserlebnis zu ermöglichen.

Gut erreichbare Innenstadt für alle

Ziel muss es sein, dass die Bremer Innenstadt möglichst gut erreichbar für Lieferanten, Pendler, Anwohner, aber auch Touristen und Menschen aus dem Umland ist. Der Schlüssel liegt hier im Mobilitätsmix. Dazu möchten wir Mobilitätshubs schaffen, welche einen Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsträgern ermöglichen (bspw. vom Auto auf die Straßenbahn). Auch Sharing- Angebote sowie öffentlichen Parkraum möchten wir verstärkt ausbauen.

Zubringerdienste & Innenstadt-Ringverkehr

Ein Leuchtturmprojekt soll die Einrichtung eines Innenstadt-Ringverkehrs mit umweltfreundlichen batterie- oder wasserstoffbetriebenen (autonomen) Bussen sein. In einem dichten Takt sollten diese Fahrzeuge den Ring Brill/ Obernstraße/ Wall bedienen. Damit werden das Faulenquartier, der Wall und auch sogenannte 1b-Lagen wie zum Beispiel die Knochenhauerstraße zu neuem, wirtschaftlichen Leben erweckt.

Neue Impulse für Bremerhavens Innenstadt

Bremerhavens Innenstadt hat eine besondere Funktion für ihr Umland und bietet nicht nur Kultur-, Bildungs- und touristische Einrichtungen, sondern auch Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten. Die Innenstädte waren schon vor Corona im Wandel. Die Einschränkungen, die mit der Corona-Pandemie einher gingen, haben diese Entwicklungen noch verstärkt. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bremerhavener Innenstadt ihre Funktion als Oberzentrum in der Metropolregion ausfüllt. Der Wandel in der Innenstadt durch den Weggang von Karstadt bietet jetzt die Chance, die Innenstadt neu aufzustellen und sie für die 20er und 30er Jahre des 21. Jahrhunderts zukunftsfähig zu machen.

Wir Freie Demokraten begrüßen und unterstützen ausdrücklich das Engagement von Investoren, die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen. Der Ankauf der Karstadtimmobilie und deren Abriss waren und sind wichtige und richtige Schritte, um diesen Investoren ein attraktives Angebot mitten in der Stadt zu machen. Die ange-dachten baulichen Veränderungen sind von einer Größenordnung, dass sie das Stadtbild des Zentrums stark beeinflussen können. Deshalb werden wir Freie Demokraten uns für eine größtmögliche Transparenz der Pläne vor Erteilung der Baugenehmigungen einsetzen.

Unsere Überzeugung ist es, dass eine Innenstadt von der ständigen dynamischen und kreativen Erneuerung sowohl im Bereich des Wohnens und der Kultur als auch der Wirtschaft lebt und profitiert. Innenstädte der Zukunft sind mehr als Einzelhandelszentren. Diese Erneuerungsprozesse haben wir bereits im Rahmen der Zukunftswache zum integrierten Innenstadtkonzept begonnen. Jetzt gilt es, für die Umsetzung Partner zu finden, die den

Wandel der Innenstadt realisieren. Der derzeitigen und zukünftigen Kaufmannschaft gilt es, denn Rücken zu stärken.

Daher wollen wir für die Akteure in der Innenstadt neben dem Innenstadtkoordinator/der Innenstadtkoordinatorin auch wieder einen City- Manager/eine City-Managerin als Vernetzungsstelle und Ansprechpartner dauerhaft etablieren. Die Zuständigkeit für die Innenstadtentwicklung sehen wir Freie Demokraten bei der BIS.

Mit der Neugestaltung der Innenstadt haben wir die einmalige Chance, die Öffnung der Innenstadt zu den Havenwelten endlich zu schaffen. Dabei muss aus der Sicht von uns Freie Demokraten bei den Entwicklungen auf dem Eulenhofgrundstück, dem ehemaligen Finanzamt und dem ehemaligen Karstadtgelände unbedingt darauf geachtet werden, ausreichend freie Fläche und Plätze zu lassen. Wir setzen uns für eine Sichtachse von der Großen Kirche in Richtung altes Hafenamts/Auswandererhaus/Neuer Hafen ein. Eine zu dichte Bebauung an dieser Stelle sehen wir Freie Demokraten als Fehler an. Ein Weg durch eine entsprechend architektonisch gestaltete Markthalle kann eine Alternative sein. Der Weg zu den Havenwelten muss aber deutlich werden.

Für die Neugestaltung des Geländes des ehemaligen Finanzamts soll ein Architektenwettbewerb durchgeführt werden, sofern die Stadt selbst das Gelände entwickelt. Durch die Öffnung der Straße Am Alten Hafen bieten sich neue Möglichkeiten der Verkehrsführung. Wir können uns die neu geöffnete Straße als Trasse für den Busverkehr vorstellen. Dazu wollen wir Fahrradfahren in der Bürger (Fußgängerzone) unter gegenseitiger Rücksichtnahme erlauben.

Die Bremerhavener Innenstadt wollen wir Freie Demokraten auch grüner gestalten. Eine Möglichkeit ist eine stärkere Begrünung rund um die große Kirche, gepaart mit Spielangeboten für Kinder. Außerdem wollen wir uns für Mini-Wäldchen, sogenannte „Tiny Forests“, auch in der Innenstadt einsetzen. Dabei sind nur kleine Flächen von etwa 100 m² nötig, auf denen viele kleine Bäume gepflanzt werden. Für die Umwelt leistet ein Mini-Wald erstaunliches. Trotz der kleinen Fläche kompensiert er große Mengen an CO₂, kühlt die Umgebung und bietet durch die Artenvielfalt auch Tieren ein Zuhause. Das tut der Innenstadt gut und erhöht die Aufenthaltsqualität. Wir wollen Anreize schaffen, die Fassaden und Dächer zu begrünen, bzw. mit Solaranlagen oder anderen nachhaltigen Technologien auszustatten.

Die Stadtbibliothek muss sichtbarer und zum Ort für Treffen, Austausch und Stöbern werden. Deswegen wollen wir prüfen, wie die Stadtbibliothek Räumlichkeiten im Erdgeschoss mit Schaufenster zusätzlich oder alternativ zu den derzeitigen Räumlichkeiten bekommen kann. Dazu brauchen wir einen Aufenthaltsort für junge Menschen in der Innenstadt, der auf die Bedürfnisse der jungen Menschen eingeht.

Die Zukunft der Columbusstraße muss ebenfalls auf den Prüfstand. Selbstverständlich wollen wir einerseits die Leistungsfähigkeit der Straße erhalten, wenn sie benötigt wird. Andererseits darf sie nicht weiter den Charakter eines Riegels zwischen Innenstadt und Havenwelten behalten. Für uns Freie Demokraten gilt es, zuerst eine Vision für die freiwerdenden Flächen zu erarbeiten. Ein Rückbau um des Rückbauen Willens kann sich Bremerhaven nicht

leisten. Wir können uns eine Lösung mit einer bedarfsweise zu öffnenden zweiten Spur oder eine insgesamt dreispurige Variante wie auf der Grimsbystraße vorstellen. Ein Umbau muss immer mit Augenmaß passieren,

denn die finanziellen Möglichkeiten der Stadt sind nach wie vor begrenzt. Wir sprechen uns für eine Gestaltungswerkstatt zur Entwicklung eines sinnvollen Konzeptes aus, die auch mit einer breiten Bürgerbeteiligung einhergeht.

Mehr Aufenthaltsqualität für eine moderne Alte Bürger

Die Bürgermeister-Smidt-Straße soll sich als Standort des sozialen Zusammenkommens, Gastronomie, Kunstschaffenden, Gewerbetreibenden und Studierenden weiterentwickeln. Dafür muss die Verkehrsführung neu gedacht und mehr Außenflächen für die Gastronomie geschaffen werden. Das schafft ein sommerliches Terrassenflair. Dafür wollen wir Freie Demokraten die Alte Bürger von der Ecke Querstraße/Bürgermeister-Smidt-Str. bis zur Kreuzung Am Gitter/Dresdner Str./Bürgermeister-Smidt-Str. für den motorisierten Verkehr sperren. Anlieger-, Fahrrad- und Lieferverkehre sollen weiter möglich bleiben. Parkplätze in diesem Bereich sollen mit Vorsicht reduziert werden. Die Parkmöglichkeiten in der Rudloffstraße sollen dafür auskömmlich erhöht werden. Es soll eine 30er-Zone von der Bürgermeister-Smidt-Str. Höhe der Kantstraße bis zur Kreuzung Am Gitter- Bürgermeister-Smidt-Str-Dresdner-Str. errichtet werden. Damit weniger Abfall auf die Straße geworfen wird, soll die Anzahl von Mülleimern stark erhöht werden. Diese sollen mit Aschenbechern ausgestattet werden.

Ein neues Wertquartier für Bremerhaven

Das Gebiet im nördlichen Fischereihafen bis an Geestemünde heran bietet die Chance, einen ganz neuen Stadtteil, das Wertquartier zu schaffen. Erst Überlegungen und Planungen von Stadtentwicklern liegen bereits vor, Investoren stehen bereit. Wir wollen in den kommenden zwei Jahrzehnten das Wertquartier als ein innovatives, nachhaltiges Quartier am Wasser vorantreiben und dabei den Investoren eine größtmögliche Freiheit einräumen, um einen spannenden neuen Stadtteil für Bremerhaven zu schaffen. Wir Freie Demokraten werden zeigen, dass Ökologie und technischer Fortschritt sich gut ergänzen können und ein nachhaltiges, klimapositives Quartier entstehen kann. Wir werden uns dafür einsetzen, in einem der großen geplanten Wohnbebauungsgebiete ein Leuchtturmprojekt entsteht. Wir können uns vorstellen, PKW -Parkflächen am Rande dieser Gebiete auszuweisen und diese Gebiete per neuer Technologie wie zum Beispiel Robo-Busse in hoher Taktfrequenz an den ÖPNV anzubinden. Ein solches autofreies Wohngebiet erhöht die Lebensqualität. Insbesondere junge Familien werden sich motiviert fühlen, in der Stadt statt außerhalb von Bremerhaven zu wohnen.

Stadt Begrünung in Bremen und Bremerhaven steigern

Straßenbäume, Stadtparks, Gärten, Brachflächen und, begrünte Dächer beeinflussen das Wohlbefinden von Bewohnerinnen und Bewohnern, verbessern die Luftqualität und das Stadtklima, wirken dem Klimawandel entgegen und bieten Pflanzen und Tieren Lebensräume. Wir Freie Demokraten fordern mehr geeignete Stadtbegrünung in Bremen und Bremerhaven.

Fassaden- und Dachbegrünung an öffentlichen Gebäuden

Neben großen Grünflächen wie dem Bürgerpark ist auch mit wenig Aufwand und wenig Platz eine urbane Begrünung in Form von Fassaden- und Dachbegrünung möglich. Wir Freie Demokraten fordern, Fassaden- und Dachbegrünung an allen Gebäuden der öffentlichen Hand zu prüfen, um einen Teil zur Reduzierung von

Luftschadstoffen und Staub, einschließlich Feinstaub, zu gewährleisten.

Baumpflanzungen in Bremerhaven

Bremerhaven ist eine Stadt im Grünen, hat aber auf dem Stadtgebiet noch Nachholbedarf. In den letzten Jahren haben wir Freie Demokraten uns dafür starkgemacht und es ist der Stadt gelungen, Bundesmittel für 1000 Bäume einzuwerben. Zukünftig soll die Stadt für jedes Neugeborene einen Baum pflanzen. Wir Freie Demokraten setzen uns für Bausersatzpflanzungen und zusätzliche Baumpflanzungen ein. Ungenutzte und brachliegende Flächen, für die es keine Verwendungsmöglichkeiten gibt, sollen ebenfalls begrünt werden und so zur Attraktivität unserer Stadt beitragen. Neubepflanzungen dürfen allerdings nicht zu einem Hindernis werden, wenn die besagte Fläche in der Zukunft entwickelt werden soll. Vorhandene Grünflächen in Bremerhaven, auch das Straßenbegleitgrün, müssen nachhaltiger und ganzjährig gepflegt werden. Dafür sollten auch pflegeleichte Begrünungen genutzt werden.

Tiny Forests: Miniwälder für Bremen und Bremerhaven

Wir Freie Demokraten wollen, dass mini-Wäldchen, sogenannte „Tiny Forests“, im ganzen Bremerhavener und Bremer Stadtgebiet angepflanzt werden. Dabei sind nur kleine Flächen von etwa 100 m² nötig, auf denen viele kleine Bäume gepflanzt werden. Für die Umwelt leistet ein Mini-Wald erstaunliches. Trotz der kleinen Fläche kompensiert er große Mengen an CO₂, kühlt die Umgebung und bietet durch die Artenvielfalt auch Tieren ein Zuhause.

Kapitel 7: Zeigen wir, wie Bauen geht

Das Bauland und somit auch der Wohnraum in Bremen und Bremerhaven ist knapp, die Mieten steigen immer weiter. Dagegen hilft vor allem: Mehr Flächen ausweisen und vor allem mehr in die Höhe bauen. Um die Schaffung von neuem Wohnraum zu erleichtern, wollen wir Genehmigungsverfahren beschleunigen, entbürokratisieren und digitalisieren. Darüber hinaus wollen wir steuerliche Anreize setzen, um die Schaffung von neuem Wohnraum attraktiver zu machen. Enteignungen, Mietpreisbremse oder Mietendeckel sorgen letztlich für weniger Wohnraum. Auch der Traum vom Eigenheim rückt durch hohe Kosten für immer mehr Menschen in weite Ferne. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen erfüllen lässt.

Mehr Wohnraum für alle ermöglichen

Wir Freie Demokraten stehen für eine Baupolitik, die jedem die Chance auf angemessenen Wohnraum ermöglicht. Nie war es dafür entscheidender als heute, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Für uns ist es daher wichtig, dass die Kommunen, das Land und der Bund eng zusammenarbeiten. Der Traum vom Eigenheim soll für alle Menschen die ihn haben, Realität werden. Wohnraum muss künftig wieder für alle Haushalte gleichermaßen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, in angemessener Art und entsprechendem Umfang zur Verfügung stehen.

Einfamilienhäuser bei der Ausweisung von Baugebieten stärker berücksichtigen

Für viele Bürgerinnen und Bürger besteht der Traum vom Eigenheim. Wir wollen daher eine schnellstmögliche Ausweisung weiterer attraktiver Baugebiete, sowohl für den Geschosswohnungsbau (Miet- und Eigentumswohnungen) als auch für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern erreichen. Nur durch eine echte Beschleunigung der Planverfahren wird auch jüngeren Familien der Zuzug beziehungsweise der Verbleib in Bremen und Bremerhaven ermöglicht. Bremen soll bei der Neuschaffung von Stadtteilen bzw. Baugebieten eine Leuchtturmfunktion einnehmen.

Dazu wollen wir die prozentuale Quote für den sozialen Wohnungsbau von aktuell 30 % als Mindestgröße für Neuprojekte streichen. Wir empfinden es als untragbare Erschwernis und nicht sozial, wenn Bürger bei Kaufpreisen für Wohnraum aus der Privatwirtschaft den Anteil des sozialen Wohnungsbaus über den Kaufpreis zu tragen haben. Wir möchten dem Bürger diese Erschwernis beim Immobilienerwerb ersparen. Für uns Freie Demokraten steht beim sozialen Wohnungsbau nicht die Wohnung, sondern der Mensch im Fokus. Ihn wollen wir unterstützen, damit er schnell eine passende Wohnung findet.

Hierbei muss sichergestellt werden, dass diese Gebiete gut an den ÖPNV und die Infrastruktur angebunden sind. Bei bereits bestehenden Quartieren möchten wir prüfen, ob und wo noch zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden kann. Die Ausweisung attraktiver Bauflächen in Bremerhaven wurde in der Vergangenheit unnötig verzögert. Erst unter Regierungsbeteiligung der FDP wurden die Versäumnisse aufgeholt, aber wir sind noch nicht am Ziel. Wir wollen auch bestehende Bebauungspläne entrümpeln, vereinfachen und so mehr Möglichkeiten für

nachhaltigen Neubau oder nachhaltige Bestandssanierung schaffen.

Wohnungseigentum stärken - Mietkaufmodelle stärken

Das Land Bremen soll Menschen beim Erwerb von Eigentum unterstützen, indem die städtischen Wohnungsbau-gesellschaften „Mietkaufmodelle“ ermöglichen. Dadurch haben Menschen mit niedrigeren Einkommen durch eine Art Finanzierung die Möglichkeit Eigentum zu erwerben und somit für ihr Alter vorzusorgen.

Steuerliche Entlastung bei selbstgenutztem Eigentum

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Eigentümerinnen und Eigentümer im Land Bremen entlastet werden. Hierzu wollen wir den Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer auf einen Betrag von bis zu 500.000 Euro einführen. Dies gilt für das erste selbstgenutzte Eigentum. Dadurch ermöglichen wir Menschen, den Traum vom Eigenheim oder der Eigentumswohnung zu verwirklichen und zugleich für das Alter vorzusorgen. Zusätzlich wol-len wir die generelle Höhe der Grundsteuer des Landes Bremen, an die des Bremer Umlands, anpassen. Dadurch wird der Erwerb einer Immobilie in Bremen und Bremerhaven deutlich attraktiver.

Sanierung bei Bestandsgebäuden und Altbausanierung weiter voranbringen

Der Erhalt und die Instandsetzung unserer Bestandsimmobilien darf nicht aus dem Auge verloren werden. Immer neue Baustandards bei ständig steigenden Bau- und Materialkosten, immer mehr Nachrüst- und War-tungspflichten, sowie ständig steigende Steuern und Abgaben belasten insbesondere die vielen privaten Kleinvermieter, die auch in Bremen und Bremerhaven den größten Teil des Wohnungsbestandes finanziert haben. Zur schnellen Schaffung neuen Wohnraums und perspektivischen Senkung von Immobilienpreisen im Eigentums- und Mietsegment fordern wir, bestehende Baustandards zu hinterfragen, unnötige Vorschriften abzuschaffen und die einmaligen und laufenden Nebenkosten spürbar zu senken. So werden mehr Möglich-keiten für nachhaltigen Neubau oder nachhaltige Bestandssanierung geschaffen.

Den Mensch beim Wohnungsmarkt in den Fokus nehmen

Für uns Freie Demokraten steht beim sozialen Wohnungsbau nicht die Wohnung, sondern der Mensch im Fokus. Ihn wollen wir unterstützen, damit er schnell eine passende Wohnung findet. Die Erweiterung des Empfängerkreises von Wohngeld begrüßen wir daher sehr, denn dies führt zu einer Flexibilisierung auf dem Wohnungsmarkt. Wichtig ist, dass die Kommunen künftig stärker darauf achten, welche Arten von Wohnun-gen es im Niedriglohnsegment benötigt. Das Angebot muss sich stärker an die Nachfrage anpassen, um die Wünsche der Mieterinnen und Mieter abdecken zu können. Das Leben in einer vom Staat geförderten Wohnung kann nur eine Übergangslösung sein. Unschöne Folgen wie Lock-In-Effekte wollen wir vermeiden. Ziel muss es sein, möglichst vielen Menschen wieder ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, in dem sie nicht auf die Hilfe des Staates angewiesen sind.

Bauen, bauen, bauen statt Mietpreisbremse und Mietendeckel

Eine staatliche Regulierung des Mietmarkts lehnen wir ab. Weder Mietpreisbremse noch Mietendeckel lösen die aktuellen Probleme auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt. Wir Freie Demokraten möchten stattdes-sen das Angebot ausweiten, damit es für alle Bremerinnen und Bremer und für diejenigen, die es noch

werden wollen, einfacher wird, eine Wohnung oder ein Haus zu finden. Dies führt dazu, dass sowohl Mieten als auch Preise langfristig sinken.

Bauen statt Klauen - Keine Enteignungen im Wohnungsbereich

Wir Freie Demokraten lehnen Enteignungen als massiven Eingriff in das Privateigentum ab. Zudem kosten Enteignungen den Staat sehr viel Geld und schaffen keinen neuen Wohnraum. Für uns gilt daher der Grundsatz: "Bauen statt Klauen".

Mietspiegel einführen

Wir fordern, dass in Bremen zügig ein qualifizierter Mietspiegel eingeführt wird. Dies erhöht die Markttransparenz, vereinfacht dadurch Preisvergleiche und fördert somit letztendlich den Wettbewerb. Stärkerer Wettbewerb führt wiederum zu niedrigeren Preisen und besserer Versorgung.

Mehr Wohnraum für Azubis und Studierende

Gerade Auszubildende und Studierende sind vielfach auf preisgünstige Wohnungsangebote angewiesen. Und doch sind es oft Studierende, FSJler, Praktikanten und Auszubildende, die vergebens Wohnraum suchen. Damit sich auch morgen junge Menschen dafür entscheiden ihre Zukunft in der Hansestadt verbringen zu wollen, braucht es einen bedarfsoptimierten Ausbau. Ein zu geringes Angebot wird langfristig auch den Fachkräftemangel weiter verstärken. Deshalb wollen wir den Bau von weiteren Studierenden- und Azubiwohnheimen attraktiver machen. Es bedarf zudem der Förderung von Investitionen in neue Wohnungen und Wohnheime für Auszubildende sowie von Sanierungen in bestehenden Wohneinheiten. Eine Erweiterung der Wohnangebote zur gemeinsamen Nutzung von Studierenden und Auszubildenden können wir uns in Bremerhaven im Bereich des Rudloffquartiers in der Nähe zur Alten Bürger vorstellen.

Erhalt und Pflege von historischer Bausubstanz

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Erhalt und die Pflege von historischen Bauwerken ein. In Bremen und Bremerhaven wurden im Zweiten Weltkrieg unzählige, historisch wertvolle Gebäude zerstört und in der Nachkriegszeit nicht wiederaufgebaut. Die historische Bausubstanz aus der Vorkriegszeit ist für uns Ansporn genug, um sie weiter zu pflegen und zu erhalten. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Haushaltsmittel für den Denkmalschutz städtischer Gebäude ein. Außerdem wollen wir einen Fonds für die Pflege und den Erhalt historischer Bausubstanz einrichten, aus dem private Eigentümer Mittel beantragen können, um ihre historische Bausubstanz zu pflegen, zu erhalten und zu sanieren.

Digitale Bauanträge und schnelle Genehmigungsverfahren

Das effektivste Mittel gegen fehlenden Wohnraum und steigende Preise ist das Bauen von weiterem Wohnraum. Dazu wollen wir die Genehmigungsverfahren beschleunigen, entbürokratisieren und digitalisieren. Es soll ein teilautomatisiertes Baugenehmigungsverfahren eingeführt werden. Dafür möchten wir eine sogenannte Genehmigungsfiktion etablieren. Wenn die Bauherrin oder der Bauherr alle Unterlagen vorgelegt hat und die Behörde nicht innerhalb einer bestimmten Zeit, vorzugsweise drei Monate, auf den Antrag reagiert, gilt er als genehmigt. Damit kann das Bauvorhaben beginnen.

Ebenso fordern wir die Verfahrensweise für Bebauungsplanverfahren neu zu überarbeiten. Bebauungsplanverfahren dauern häufig mehrere Jahre dies ist ein unhaltbarer Zustand. Die Arbeitsschritte sollen vereinfacht werden, bei Verstreichen von Fristen soll auch hier eine fiktive Zustimmung erfolgen.

Zusätzlich möchten wir den digitalen Bauantrag einführen. Dies erleichtert die Bearbeitung sehr. Über ein Online-Portal können die digitalen Bauanträge eingereicht, Unterlagen hinzugefügt oder ein Schreiben erstellt werden.

Der neue Bremer Standard

Der von der aktuellen Landesregierung entworfene Bremer Standard, der als Werkzeug für städtebauliche Verträge und neuen Bebauungsplanverfahren dient ist aus Sicht der FDP in vielen Punkten überzogen. Ebenso lehnen wir den Bezug zum vorliegenden Planungsrecht und bei städtebaulicher Integration ab. In der Vorstellung der Bremer Standards wird gefordert, dass Klimaneutralität sozial gerecht sein muss. Daher fordern wir bei Einhaltung der gewünschten Standards eine Förderung Seitens der Kommune. Unter anderen ist die Schaffung und der Unterhalt von öffentlichen Flächen Sache des Landes oder der Stadt und nicht der privaten Bürger oder Unternehmen. Ebenso ist es für uns nicht begreiflich, wie mind. 70% der Gesamtbruttoflächen aller Dächer in einem Quartier ohne Berücksichtigung auf „geeignete Flächen“ gefordert werden können. Auch sind in den Bremer Standards Technologien zur Wärmeerzeugung bevorzugt zu wählen. Wir als Freie Demokraten können keine staatlich bevorzugten Produkte befürworten und sind für Technologieoffenheit.

Wir fordern, dass die Stadt Bremen beim Festsetzen von Baustandards als Vorbild fungiert und vor Forderungen überzogener und scheinbar undurchdachter Standards nicht die Bürger zur Umsetzung verpflichtet, bevor diese im Eigenbestand der Stadt und deren Gesellschaften realisiert sind.

Tiny Houses

Immer mehr Städte schaffen Baugebiete für sogenannte „Tiny Houses“, Kleinstwohnhäuser mit etwa 50m² Wohnfläche in einer nachhaltigen Bauweise. Sie bieten eine Möglichkeit, günstigen und zugleich platzsparenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Viele Tiny Houses sind sogar leicht zu versetzen und können im Bedarfsfall problemlos umziehen. Wir Freie Demokraten wollen ein solches Angebot auch in Bremen und Bremerhaven.

Selbstbestimmtes Wohnen in allen Lebenslagen

Liberaler Baupolitik funktioniert nur mit Barrierefreiheit für alle Menschen. Die gestalteten Bauprojekte müssen von allen Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen genutzt werden können. Für uns Freie Demokraten ist klar: wir wollen jedem Menschen ein selbstbestimmtes Wohnen in allen Lebenslagen in Bremen und Bremerhaven ermöglichen.

Kapitel 8: Zeigen wir, wie moderne Mobilität geht

Für uns Freie Demokraten sind Bus-, Bahn-, Rad-, Autofahrer und Fußgänger gleichberechtigt. Wir zeigen, wie Verkehr in Bremen mit vielen Alternativen statt ideologischen Konflikten und Verdrängung funktioniert.

Den öffentlichen Nahverkehr stärken wir, indem wir in Taktung, Qualität und Anbindung der Stadtteile investieren. Außerdem setzen wir uns für den Ausbau der Bahninfrastruktur ein mit mehr Gleisen nach Bremen-Nord und Bremerhaven.

Die Innenstadt muss für alle gut erreichbar bleiben – auch für Autofahrer. Dem Parkplatzmangel begegnen wir mit mehr Quartiersgaragen und Park & Ride-Angeboten. Zudem möchten wir den Taximarkt revolutionieren, indem wir innovative Mobilitätsdienstleister wie z.B. UBER in Bremen zulassen. Die Sanierung und die Verbesserung der vorhandenen Infrastruktur muss Vorrang haben vor Verkehrsexperimenten. Teure Fehlplanungen wie in der Martinistraße dürfen sich nicht wiederholen.

Individuelle Mobilität

Fußwege standortfest machen

Der Fußverkehr in Bremen und Bremerhaven leistet einen zentralen Beitrag für eine nachhaltige Stadtmobilität und -Entwicklung. Viele Wege werden zu Fuß gemacht. Das belebt die Stadt, ermöglicht Bewegung und bringt sozialen Zusammenhalt und Teilhabe. Einzelhandel und Gastronomie profitieren ebenso wie das Klima. Investitionen in die Fußwege, damit sie sicher, sauber und vor allem barrierefrei sind, sind Investitionen in die Zukunft. Wir Freie Demokraten möchten die Fußwegeverbindungen nachhaltig für Bremen verbessern. Dazu werden wir den Sanierungsstau systematisch erfassen und zügig abbauen. Neuen, wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Verfahren, wie beispielsweise dünnen Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise, stehen wir sehr positiv gegenüber. Ziel ist es, den Fußverkehr zukunftsfähig zu machen und sie stärker in die Stadt- und Quartiersentwicklung einzubinden. Dies werden wir auskömmlich finanzieren.

Mehr Verkehrssicherheit für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer

Wir wollen den Fahrradverkehr in Bremen und Bremerhaven weiter ausbauen, sicherer und wetterfest machen. Orte wie die Schlachte oder der Hauptbahnhof machen deutlich, dass es speziell in Bezug auf die Sicherheit noch an vielen Stellen Konfliktpotenzial gibt. Hier möchten wir zunächst eine Analyse aller Gefahrenstellen durchführen lassen, um diese anschließend durch Markierung oder Umleitung zu beseitigen. Klar ist: Es wird nicht weniger Fahrradstraßen geben, sondern mehr Sicherheit und damit Fahrspaß beim Radfahren.

Ein weiteres Herzensprojekt ist unser nachhaltiges und zukunftsorientiertes Parkraumkonzept für Fahrräder in Bremen und Bremerhaven. Der öffentliche Raum für den ruhenden Radverkehr ist knapp. Vorhandene Fahrradstellplätze sind meistens überfüllt oder nicht ausreichend gesichert. Das führt in Teilen dazu, dass Fahrräder an Bäumen und Laternen abgestellt werden. Damit weder das Stadtbild noch die Barrierefreiheit beeinträchtigt, sowie die Wahrscheinlichkeit von Diebstahl und Vandalismus reduziert wird, braucht es innovative Ideen beim Fahrradparken. Wir Freie Demokraten möchten dafür öffentliche Flächen wie die Domsheide

und in den Quartieren umgestalten und das Fahrradparken durch moderne Fahrradparkflächen besser integrieren. Nur durch ein ganzheitliches Denken sind alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zufrieden. Wir wollen zukünftig in Bremen und Bremerhaven den Grünpfeil für Radfahrerinnen und Radfahrer an geeigneten Orten einsetzen.

Fahrradwege ordentlich instand halten statt neue Radpremiumrouten bauen

Viele bestehende Radwege sind in Bremen und Bremerhaven in keinem guten Zustand. Daher setzen wir uns dafür ein, bestehende Fahrradwege konsequent zu sanieren und ausreichend Mittel in die Instandhaltung zu investieren. In diesem Zusammenhang lehnen wir den Weiterbau von den sogenannten Radpremiumrouten ab, solange der Erhalt der bestehenden Radwege nicht gesichert ist. Die besonders absurde und abenteuerliche Fahrradspur am Wall muss schnellstmöglich wieder für den Autoverkehr genutzt werden. Zum einen wird die Spur am Wall kaum genutzt, da viele Fahrradfahrer und Fahrradfahrerinnen durch die Wallanlage fahren. Zum anderen ist die Situation mit der Polizeiwache und dem Fahren von Polizeiauto in Gegenrichtung auf dem Radweg extrem gefährlich. Behelfsmäßige zusätzliche Fahrradspuren wie in der Martinstraße lehnen wir angesichts der großen Unfallgefahr und dem mangelnden Nutzen ab.

Fahrradverkehr in Bremerhaven

Wir Freie Demokraten wollen den Fahrradverkehr in Bremerhaven weiter ausbauen und sicherer machen. Dafür haben wir in Regierungsverantwortung die jährlichen Mittel für das Radwegenetz verdreifacht. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen, damit Radfahren auch in Bremerhaven attraktiver wird und mehr Menschen vom Auto auf das Fahrrad umsteigen können. Wir Freie Demokraten wollen die Nordachse östlich der Bahntrasse ab Zur Hexenbrücke über das Geestesperrwerk, Am Wischacker, Dwarsweg, Spadener Straße, Lotjeweg, Tarnowitzer Straße, Schierholzweg, Langmirjen und die Dudweilerstraße bis zur Kreuzung Cherbourger Straße/Langener Landstraße ausbauen. Dazu wollen wir die Beschilderung der Radwege weiter verbessern, auch mit Grünpfeilen speziell für Radfahrer. Entsprechende Anstrengungen erwarten wir auch im stadtbremischen Überseehafengebiet insbesondere auf dem Weserradweg. Außerdem wollen wir in der Fußgängerzone in Bremerhaven, die breit genug ist, das Fahrradfahren mit der Maßgabe der gegenseitigen Rücksichtnahme als Test zunächst befristet freigeben. Wir sind überzeugt, dass Fußgänger und Radfahrer verantwortungsvoll aufeinander Rücksicht nehmen werden und die Maßnahme nach dem Test verstätigt werden kann. Zu Fahrradstraßen sollen als Ergänzung flankierend zur Fußgängerzone die Prager Straße und die neu geöffnete Straße Am Alten Hafen werden. Weiter Fahrradstraßen wollen wir prüfen z.B. die Buchtstraße und die Bülkenstraße.

Gestern wie heute: Das Auto bleibt essenziell

Das Auto ist eine der wertvollsten Errungenschaften deutscher Ingenieurskunst. Neben dem Freiheitsgefühl und der Lust am Fahren, sind es Faktoren wie Vorsprung, Wirtschaftlichkeit und Gewinn, die es eingebracht hat. Am Werk von Mercedes, welches in Bremen ansässig ist, aber weit über die Grenzen hinaus eine Strahlkraft erzeugt, wird dies besonders deutlich. In Bremen allein gibt es 300.000 Autos und die meisten davon werden auch in Zukunft noch gebraucht werden. Viele Autofahrten können schlichtweg nicht ersetzt werden. Trotz des

Innovationspotenzials, welches anhand des Umstiegs von Verbrennern auf E-Autos, synthetische Brennstoffe oder Wasserstoff deutlich wird und des Wirtschaftsfaktors, wird es den Autofahrerinnen und Autofahrern in Bremen schwer gemacht. Wir Freie Demokraten erkennen das und möchten in der Verkehrspolitik für einen Wandel sorgen.

Für uns gilt: Verkehr muss fließen! Wichtige Hauptverkehrsachsen müssen leistungsfähig bleiben. Dazu gehören unter anderem auch mehr Grünpeile und das Entfernen überflüssig gewordener Beschilderung. Chaotische und unsinnige Verkehrsexperimente wie in der Martinstraße lehnen wir als Steuergeldverschwendung ab. Sie führen zu Stau, welcher weder zur Lebensqualität noch zum Klimaschutz beiträgt.

Das Bild zugeparkter Straßenzüge wie beispielsweise in Findorff oder in der Neustadt sehen wir kritisch. Wir sprechen uns für eine Reduzierung des aufgesetzten Parkens aus. Schlichte Verbote sind allerdings nicht die Lösung, sondern führen dazu, dass sich die Debatte in den Stadtteilen weiter aufheizt.

Wir Freie Demokraten setzen stattdessen auf eine bessere Anbindung an den ÖPNV und Shuttle-Services, die Einbeziehung bestehender örtlicher Parkhäuser, eine Kombination aus örtlichen Vorzugsregelungen wie bezahlbarem Anwohnerparken und kostenpflichtigen Gastparkplätzen auf Zeit sowie modernen Quartierstiefgaragen und innovativen Parkhäusern. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf die Schaffung von Quartiergaragen. Unter Nutzung der Digitalisierung wollen wir das Parkraummanagement insgesamt effizienter gestalten. Generell gilt: Parkräume sollen so geplant werden, dass E-Mobilität und andere nachhaltige Antriebsarten mitgedacht werden.

Autostadt Bremerhaven grundsätzlich erhalten, aber den Wandel zu moderner Mobilität schaffen

Bremerhaven ist eine Logistikkreuzung, Hafenstandort und immer auch eine Autostadt gewesen. Daran wollen wir grundsätzlich festhalten. Der Verkehr muss fließen und die Hauptverkehrsachsen müssen leistungsfähig bleiben. Insgesamt wollen immer dann, wenn Straßenzüge neu geplant werden, das Miteinander der Verkehrsteilnehmer – LKW, PKW, Fahrrad, Fußgänger, ÖPNV – neu ausloten und verbessern, so dass alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt und sicher durch Bremerhaven kommen.

Der Anfang zum Wandel in der modernen und klimafreundlichen motorisierten Mobilität ist geschafft. Das Netz der E-Ladestationen ist derzeit bedarfsgerecht ausgebaut und die erste Wasserstofftankstelle nimmt ihren Betrieb auf. Das reicht aber für zukünftige Mobilitäten nicht aus. Deswegen müssen wir jetzt den Ausbau der Lade- und Wasserstofftankstellen-Infrastruktur vorantreiben. Wir wollen dabei die Potentiale des Marktes nutzen und eine Anbietervielfalt in Elektro- und Wasserstoffinfrastruktur ermöglichen. Nur so werden die nötigen finanziellen Mittel der Wirtschaft dafür investiert. Private Carsharing-Angebote wollen wir ausbauen und Plätze dafür schaffen.

Neue Mobilitätskonzepte ermöglichen - Taximarkt liberalisieren

Private Sharing-Angebote wollen wir ausbauen und Plätze dafür schaffen. Hierzu wollen wir unter anderem eine marktwirtschaftliche Ausrichtung und Öffnung des Taximarktes vorantreiben. Im Zuge dessen sollte auch die Betriebspflicht für Taxis abgeschafft werden. Das würde die Taxibetriebe von der Verpflichtung

nächtlicher Dauerbereitschaft entbinden, die schon heute bereits dazu führt, dass der Taxibetrieb kaum noch rentabel ist – falls er überhaupt noch angeboten werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Anbieter wie beispielsweise Uber im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bremen und Bremerhaven verfügbar sind.

Um das Angebot an Sharing-Konzepten auszuweiten, möchten wir die Vergabevorschriften dahingehend ändern, dass attraktive Sharing-Stellplätze mit wirtschaftlich weniger attraktiven Orten verbunden werden. So werden Car- Sharing-Möglichkeiten und „Mobil-Punkte“ künftig auch in Randbezirken zu finden sein.

Wir Freie Demokraten wollen neue innovative Mobilitätsdienste – insbesondere E- Scooter - auf digitaler Basis in der Personenbeförderung ermöglichen und dafür faire Wettbewerbsbedingungen für alle Mobilitätsdienstleister in Bremen und Bremerhaven schaffen.

Öffentlicher Personennahverkehr – effizient und nachhaltig

Mehr Taktung – auch nachts und am Wochenende

Für viele Menschen in Bremen und Bremerhaven gehört Straßenbahn- und Busfahren zum Alltag. Das ist gut so und soll auch in Zukunft so bleiben. Der ÖPNV ist schließlich ein entscheidender Teil der Verkehrswende. Nicht zuletzt beeinflusst die Qualität der Anbindungen unsere Entscheidung, wo wir leben, einkaufen und arbeiten können. Deshalb setzen wir uns für die Verbesserung des ÖPNVs ein, damit die Menschen in Bremen und Bremerhaven flexibel, pünktlich und schnell an ihr Ziel gelangen.

Damit das gelingt, bedarf vor allem mehr Taktung. In Bremerhaven haben wir auf den Hauptlinien einen 10-Minuten-Takt eingeführt. Für Bremen wollen wir es möglich machen, dass zwischen 06:00 und 22:00 Uhr niemand mehr als 7 Minuten auf die nächste Bahn bzw. den nächsten Bus warten muss. Auch nachts ist die Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln da. Aktuell wird diese nicht bedient. Das wollen wir ändern und es möglich machen, dass nachts alle 25 Minuten eine Fahrt möglich ist. Auf dem Weg zum Frühdienst oder einem spontanen Abend bei Freunden – auch nachts und am Wochenende wollen wir sichere, kostengünstige und nachhaltige Mobilität ermöglichen.

Sicher, informativ und gut beleuchtet: Bremens Haltestellen

Ziel ist es, Wartezeiten möglichst kurz zu halten. Gut ausgebaute Haltestellen braucht es trotzdem, denn die Bürgerinnen und Bürger sollen sich sicher und wohlfühlen. Wir wollen daher sicherstellen, dass die Anzeigetafeln zuverlässig funktionieren und die notwendigen Informationen liefern. Bei der Neugestaltung der Haltestellen legen wir zudem hohen Wert auf Sicherheit. Es bedarf ein vernünftiges Lichtkonzept, welches wir umsetzen möchten. Dasselbe gilt für die Fähranleger. Auch dort wollen wir eine Verbesserung in der Aufenthaltsqualität schaffen. Ziel ist es, einen Aufenthaltsort (inkl. Sanitäranlagen) zu schaffen, der auf jegliche Witterungsverhältnisse vorbereitet ist.

Das GVZ, Fischerreihafen und Bremische Überseehäfen arbeitnehmerfreundlicher anbinden

Das Güterverkehrszentrum in Bremen stellt genauso wie die Bremischen Überseehäfen und der Fischereihafen in Bremerhaven einen wichtigen Wirtschaftsstandort dar. Die Anbindung an andere Stadtteile und den Hauptbahnhof ist für beide Gebiete bisweilen nicht gut. Eine einzige Busverbindung, welche nur stündlich fährt, macht das GVZ bei der Arbeitsplatzwahl nicht attraktiv. Im Überseehafen fährt tagsüber gar kein Bus. Um Praktikanten, Auszubildenden und Arbeitnehmern den Weg zur Arbeit zu erleichtern, wollen wir das ÖPNV-Angebot ausweiten. Der Fokus liegt dabei auf den Ausbau der Busverbindungen sowie der Erhöhung der Taktung. Dafür wollen wir mit den Arbeitgebern und Gewerbegebieten in Kontakt treten, um die Taktverdichtung an Arbeitszeiten zu orientieren. Die Finanzierung soll über einen Gemeinschaftspool stattfinden, an dem sowohl der Senat als ansässige Unternehmen beteiligt sind.

Anbindung der Überseestadt

Die Überseestadt ist in den letzten Jahren zu einem attraktiven Stadtteil im Westen von Bremen geworden. Mittlerweile leben viele Bremerinnen und Bremer dort und genießen das neue Stadtbild, welches durch den modernen Wohnungsbau, die kleinen und großen Geschäfte und die Grünflächen geprägt wird. Ein Problem ist allerdings die Anbindung der Überseestadt an die restlichen Teile Bremens. Auch der Weg zur Überseestadt selbst ist oftmals durch Staus geprägt. Um das Wachstum und die Lebensqualität nicht zu gefährden, setzen wir uns für einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel ein.

Wir Freie Demokraten möchten daher den Einsatz von bedarfsabhängigen, elektrischen und möglichst autonom fahrenden Fahrzeugen im Ringverkehr zwischen Überseestadt-Nord, dem Straßenbahnhalft „Nordstraße“ und dem Bahnhof in Walle prüfen und dies als Feldversuch durchführen.

Ergänzend dazu möchten wir eine Machbarkeitsstudie für eine Wasserverbindung durchführen. Eine Fähre, welche durch Wasserstoff betrieben wird, könnte die Bereiche Pier 2 bzw. Waterfront und Woltmershausen mit der Schlachte verbinden. Um dieses Angebot sowohl für Bewohner und Touristen als auch für Pendler attraktiv zu machen, legen wir großen Wert auf eine sinnvolle Taktung und erschwingliche Preisgestaltung. Zudem setzen wir uns für den Erhalt der Marina im Europahafen als Anlegestelle für Segelboote und Sportboote ein. Wasser- und Segelsport komplementieren den maritimen Flair Bremens.

Park + Ride als Baustein nachhaltiger Mobilität

P+R-Anlagen können den innerstädtischen Verkehr nachhaltig entlasten und die CO₂-Belastung der Stadt reduzieren. Hierfür wollen wir das P+R-Konzept in der Stadt Bremen überarbeiten und nachhaltig aufstellen. Wichtig ist uns, dass die Parkanlagen an das überregionale Straßennetz und an den ÖPNV angebunden sind. Besucher aus den umliegenden Orten, aber auch Innenstadtjobber können davon enorm profitieren. Zudem wollen wir P+R-Anlagen auch in kommunale Parkraumkonzepte integrieren, damit sie die Situation in den Stadtteilen entlasten. Mit Blick auf die Elektromobilität werden die Anlagen vollumfänglich mit Ladesäulen für Elektrofahrzeuge ausgestattet sein.

Hansa-Loop für Bremen per On-Demand-Shuttle

Die Zukunft der Mobilität ist innovativ, modern und flexibel. Der öffentliche Personennahverkehr spielt hier eine große Rolle. Wir wollen diesen deshalb weiterdenken. Wichtige Knotenpunkte im Bundesland sollen mittels Schnellbussen effektiver verbunden werden. Dazu wollen wir bestehende, aber auch neue Bus- und Straßenbahnlinien als Expressbuslinien sowie Quer- und Gewerbelinien ausbauen. Auch Quartiere, welche bisher schlecht zu erreichen sind (z. B. Burg-Grambke, Bremen Nord und Huchting inkl. Grolland und Strom), sollen durch Shuttle- und On-Demand-Kleinbusse profitieren. Dies macht den ÖPNV in Bremen um ein Vielfaches attraktiver und zieht neue Zielgruppen an. Zur Finanzierung digitaler Vorhaben zur Verbesserung des ÖPNVs hat die Bundesregierung im Frühjahr 2022 einen zweiten Förderaufruf zur „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ in Höhe von 30 Millionen Euro und einer Fördersuppe von 65 bis 80 Prozent gestartet.

Moderne und gut ausgebaute Infrastruktur

Ringschluss A281 fertigstellen

Wir Freie Demokraten wollen den Ringschluss der A281 schnellstmöglich verwirklichen. Nach über 37 Jahren Planung und Bau muss dieser abgeschlossen werden, da er den Verkehr spürbar entlasten wird. Speziell die Stadtteile Obervieland und die Neustadt sowie Woltmershausen, Seehausen und Strom würden merklich profitieren, da die Infrastruktur durch den Autobahnring merklich verbessert wird.

Sanierung von Straßen und Brücken

Die Sanierung und Instandhaltung von Straßen und Brücken ist essenziell. Infrastruktur muss gepflegt werden, damit sie funktioniert. Investitionen in den Erhalt von Straßen und Brücken dürfen nicht permanent verschoben werden, da die Kosten andernfalls ins Unermessliche steigen. Deswegen wollen wir den in den vergangenen Jahren entstandenen Sanierungsstau innerhalb der nächsten zehn Jahre abbauen. Provisorische Lösungen, wie am Beispiel der Stephanibrücke, lehnen wir ab. Insbesondere im Bereich der zentralen Infrastruktur wie der Weserbrücken und der A1 sehen wir einen großen Bedarf an Sanierung. Auch die Straßenbaustandards wollen wir überprüfen. Insbesondere die Gestaltung des Regenwasserablaufs und Bordsteins sowie der Fuß- und Radwege ist in Qualität und Material deutlich über den Standards anderer Städte. Damit Sanierungen nicht unnötig verteuert werden, wollen wir das auf ein normales Maß zurückführen.

Brücken größer denken

Die Stadt Bremen braucht mehr Brücken über die Weser. Diese aber lediglich als Fahrradbrücken zu denken, wäre viel zu klein gedacht. Stattdessen wollen wir neue Brücken über die Weser, die nicht nur Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer, sondern auch Fußgängerinnen und Fußgänger, den ÖPNV und Notfallfahrzeuge.

Hafenrandstraße

Bremerhaven braucht eine Hafenrandstraße, die das Zollhaus Roter Sand über die Franziusstraße mit der Alfred-Wegener-Straße und somit mit der Cherbourger Straße und dem Hafentunnel verbindet. Der Weg führt dabei am Zollzaun auf stadtbremischen Gebiet entlang und könnte teilweise über eine bereits befestigte Straße auf

einem Gelände der BLG geführt werden. Bei der Planung müssten entsprechende Anpassungen bei der Zollabfertigung berücksichtigt werden. Für den Hafen ist eine solche Hafенrandstraße mit großen Vorteilen verbunden: Sie würde den Hafen von erheblichen Durchgangsverkehren entlasten, die auch auf Grund der hohen Anzahl an Bahnübergängen zu erheblichen Beeinträchtigungen der wichtigen Wirtschaftsverkehre führen. Für Lehe würde die Hafенrandstraße ebenfalls zu großen Verbesserungen bei der Entlastung von Durchgangsverkehren bringen. Insbesondere die Ortsteile Twischenkamp, Klushof und Goethestraße sind bisher durch den Verkehr stark belastet. Für diese drei Ortsteile würde der Bau einer Hafенrandstraße eine deutliche Verringerung des Verkehrs und eine Lärmreduzierung ergeben. Schulen und Kindergärten würden dadurch besser erreichbar. Auch die Trasse Langener Landstraße, Stresemannstraße, Elbestraße wird durch die Hafенrandstraße entlastet.

Effizientes Baustellenmanagement in Bremen

Bei umfassenden Baumaßnahmen und Straßensperrungen werden alle betroffenen Akteure vor enorme Herausforderungen gestellt. Neben Verkehrsstockungen, Zeitverlusten sowie Such- und Ausweichverkehren, kommen Lärmbelästigungen und Schmutz hinzu. Die Sperrung „Am Wall“ führt beispielsweise vermehrt dazu, dass sich Ortskundige durch die Violen-, Museums- und Herdentorwallstraße schlängeln und Nebenstraßen überlasten. Die Baustellen selbst lassen sich nicht vermeiden.

Gerade deshalb ist aber eine gute Kommunikation und Koordination von hoher Relevanz. Um die Auswirkungen auf den Verkehr, die Menschen und die Umwelt künftig so gering wie möglich zu halten, möchten wir einen behördenübergreifenden Leitfaden für Baustellen- und Straßensperrungen mit besseren und frühzeitigeren Kommunikationsanweisungen erstellen. Darüber hinaus soll es einen Maßnahmenkatalog geben, welcher auch eine Kommunikationsstrategie enthalten wird. In Kombination mit der Digitalisierung können tagesaktuelle Baustellen und Straßensperrungen aufgezeigt und frühzeitig kommuniziert werden. Darüber hinaus lassen sich Straßensperrungen- und Baustellensimulationen virtuell durchführen, um die Baustellenlogistik zu optimieren.

Optimierung der Schaltung von Ampeln bzw. Lichtsignalanlagen

Ampeln sind ein wichtiger Bestandteil im Straßenverkehr, da sie zur sinnvollen und nachhaltigen Verkehrsflusssteuerung beitragen. Gerade in Bezug auf die Förderung des Fuß- und Radverkehrs muss ein Optimum bei der Schaltung der Ampeln gefunden werden, ohne den Verkehrsfluss des motorisierten Verkehrs negativ zu beeinflussen. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Feinstaub- und Stickoxidbilanz und erhöht die Gefahr von Unfällen. Deshalb setzen wir uns für eine stetige Überprüfung und Anpassung an die Bedarfe, mit Hilfe der Digitalisierung, sowie die Suche nach einer optimalen Lösung für alle Verkehrsteilnehmer ein. Ziel muss es sein, alle Straßen und Kreuzungen sicher zu machen und sie ohne lange Wartezeiten überqueren zu können.

Schiienenanbindung nach Groningen verstärken und verbessern

Anfang 2024 wird endlich die Friesenbrücke befahrbar sein und damit wird die Verbindung Bremen-Groningen, die sogenannten Wunderlinie, auf der Schiene wieder in zweieinhalb Stunden bedient. Für uns Freie Demokraten kann das nur der Anfang sein. Ziel ist es, diese Verbindung ins Fernstreckennetz der Bahn aufnehmen und zur Schnelltrasse ausbauen. Mit dem Ausbau der Lelylijn zwischen Leystad und Groningen, die derzeit geplant wird,

bietet sich dann die Möglichkeit, dass Bremen auf der wichtigen europäischen Schnellbahnverbindung zwischen Kopenhagen, Hamburg, Bremen, Groningen, Amsterdam, Brüssel, Paris liegt.

Schienerverkehr von und nach Bremerhaven

Beide Städte unseres Bundeslandes wollen wir Freie Demokraten besser über die Schiene verbunden haben. Aktuell wird die Verbindung im Rahmen einer Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs als Regio-S-Bahn 2 von der NordWestBahn und als Expresskrenz RE8 und RE9 von der DB Regio betrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass die RE-Züge und die Regio-S-Bahn in der Hauptverkehrszeit beide Städte im Halbstunden-Takt verbinden. Auch am Wochenende wollen wir zusätzliche Nachtverbindungen umsetzen. Ebenfalls wollen wir prüfen, wie in der Woche Nachtverbindungen realisiert werden können. Wichtig ist uns, dieses Angebot zu einem stark vergünstigten Tarif anbieten zu können. Dadurch rücken beide Städte enger zusammen. Für die Finanzierung sehen wir das Land Bremen in der Pflicht.

Die Verbindungen für den Personenverkehr und dem zunehmenden Wirtschaftsverkehr (Autos und Container) werden derzeit über einen Flaschenhals geführt, der bereits heute überlastet ist. Wir Freie Demokraten wollen die Strecke Bremen - Bremerhaven mit einem dritten und vierten Gleis ertüchtigen und zukunftsfest machen. Der Engpass „Burger Brücke“ steht bereits seit Jahren zur Erweiterung an, aber die zusätzlichen Gleise fehlen noch immer. Im Rahmen der Ertüchtigung des Bahnknotens „Bremen“ ist es dringend erforderlich, die Gleise auf einer verbreiterten Brücke zu bauen. Von dem Ausbau der Strecke würde insbesondere Bremen-Nord profitieren. Damit wird die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der Züge zwischen Bremen und Bremen-Nord massiv verbessert.

Darüber hinaus möchten wir den Bahnhof in Speckenbüttel als Personenbahnhof reaktivieren. Die Lage ist durch die Nähe zum Speckenbütteler Park und zum Stadtteilzentrum sehr attraktiv und bietet hervorragende Verknüpfungsmöglichkeiten zum örtlichen Nahverkehr. Das Potenzial einer Reaktivierung liegt bei ca. 33.000 neuen ÖPNV-Kunden und stellt damit auch einen wirtschaftlichen Gewinn für das Land dar.

Bremerhaven ans Fernbahnnetz

Seit Dezember 2021 ist Bremerhaven wieder an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn angeschlossen. Die derzeitige Anbindung mit nur einem Fernzug pro Tag kann aber nur ein Anfang gewesen sein. Wir Freie Demokraten wollen, dass Bremerhaven ein regulärer Haltepunkt des Fernverkehrsnetzes wird.

Verkehrsentwicklungsplan für Bremerhaven

Bremerhaven braucht dringend einen Verkehrsentwicklungsplan. Die Beschlüsse aus 2012 und zuletzt 2019 müssen daher dringend umgesetzt werden. Deswegen gehört aus unserer Sicht das Stadtplanungsamt wieder in das Baudezernat. Eine Eingliederung in das CDU-geführte Dezernat mit Kämmerei hat nicht zum Erfolg geführt. Bremerhaven hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch verändert und weiterentwickelt. Die Stadt benötigt ein Verkehrssystem, das den speziellen Anforderungen an die Erreichbarkeit der Häfen und der notwendigen Infrastruktur für kleine und mittelständische Unternehmen gerecht wird. Darüber hinaus muss das Verkehrssystem die Anforderungen an die Mobilität als Daseinsvorsorge für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie die Aspekte der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes berücksichtigen. Die besondere

Herausforderung liegt darin, eine gleichberechtigte Teilnahme aller am Verkehr herzustellen, den Verkehr so effizient, sicher, stadt- und umweltverträglich wie möglich zu gestalten, um dadurch insgesamt ein dauerhaftes Höchstmaß an Wohn-, Lebens- und Aufenthaltsqualität zu erreichen und die Seestadt Bremerhaven zukunftsfähig zu gestalten. Ziel ist es, ein für alle Verkehrsarten optimiertes Verkehrsnetz zu entwickeln, das die Erreichbarkeit der Häfen, der Innenstadt und die Aufenthaltsqualitäten miteinander in Einklang bringt und zur nachhaltigen Attraktivitätssteigerung der Stadt beiträgt. Diese Ziele müssen durch einen Verkehrsentwicklungsplan in Strategien, Programme und Projekte übersetzt werden.

Kapitel 9: Zeigen wir, wie Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit geht

Bremen und Bremerhaven müssen sichere und saubere Städte sein. Damit geltendes Recht konsequent durchgesetzt wird, erhöhen wir die Zahl der Polizistinnen und Polizisten in Bremen von rund 2.750 auf 3.300 und in Bremerhaven von 490 auf 580. Dies sorgt auch für eine höhere Polizeipräsenz an Orten wie dem Bremer Hauptbahnhof und für eine schnellere Abarbeitung von Delikten.

Der Rechtsstaat muss besser organisiert sein als das Verbrechen. Wir brauchen einen handlungs- und durchsetzungsstarken Rechtsstaat, der Sicherheit und Freiheit gleichermaßen gewährleistet. Die digitale und technische Ausstattung der Polizei modernisieren wir. Die Ausrüstung wollen wir in Bremen um Taser erweitern. Um Verfahrensdauern zu verkürzen, wollen wir Staatsanwaltschaften und Gerichte personell und digital besser ausstatten.

Politischen Extremismus werden wir entschlossen bekämpfen – egal aus welcher Richtung er kommt. Extremistische Vereinigungen sind konsequent zu verbieten. Allen Organisationen, die mit extremistischen Gruppierungen kooperieren, sind staatliche Fördergelder zu streichen.

Innere Sicherheit

Personalsituation der Polizei verbessern

Um angesichts veränderter Bedrohungslagen die Sicherheit zu gewährleisten, wollen wir Freie Demokraten die Personalstärke der Polizei planvoll bis auf 3.300 in Bremen und 580 in Bremerhaven anheben. Hiermit wollen wir die Überstunden und den Bearbeitungsstau abbauen.

Die entsprechende Nachwuchsausbildung und die Besetzung aller Stellen hat oberste Priorität. Hierfür sollen auch vorübergehend Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten für z.B. pensionierte Beamte angeboten werden. Hierzu gehört auch, den Beamtinnen und Beamten mehr Wertschätzung entgegenzubringen. Den Beamtinnen und Beamten gebührt für ihre äußerst anspruchsvolle Arbeit Dank und Anerkennung. Im Diskussionsprozess um das neue Polizeigesetz 2020 wurde leider deutlich, dass manche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der Bremer Politik der Polizei zutiefst misstrauen. Misstrauen ist der Feind erfolgreich-kooperativer Zusammenarbeit. Wir Freie Demokraten stehen stabil und mit Überzeugung an der Seite unserer Polizistinnen und Polizisten. Natürlich muss das Fehlverhalten einzelner konsequent verfolgt werden, auch weil es diejenigen belastet, die korrekt, engagiert und treu ihren Aufgaben nachkommen.

So sinnhaft der Polizeiberuf ist, bei der Berufswahl schauen junge Menschen immer auch auf Besoldung und Aufstiegschancen. Wir Freie Demokraten fordern die Besoldung der Bremer Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten auf das Hamburger Niveau anzuheben. Unser Polizeipersonal braucht außerdem eine klare Karriereperspektive – Leistungsbewertungen und Beförderungsentscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Die Freie Heilfürsorge für die Beamtinnen und Beamten muss auch zukünftig verlässlich abgesichert werden.

Wir wollen die Polizistinnen und Polizisten von aufgabenfremden und bürokratischen Ballast befreien, indem wir überprüfen, welche Aufgaben weiterhin von Polizistinnen und Polizisten durchgeführt werden müssen und welche Aufgaben auch das Verwaltungspersonal oder das Ordnungsamt übernehmen kann.

Der Polizeiberuf ist kein Nine-to-Five Job. Trotzdem kann viel getan werden, um auch bei der Polizei die Vereinbarkeit von Familie/Freizeit und Beruf zu verbessern. Die Einrichtung der „Streifenhörnchen“ für Kinder unter drei Jahren von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei Bremen war ein wichtiger Schritt.

Digitale und technische Ausstattung der Polizei

Bremen und Bremerhaven brauchen eine moderne und mit besten Sachmitteln ausgestattete Polizei, die eine wirksame und zügige Aufgabenerfüllung im Interesse aller Bürger sicherstellt. Ein großer Teil der Arbeitszeit von Polizisten geht jedoch durch administrative Tätigkeiten, veraltete Technik oder Medienbrüche in der Kommunikation verloren. Mit Hilfe der Digitalisierung können viele Arbeitsschritte der Polizei umfassend vereinfacht, beschleunigt und verbessert werden. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine zeitgemäße digitale und technische Ausstattung der Polizei ein. Die Polizei darf zukünftig nicht weiterhin schlechter ausgestattet sein als agierende Einzeltäter und Tätergruppen. Hierzu soll die Polizei mit leistungsfähiger Hardware im Büro und mit mobilen Endgeräten für die Ermittlungsarbeit vor Ort ausgestattet werden. Dabei sind die Endgeräte besonders zu sichern und die Daten sind nicht lokal auf den Geräten, sondern auf verschlüsselten Servern der Polizei zu speichern.

Wie in anderen Bundesländern bereits Standard, sollen die mobilen Endgeräte künftig mit folgender Software ausgestattet sein: Einer Diktier- und Spracherkennungssoftware zur Anfertigung digitaler und medienbruchfreier Polizeiberichte; Einem Polizei - Messenger („WhatsApp für Polizisten“) für den schnellen (und medienbruchfreien) Austausch von einsatzrelevanten Informationen wie Bildern oder Videos; Einer Auskunfts - App, die einen Abgleich mit dem polizeilichen Datenbestand ermöglicht; Einem Dokumentenscanner, z.B. für Personalausweise, Führerscheine, Kennzeichen o.ä. Dokumente; einer Vermessungssoftware für Verkehrsunfälle.

Zudem soll die Polizei in der Kriminaltechnik zukünftig über leistungsfähige Software, technische Geräte und genügend Fachpersonal verfügen, die eine verlässliche, schnelle und beweiskräftige Auswertung der Daten als Beweismittel in einem Strafverfahren ermöglichen.

Schutz von Einsatzkräften mit Body- und Dashcams

Nicht erst seit den Ereignissen der Berliner Silvesternacht werden Einsatzkräfte bei ihrer lebenswichtigen Arbeit behindert und angegriffen. Wir Freie Demokraten verurteilen Angriffe auf Einsatzkräfte aufs Schärfste. Wer die Menschen angreift, die uns in Notsituationen helfen und beschützen, der greift uns alle an. Wir wollen Einsatzkräfte daher besser schützen. Hierzu wollen wir Polizistinnen und Polizisten im Rahmen datenschutzrechtlicher Vorgaben mit Bodycams und Einsatzfahrzeuge mit Dashcams ausstatten, also insbesondere auch Feuerwehrfahrzeuge und Rettungswagen. Schon allein die Kamera hat eine abschreckende Wirkung auf Täter, darüber hinaus wird die Aufklärung solcher Straftaten dadurch erleichtert.

Elektro-Distanzimpulsgeräte (sog. "Taser")

Wir halten an der Ausstattung der Polizei in Bremerhaven mit Elektro-Distanzimpulsgeräten (sog. „Tasern“) fest, nachdem der Testlauf erfolgreich beendet wurde. Auch in der Stadt Bremen wollen wir Taser einführen. Diese stellen ein milderes Mittel zur Schusswaffe dar und bergen eine geringere Eskalationsgefahr als beispielsweise Pfefferspray.

Kontaktpolizisten

Für seine Bürgerinnen und Bürger und alle Besucherinnen und Besucher müssen Bremen und Bremerhaven sichere Städte sein. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bürgernahe Polizei ein, die auch auf den vorhandenen Revieren in den Stadtteilen ansprechbar bleibt. Ferner sind Kontaktpolizistinnen und -polizisten als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unerlässlich.

Online-Anzeige

Wir wollen die Möglichkeit einer unkomplizierten und schnellen Online- Anzeigenerstattung für die Bürgerinnen und Bürger zeitnah weiter ausbauen. Es soll möglich werden, auch mit wenig technischen Vorkenntnissen eine Online- Anzeige einfach und schnell zu erstatten. Zudem muss das derzeitige geringe Angebot der Online-Anzeige auf weitere Delikte dringend ausgeweitet werden. Hier fordern wir eine Erweiterung mindestens auf das Maß von Niedersachsen. Künftig müssen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, um Dokumente hochzuladen und sich rechtssicher legitimieren zu können.

Digitalisierung als Chance für Barrierefreiheit und Sicherheit

Für körperlich beeinträchtigte Geschädigte sowie gehörlose und blinde Personen in Notsituationen muss die Möglichkeit geschaffen werden, problemlos Anzeigen zu erstatten sowie im Notfall den Polizei-Notruf schnellstmöglich und effektiv zu nutzen. Hier sollen die technischen Voraussetzungen für eine Videotelefonie mit schriftlicher Chatfunktion für die Leitstelle der Polizei im Notfallprozess sowie in der zentralen Anzeigenaufnahme an den Polizeirevieren geschaffen werden.

Ordnung und Sauberkeit

Weil die Lebens- und Wohnqualität einer Stadt auch wesentlich von der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sauberkeit abhängt, haben wir in der vergangenen Legislaturperiode das Bürger- und Ordnungsamt in Bremerhaven personell erheblich verstärkt. Auch in Bremen muss das Ordnungsamt personell weiter verstärkt werden.

Um zukünftig die Einhaltung der Ordnung und Sicherheit, sowie die Verkehrsüberwachung noch stärker in den Fokus zu nehmen, sollen Kontrollen durch das Bürger- und Ordnungsamt auch in den späten Abend- und Nachtstunden oder an Sonn- und Feiertagen erfolgen. Mit einer verstärkten Präsenz des Ordnungsamtes auf öffentlichen Straßen, Plätzen und in Parks soll der zunehmenden Unsitte, Abfälle im öffentlichen Raum achtlos wegzwerfen oder liegenzulassen, ohne die dafür vorgesehenen Abfalleimer oder Papierkörbe zu benutzen, begegnet werden.

Die Taubenpopulation wollen wir mit sog. Taubenhotels verringern. Um das Problem der illegalen Müllablagerungen, Vandalismus und Schmierereien in den Stadtteilen erfolgreich zu bekämpfen, ist es von großer Bedeutung, dass wir die Bekanntheit und Nutzung des Mängelmelders bei den Bürgerinnen und Bürgern in Bremerhaven und Bremen steigern. Eine effektive Informationskampagne ist hierfür unerlässlich, um die Bevölkerung über den Mängelmelder zu informieren und dazu zu ermutigen, Verschmutzungen und andere Probleme in ihren Stadtteilen zu melden.

Die Stadtteilmanager sollen die Koordination der Stadtteilsauberkeit übernehmen und als Schnittstelle zwischen allen städtischen Ämtern, Gesellschaften der Stadt und sonstigen Stellen, die mit Sauberkeit des öffentlichen Raums befasst sind, fungieren.

Wir setzen uns für eine höhere Reinigungsfrequenz sowie für mehr und größere Mülleimer im Stadtgebiet ein. Die Reinigungsintervalle der Kehrmaschinen auf Fahrbahnen sowie der manuellen Trupps für die Reinigung von Gehwegen, Plätzen und Grünflächen sollen sukzessive erhöht werden. Brennpunkte sollen identifiziert und deutlich häufiger kontrolliert und gereinigt werden.

Für einen sicheren und sauberen Hauptbahnhof Bremen

Der Hauptbahnhof ist eine Visitenkarte der Stadt. Wir Freie Demokraten wollen den gesamten Bereich rund um den Bremer Hauptbahnhof endlich wieder zu einem sicheren und sauberen Ort machen, an dem man sich gerne aufhält.

Hierzu setzen wir auf mehr Kontrollen der Polizei und des Ordnungsdienstes, sowie eine höhere Reinigungsfrequenz. Verstöße sind konsequent zu ahnden, Graffitis und Müll sind so schnell wie möglich zu entfernen, um Nachahmungseffekten vorzubeugen.

Damit marginalisierte Gruppen jedoch nicht wie aktuell nur von einem Ort zum anderen vertrieben werden, sind entsprechende alternative Angebote auszubauen. Die Einrichtung eines festen Drogenkonsumraums in Bahnhofsnähe unterstützen wir daher. Dieser muss allerdings so beschaffen sein, dass er von der Szene auch angenommen wird. Hierfür muss er fußläufig gut erreichbar sein. Darüber hinaus muss die Infrastruktur der Szene mitverlagert werden (wie etwa Substitutionsärzte, Hilfsangebote u.ä.). Nur dann besteht die Chance, dass der Konsumraum auch zu einer echten Alternative wird.

Bis dahin wollen wir die Öffnungszeiten des Szenetreffs am Gustav-Deetjen-Tunnel auf 24 Stunden täglich ausweiten. Abends und nachts können die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter hier durch Kräfte des Ordnungsamts oder private Sicherheitsdienste abgelöst werden. Darüber hinaus wollen wir durch mehr gemeinsame Streifen von Polizei und Sozialarbeit ein besseres Zusammenwirken beider Dienste ermöglichen.

Um niedrigschwellig Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen, wollen wir sog. Bahnhofsbuddies einführen. Diese sollen darauf achten, dass der Bahnhof sauber, funktionstüchtig und gepflegt ist. Sie informieren das Bahnhofsmanagement über Mängel wie fehlende Fahrpläne, starke Verschmutzungen durch Müll, Fäkalien u.ä., oder Beschädigungen durch Vandalismus und helfen so, den Bahnhof und das Bahnhofsumfeld in Ordnung zu halten. Zudem sind sie Orientierungshilfe, indem sie durch einheitliche Westen, Jacken o.ä. klar erkennbar sind.

Um Taschendiebstählen vorzubeugen, fordern wir mehr Aufklärungskampagnen und Sensibilisierungen vor Ort, indem Polizeikräfte in Zivil potenzielle Opfer auf ein präventives Verhalten aufmerksam machen.

Sicherheit in Bus & Bahn

In den Bussen und Bahnen der BSAG kam es in den vergangenen Monaten immer häufiger zu Straftaten. Wir fordern daher anlassbezogen den vermehrten Einsatz von privaten Sicherheitskräften in den Bussen und Bahnen der BSAG.

Prävention in den Fokus

Sicherheit kann nicht allein durch die Polizei gewährleistet werden. Hierzu gehört auch die Förderung der Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen, die im Bereich der Gewalt- und Kriminalprävention tätig sind. Hinzu kommt mehr und bessere Beratung der Bürgerinnen und Bürger durch die Polizei. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine übergreifende Schul-, Jugend- und Sozialpolitik ein, die darauf hinwirkt, dass eine kriminelle Laufbahn ausgeschlossen wird.

Bekämpfung von Gewalt an Kindern

Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche bestmöglich vor Gewalt und insbesondere sexueller Gewalt geschützt werden. Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt, dass Fälle von Kindesmissbrauch und die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen im Internet auch im Land Bremen in den letzten Jahren zugenommen haben. Die Statistiken zeigen aber nicht das Dunkelfeld. Nur wenn unsere Strafverfolgungsbehörden Kenntnis von Fällen von Kindesmissbrauch bekommen, können sie überhaupt tätig werden. Daher wollen wir die Sichtbarkeit der zuständigen Meldestellen verbessern. Hierzu sollen Polizei und Jugendämter zukünftig Kontaktpersonen für den Kinderschutz benennen. Diese sind transparent zu kommunizieren, insbesondere überall dort, wo Kinder und Jugendliche betreut werden. Gemeinsam mit Jugendämtern, Schulen, Sicherheitsbehörden und Staatsanwaltschaften wollen wir einen regelmäßigen Jugendschutzdialog einrichten.

Die Beweissicherung, insbesondere die Auswertung des Video- und Bildmaterials ist aufwändig und für die zuständigen Beamten extrem belastend. Neben dem verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz wollen wir die Weiterbildung von Polizeibeamten, Richterinnen und Richtern, die mit Kindern und Jugendlichen befasst sind, verbessern. Die entsprechenden Institutionen sollen hierzu Konzepte zum Schutz der Kinder erarbeiten. Durch gemeinsame Fortbildungen für die verschiedenen Institutionen soll die Zusammenarbeit und Verständigung der Beteiligten im Kinderschutz verbessert werden.

Opferschutz stärken

Der Opferschutz steht für uns klar im Vordergrund. Zu diesem Zweck müssen die Rechte der Opfer gestärkt werden. Im Land Bremen werden jedoch leider besonders viele Anträge auf Opferentschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz abgelehnt. Wir wollen daher ein Forschungsprojekt anregen, welches die Ablehnungsgründe untersucht, um daraus Verbesserungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Beweis- und Mitwirkungspflichten der Opfer abzuleiten. Die Möglichkeiten zur psychosozialen Prozessbegleitung wollen wir ausbauen und

deren Sichtbarkeit erhöhen.

Zivilcourage

Wir Freie Demokraten wollen Mitbürgerinnen und Mitbürger stärken, die bei Straftaten nicht wegsehen, sondern umsichtig und helfend eingreifen ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Zivilcourage innerhalb der Bevölkerung hält viele potenzielle Täterinnen und Täter von einer Straftat ab. Wir wollen eine „Kultur des Hinsehens“ etablieren, indem wir in den öffentlichen Schulen anhand von lebensnahen, kritischen Beispielen Strategien zum Handeln und zur Deeskalation vermitteln. Wir wollen aber auch Sportvereine, Jugendeinrichtungen und die Gemeinden aller Glaubensrichtungen bei der Vermittlung von Zivilcourage unterstützen. Um zudem die Relevanz von entschlossenem Einschreiten bei Straftaten bei Erwachsenen zu untermauern, möchten wir Freie Demokraten Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei ihren Bemühungen, die Zivilcourage zum Beispiel mittels Kursen unter ihren Beschäftigten zu stärken, unter die Arme greifen. Auch Zertifizierungen, wie es sie unter anderem für familienfreundliche Betriebe gibt, wollen wir einführen. Angebote der Volkshochschule und der anerkannten Träger für Bildungszeit wollen wir ausbauen. Nicht zuletzt können unserer Ansicht nach Aufklärungskampagnen in der Öffentlichkeit zu einem gesteigerten Bewusstsein in der Bevölkerung für Zivilcourage führen. Deswegen wollen wir entsprechende Aktionen auf städtischen Veranstaltungen und an stark frequentierten Orten in Bremen und Bremerhaven fördern.

Organisierter Kriminalität den Kampf ansagen

Wir Freie Demokraten sagen der organisierten Kriminalität in Bremen den Kampf an. Durch ihre offene Ablehnung des Rechtsstaates und seiner Vertreter, sowie durch ein medial offensives Auftreten, tragen die Angehörigen krimineller Organisationen in besonderem Maße dazu bei, dass das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung zurückgeht und das Vertrauen in den Staat und seine Durchsetzungsfähigkeit insgesamt Schaden nimmt.

Daher gilt es in Bremen, aber auch in Bremerhaven, vermehrt auf eine Strategie der unablässigen Kontrollen von einschlägigen Restaurants, Spielhallen, Kiosken und Shisha-Bars zu setzen. Hierbei soll die Polizei stärker durch Beamte des Ordnungsamtes, des Zolls, der Gewerbeaufsicht sowie der Bau- und Gesundheitsbehörden unterstützt werden. Dazu zählen auch regelmäßige Verkehrskontrollen. Nur wenn der Staat das Recht permanent und unnachgiebig durchsetzt, kann er verhindern, dass rechtsfreie Räume entstehen.

Gleichzeitig muss der Staat denjenigen helfen, die aus den kriminellen Strukturen ausbrechen möchten. Daher müssen Jugend- und Frauenzentren, Schul-, Jugend- und Sozialbehörden, Arbeits- und Gesundheitsämter ein Netzwerk bilden und Aussteigerinnen und Aussteigern gemeinsam frühzeitig helfen.

Verhinderung von Brennpunkten

Diebstahl, tätliche Angriffe, rivalisierende Gruppen, Drogenhandel, Menschenhandel: Bremen und Bremerhaven weisen über das gesamte Stadtgebiet verteilt einzelne „Brennpunkte“ auf, an denen kriminelle Vergehen und Straftaten an der Tagesordnung sind und sich teilweise sogar tagsüber zu „No-Go-Areas“ entwickelt haben. Wir Freie Demokraten wollen den „Brennpunkten“ und ihrer Entstehung entgegenwirken, wofür der Staat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen muss. In bereits geschwächten Stadtteilen wollen wir die Möglichkeit schaffen, die verpflichtende Sozialquote auszusetzen, um eine bessere Durchmischung zu erreichen. Dazu

sprechen wir uns ausdrücklich dafür aus, Orte mit gesteigerter Kriminalität und sogenannte „Unsichere Orte“, klar zu benennen und daraus individuelle Maßnahmen zur Verbesserung der Situationen vor Ort zu entwickeln. Maßnahmen sind beispielsweise neben allgemeiner Sauberkeit und guter Beleuchtung die Verbesserung der Infrastruktur, eine offene und ansprechende Bebauung, das Aufstellen von Notrufsäulen, erhöhte Polizei-präsenz und der Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten; ebenso ist ein verstärkter Austausch zwischen den Vertretern der öffentlichen Verwaltung, der Polizei und den Bewohnerinnen und Bewohnern der betroffenen Bereiche unerlässlich. Auch Wohnungsbaugesellschaften müssen hier involviert werden, denn oft entstehen „Brennpunkte“ rund um Wohnblöcke und in bestimmten Straßenzügen. Nur so kann das Sicherheitsniveau im Land Bremen insgesamt kontrollierbar gehalten werden.

Feuerwehr und Rettungskräfte

Für die Sicherheit in den Stadtteilen sorgen nicht nur Polizei und Justiz, sondern auch die Feuerwehren, sowohl in Form der Berufs- als auch der Freiwilligen Feuerwehr. Sie leisten bei Bränden, Unfällen und anderen Katastrophenfällen eine hervorragende Arbeit. Ihr Einsatz ist für Städte wie Bremen und Bremerhaven, mit ihren Häfen, ihrer Industrie und dem damit verbundenen erheblichen Gefahrenpotential unverzichtbar. Für ihre anspruchsvolle Arbeit gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Wir halten ein Brandschutzziel von zehn Kräften in acht Minuten für richtig. Wir unterstützen daher den Neubau von Feuerwachen, sowie die Besetzung entsprechender fehlender Stellen bei den Berufsfeuerwehren. Um zukünftig ausreichend Personal zu gewährleisten, gilt es, die Attraktivität des Haupt- und Ehrenamtes zu steigern. Vor allem die nachwachsende Generation, Kinder und Jugendliche sollten frühzeitig für die ehrenamtliche Arbeit begeistert werden. In Regierungsverantwortung haben wir Freie Demokraten den freiwilligen Feuerwehren in Bremerhaven Mittel für die Nachwuchsarbeit bereitgestellt. Diesen Weg wollen wir unbedingt fortsetzen. Durch den weiteren Ausbau von Kinder- und Jugendfeuerwehren, der Förderung des ehrenamtlichen Engagements in diesem Bereich, aber auch durch eine Steigerung der Attraktivität des feuerwehrtechnischen Dienstes bei der Berufsfeuerwehr wollen wir die Grundlagen für eine nachhaltige Verbesserung der Bewerberzahlen vor Ort schaffen.

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Haupt- und ehrenamtlichen Kräfte in Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und im THW, die sich für das Gemeinwohl in unserem Zwei-Städte-Staat einsetzen, dauerhaft unterstützt werden. Dies gilt besonders für die kontinuierliche technische Modernisierung der Ausrüstung und des Fuhrparks anhand von Brand- und Rettungsmittelbedarfsplänen, aber auch für eine hinreichende Abdeckung der Stadtgebiete mit Feuerwachen bei entsprechend notwendiger Besetzung. Die persönliche Schutzausrüstung muss neuesten Sicherheitsanforderungen genügen.

Katastrophenschutz

Feuerwehren, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen leisten unverzichtbare Dienste für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven. Naturkatastrophen, Wetterphänomene, aber auch Gefährdungen der Kritischen Infrastruktur (z.B. Stromausfälle, Cyberangriffe, Pandemien) treffen unsere moderne Gesellschaft in einem nie dagewesenen Ausmaß. Die Stärkung des Katastrophenschutzes ist als Basis der Daseinsvorsorge unabdingbar.

Wir Freie Demokraten wollen darauf hinwirken, dass das Land Bremen mit seinem besonders exponierten Gefährdungsrisiko durch den Hafenumschlag und der Lage an der Küste endlich seine Landesaufgabe im Katastrophenschutz wahrnimmt. Hierzu gehören die Finanzierung der Ausbildung in den Ortskatastrophenschutzbehörden und die Finanzierung von notwendigen Fahrzeugen und Geräten. Vergleichbar mit anderen Ländern müssen zur Ergänzung der kommunalen Ressourcen landesseitig Ressourcen bereitgestellt werden.

Aus Krisensituationen wissen wir, dass das Informationsbedürfnis der Bevölkerung sehr groß ist. Kann dieses Informationsbedürfnis nicht befriedigt werden, z.B. beim „Blackout“ (Ausfall der Stromversorgung), macht sich Resignation oder Unruhe breit, die die an der Bewältigung der Krise arbeitenden öffentlichen Einrichtungen massiv behindern können. Sogenannte „Leuchttürme“ können dann (mit eigener Stromversorgung) als Anlaufpunkte für die Bevölkerung vorgeplant werden.

In einigen Modellregionen (Berlin, Niedersachsen) werden Feuerwehrwachen und Feuerwehrgerätehäuser für diese Aufgabe bereits ertüchtigt. Wir setzen uns dafür ein, dies auch in Feuerwehren und THW-Ortsverbänden in unseren Städten umzusetzen.

Cyberkriminalität

Egal ob Volksverhetzung auf Social Media, Verbreitung von Kindesmissbrauchsdarstellungen im Netz oder Online-Betrug: Die Anzahl der Straftaten im Bereich der Cyberkriminalität steigt stetig an. Ein weiterer und schneller Anstieg dieser Taten ist zu erwarten. In diesem Deliktsfeld muss die Polizei zukünftig technisch und personell handlungsfähig aufgestellt sein. Wir setzen uns daher dafür ein, den Fachbereich zur Ermittlung von Delikten der Cyberkriminalität personell und technisch stetig auszubauen. Hierfür müssen Fachkräfte mit einer qualifizierten IT-Ausbildung angeworben und entsprechende Funktionsstellen mit einer attraktiven Bezahlung geschaffen werden. Auch die technische Ausstattung und erforderliche Software auf dem derzeit technischen Höchststand muss für diese Ermittlungstätigkeit angeschafft werden.

Sicherheit digitaler Infrastrukturen

Um die digitale Infrastruktur vor Ausfällen durch Sabotage und gezielten Hacker- Angriffen, insbesondere ausgehend von autoritären Staaten wie Russland und China oder cyberkriminellen Gruppen, zu schützen setzen wir uns flächendeckend für eine an einem etablierten Sicherheitsstandard ausgerichtete systematische Absicherung der Netze und IT-Systeme ein. Dazu sind die damit verbundenen Risiken durch gut ausgebildetes Fachpersonal regelmäßig zu identifizieren, zu benennen und ihr Risikopotenzial auf ein akzeptierbares Niveau zu reduzieren.

Neben der Förderung von Informationssicherheitsmanagementsystemen in Unternehmen und Kommunen sollen weitere Maßnahmen wie der Ausbau von gezielten Cyber- Abwehrzentren und generellen IT-Trainingszentren zur Notfallsimulation etabliert werden. Hierdurch soll u.a. die Handlungsfähigkeit durch gezielte Schulung von MitarbeiterInnen im Bereich der Informations- und IT-Sicherheit verbessert und an die seit dem Ukrainekrieg wachsende Bedrohungslage angepasst werden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich IT-Sicherheit.

Wir wollen durch die zuvor genannten Maßnahmen für städtische und landesweit genutzte IT-Infrastrukturen

einen notwendigen Beitrag zur Sicherheit leisten. Im Rahmen des Ausbaus der Digitalisierung werden die dann etablierten Sicherheitsprozesse gestützt und somit wird auch aus der Politik heraus der BSI IT-Grundschutz gefördert. Hierfür muss darauf aufbauend ein gemeinsames Verständnis für - und dem Umgang mit - IT-Sicherheit in allen kommunalen Einrichtungen geschaffen werden. Wir fordern in jedem kommunalen Projekt die nachweisliche Umsetzung von angemessenen und wirksamen Sicherheitskonzepten bereits in der Design-/Konzeptionsphase (Security by Design).

Darüber hinaus muss ein sich daran angliederndes Risikoberichtswesen transparenter und demokratischer werden: Wir fordern zur verbesserten IT- Risikosteuerung den Einsatz eines vertraulichen Kontrollgremiums unter zentraler Koordination des Informationssicherheitsbeauftragten des Landes Bremens.

Datenschutz und Datensouveränität

In der digitalen Welt ist der Umgang mit den eigenen Daten elementar, um unsere Freiheit und Individualität zu schützen. Deswegen wollen wir Freie Demokraten eine Datensouveränität, die uns die Hoheit über unsere Daten garantiert, aber den Weg in die digitale Welt nicht blockiert. Wir geben in der digitalen Welt täglich unsere Daten preis. Jede und jeder sollte aber das Recht haben, in die über sich selbst gespeicherten Daten einsehen zu können. Beim Staat schafft diese Transparenz neues Vertrauen.

Wir wollen, dass in Zukunft alle Bürgerinnen und Bürger auch die Rohdaten, die über sie gespeichert sind, bei Unternehmen einsehen können. Dabei wollen wir Freie Demokraten zwischen den Rohdaten und ausgewerteten Daten unterscheiden. Die Geschäftsgeheimnissen unterliegende Auswertung bleibt Eigentum des aus den Rohdaten mehrwertschöpfenden Unternehmens und muss auch nicht an anfragende Bürgerinnen und Bürger weitergegeben werden.

Aktuell können die Privatanschriften Dritter grundsätzlich ohne besonderen Grund bei der Meldebehörde abgefragt werden, sofern kein Sperrvermerk vorliegt. Wir wollen, dass die abfragende Person in Zukunft ein besonderes Interesse nachweisen muss, wenn sie auf Daten der Meldebehörde zugreifen möchte. Zugleich soll die abgefragte Person darüber informiert werden, wenn ihre Daten abgefragt wurden.

Recht auf Anonymität im öffentlichen und digitalen Raum

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Recht auf Anonymität im digitalen und öffentlichen Raum. Eine liberale Demokratie lebt von freier Entfaltung und Meinungsäußerung. Anonymität, sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Netz, ist hierfür unverzichtbar.

Wir sprechen uns daher klar gegen eine anlasslose Überwachung durch Kameras aus. Diese Schritte tragen allenfalls zur Verschiebung von Gefahrenschwerpunkten bei, besitzen in der Regel aber nur Symbolcharakter und führen nicht zu einer tatsächlichen Senkung der Kriminalitätsrate. Anlassbezogene, mit Personal hinterlegte Videoüberwachung und unmittelbar folgendem polizeilichen Einschreiten an Gefahrenschwerpunkten unterstützen wir. Vorrangig sollte jeweils die tatsächliche Präsenz der Polizei gestärkt werden. Dies ist das wirksamste Mittel, um Kriminalität zu bekämpfen.

Die anlasslose Überwachung unbescholtener Bürgerinnen und Bürger auf digitalem Wege, beispielsweise mittels einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung, lehnen wir Freie Demokraten entschieden ab, da diese ein

massiver und unverhältnismäßiger Eingriff in die Privatsphäre ist und der Europäische Gerichtshof diese bereits mehrfach für unvereinbar mit der Grundrechtecharta der EU erklärt hat.

Um die Anonymität im Netz - beispielsweise auch von investigativen Journalistinnen und Journalisten - zu schützen, sind eine gesetzliche Klarnamenpflicht oder eine digitale Ausweispflicht für uns Freie Demokraten ebenfalls keine Optionen.

Recht auf Verschlüsselung

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein Recht auf Verschlüsselung von elektronischer Kommunikation ein. Bei der Verschlüsselung von Daten und des Netzverkehrs geht es um den Schutz des Eigentums, der Privatsphäre und der Vertraulichkeit der Kommunikation. Jede Einschränkung des Einsatzes von Kryptographie und jede Verpflichtung zum Offenhalten von IT-Sicherheitslücken, etwa mittels Quellen-Telekommunikationsüberwachung (sog. „Staatstrojaner“) lehnen wir daher ab. Einen Zwang zur Passwortherausgabe darf es eben so wenig geben.

Privates Feuerwerk in Bremen und Bremerhaven weiter ermöglichen

Millionen von Familien sollen weiterhin verantwortungsvoll ihre jährliche Silvestertradition begehen können und privat Feuerwerk zünden dürfen. Wir Freie Demokraten lehnen daher ein Verbot von Feuerwerk an Silvester ab. Die Erfahrung zeigt, dass die meisten schädlichen Auswirkungen im Umgang mit Feuerwerk durch bereits heute illegale Böller entstehen. Es ist zu befürchten, dass durch ein Verbot des legalen Feuerwerks solche illegalen Böller mit einem hohen Gefährdungspotenzial stärker genutzt werden.

Für ein Waffenrecht mit Augenmaß

Wir Freie Demokraten lehnen eine weitere Verschärfung des bereits sehr strengen Waffenrechts in Deutschland ab. Die vielen Besitzerinnen und Besitzer von legalen Schusswaffen gehen bereits heute sehr verantwortungsvoll mit ihren Schusswaffen um. Gerade die Jägerinnen und Jäger leisten einen wichtigen Beitrag für unser Ökosystem. Vielmehr muss die Durchsetzung der vorhandenen Vorschriften verbessert werden. Hierzu müssen die Waffenbehörden und Kommunen besser ausgestattet werden. Außerdem sollte in Zukunft im Lagebild explizit ausgewiesen werden, ob eine Straftat mit einer legalen oder einer illegalen Waffe begangen wurde.

Kein Hund ist illegal - Sachkundenachweis statt Rasseliste im Hunderecht

Wir Freie Demokraten befürworten ein Hundegesetz, welches die Gefahr im Umgang mit allen Hunderassen berücksichtigt. Für die Sozialisierung, Tierschutzaspekte und die Gefährlichkeit der Hunde für ihre Umgebung ist ihr jeweiliger Halter verantwortlich. Auf der einen Seite kann ein den derzeit im Land Bremen verbotenen Rassen zugehöriges Tier sehr wohl zu einem zuverlässigen und sozialverträglichen Begleiter erzogen werden. Auf der anderen Seite kann ein einer vermeintlich harmlosen Rasse angehöriges Tier zu einer Gefahr für alle und auch sich selbst getrimmt werden. Ein Hundegesetz hat sich daher entsprechend auf die Verantwortung des Halters und nicht die Rasse des Hundes zu fokussieren. Ein Sachkundenachweis der Halterinnen und Halter über die Befähigung zum artgerechten Halten und Führen von Hunden, bereits vor der Erstanschaffung eines Hundes ist nach Ansicht von uns Freie Demokraten auch im Land Bremen notwendig. Auf diese Weise wird nicht nur die Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger gefördert, sondern auch der Tierschutz. Der Erwerb

eines Sachkundenachweis ist, unter Berücksichtigung der Belastung von Hundehalterinnen und -haltern durch Hundesteuer und Versicherung, möglichst kostengerecht und unbürokratisch zu gestalten.

Klare Kante gegen Extremismus

Die Zahl extremistisch motivierter Straftaten steigt im Land Bremen seit Jahren an. Für uns als Freie Demokraten ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht verhandelbar. Wir wollen die Demokratie im 360 Grad Winkel schützen, ohne Scheuklappen auf der einen oder anderen Seite. Politischen Extremismus von Rechts- bis Linksextremismus lehnen wir daher ebenso ab wie religiös oder nationalistisch motivierten Extremismus. Ein besonderes Augenmerk ist auf die zunehmende Verbreitung von Verschwörungsideologien zu legen, welche den Nährboden für alle Formen des Extremismus legen können.

Rechtsextremismus und Rassismus

Die größte Gefahr für die Demokratie ist der Rechtsextremismus. Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Die Beobachtung rechtsextremer Gefährderinnen und Gefährder muss zügig intensiviert werden. Die Bremer Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. Für Menschen mit gefährlichen rechtsextremen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.

Linksextremismus

Den Anstieg linksextremer Straftaten in Bremen in den letzten Jahren beobachten wir Freie Demokraten mit großer Sorge. Wir machen uns daher für ein konsequenteres Vorgehen gegen linksextremistisch motivierte Kriminalität stark. Dazu fordern wir zunächst von allen politischen und gesellschaftlichen Akteuren ein, ihrer Verantwortung und Vorbildfunktion für Demokratie und Debattenkultur gerecht zu werden und sich von linksextremistischen Bestrebungen, Aktionen und Symbolen klar zu distanzieren. Allen Organisationen, die mit linksextremen Gruppierungen kooperieren, sind staatliche Fördergelder zu streichen. Darüber hinaus wollen wir ein sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt zu den Radikalisierungsprozessen im linken Milieu anregen. Die Beratungsstelle für Aussteiger aus der linksextremistischen Szene in Bremen wollen wir ausbauen.

Antisemitismus

Für uns Freie Demokraten gehört jüdisches Leben selbstverständlich zu unserer Kultur. Jüdinnen und Juden sind bereichernde Teile unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass das „Nie wieder!“ nicht bloß eine hohle Phrase ist, sondern setzen uns aktiv gegen jede Art von Antisemitismus ein.

Dies beginnt mit der korrekten Erfassung antisemitischer Straftaten. Hierbei ist zwischen Antisemitismus und dem linken, rechten und islamistischen Milieu zu unterscheiden. Wir fordern, dass sich dies auch in der Statistik des Verfassungsschutzberichts entsprechend widerspiegelt. Denn nur so können auch zielgerichtete Präventions- und Aussteigerangebote geschaffen werden.

Wir fordern eine Meldepflicht für antisemitische Vorfälle an Schulen nach dem Vorbild von u.a. Hessen, Berlin und Baden-Württemberg und folgen damit der Forderung des Antisemitismus-Beauftragten des Bundes. Der Mechanismus dafür muss behördlich organisiert und gebündelt werden, gleichzeitig müssen die

Hilfsangebote aber unbürokratisch und schnell abrufbar für die Schulen sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Zusammenarbeit mit offen antiisraelischen und antisemitischen Vereinen, Moscheen und Organisationen auf Stadt- und Landesebene beendet wird und diese auch keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten. Aufrufe zur Zerstörung Israels und Hass gegen Jüdinnen und Juden wurzeln oft hier und münden in antisemitischen Aufmärschen mit hunderten Teilnehmern.

Islamismus

Wir Freie Demokraten unterstützen Projekte, die Radikalisierungen im islamistischen Bereich verhindern helfen und bereits Radikalisierten Ausstiegsperspektiven bieten. Wir wollen das Aufklärungsangebot in Schulen dahingehend ausweiten.

Moschee-Gemeinden, die den Terrorismus unterstützen, sind der Förderung durch öffentliche Gelder zu entziehen. Als ultima ratio sind ggf. Vereinsverbote zu prüfen.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die Ausbildung von Imamen zu legen. An staatlichen Universitäten sollte es vermehrt die Möglichkeit geben, eine Imamausbildung auf dem Boden des Grundgesetzes abzulegen. Hiermit wollen wir eine Alternative dazu schaffen, dass die Imamausbildung in einigen Fällen durch ausländische Staaten beeinflusst werden kann. Dies hilft auch der großen Mehrheit an Muslimen im Land Bremen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung respektieren und mit radikalen Ideologien nichts gemein haben.

Integration und Flucht

Integration

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass das Land Bremen der Aufgabe der Integration, ausgehend von seiner Tradition und der Struktur der Bevölkerung, gewachsen ist. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gehören seit Jahrhunderten zu weltoffenen Städten wie Bremen und Bremerhaven. Wir wollen eine Integrationspolitik, die Vielfalt begrüßt und daher Einwanderinnen und Einwanderer einlädt, Teil unserer Gesellschaft zu werden, ihnen aber auch eine eigene Integrationsleistung abverlangt. Sprach- und Integrationskurse müssen daher vom ersten Tag an flächendeckend und kostenlos angeboten, aber auch angenommen werden. Ziel der Integrationskurse muss es vor allem sein, den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Demokratie zu vermitteln, insbesondere die Gleichheit von Frau und Mann, die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten, sowie die Toleranz gegenüber allen Formen des Glaubens und des Nichtglaubens. Zu einer gelungenen Integration gehört auch eine höhere soziale und kulturelle Vielfalt in den Stadtteilen.

Damit sich gerade in sozial schwächeren Stadtteilen aufgrund geringerer Wohnkosten keine ethnisch abgeschotteten Gemeinden bilden, fordern wir, dass Sozial-, Bildungs- und Bauressort enger zusammenarbeiten, um auch mit den Mitteln der Wohnungs- und Bildungspolitik eine höhere soziale und kulturelle Vielfalt durch gezielte Gegenmaßnahmen zu erreichen. Ein wichtiger Baustein hierfür sind besondere Fördermittel für Schulen in Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, aber auch ausreichend KiTa-Plätze. Auch der öffentliche Wohnungsbau kann hierzu beitragen. Eine pauschale Sozialquote

lehnen wir in diesem Zusammenhang ab, da sie gerade in ohnehin schon sozial geschwächten Stadtteilen zu einer weiteren Verschlechterung führt.

Humanität und Ordnung für Flüchtlinge in Bremen

Für uns Freie Demokraten ist das Grundrecht auf Asyl nicht verhandelbar. Wir stehen zur historischen und humanitären Verpflichtung zur Aufnahme von Asylsuchenden. Wir begrüßen die unbürokratische Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, beispielsweise aus der Ukraine. Wir fordern, dass bei Kriegsflüchtlingen grundsätzlich ein unbürokratischer Aufenthalt für eine begrenzte Zeit möglich ist. Besonders vulnerable Gruppen wollen wir besser schützen, damit beispielsweise ankommende Frauen und Kinder nicht in die Hände von Kriminellen geraten. An Bahnhöfen mit hohem Flüchtlingsaufkommen wollen wir daher die Polizeipräsenz erhöhen und Schutzzonen einrichten.

Damit sich das Land Bremen auf die Aufgabe der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und die Integration konzentrieren kann, wollen wir die Kompetenzen von Bund und Ländern klarer trennen. Der Bund sollte für alle Fragen des Schutzstatus und der Beendigung des Aufenthaltes einschließlich der Abschiebung zuständig sein. Hierbei fordern wir eine lückenlose Registrierung aller Ankömmlinge an der Grenze. Vollzugsdefizite darf es hier nicht geben.

Das Land Bremen beherbergt derzeit deutlich mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, als es nach dem Königsteiner Schlüssel müsste. Hierdurch entstehen Mehrkosten von ca. 27,5 Mio. Euro. Aus unserer Sicht ist es nicht nachvollziehbar, wieso ausgerechnet Bremen als Haushaltsnotlageland überproportionale Lasten tragen sollte. Wir fordern daher eine Umverteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf andere Bundesländer, bis die nach dem Königsteiner Schlüssel erforderliche Zahl nicht mehr überschritten wird.

Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehört schließlich auch eine konsequente Durchsetzung der Ausreisepflichtung durch Abschiebung, solange weder Folter noch Todesstrafe drohen, und die Schaffung von ausreichend Abschiebehaftplätzen.

Justiz

Justiz entlasten

Wir Freie Demokraten machen uns dafür stark, dass die Justiz personell und sachlich stets gut ausgestattet ist. Wir wollen daher zusätzliche Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schaffen und qualifiziertes Personal für den Dienst in der Bremer Justiz gewinnen.

Insbesondere bei der Staatsanwaltschaft besteht dahingehend dringender Handlungsbedarf. Wir wollen die erhebliche Personallücke in der Staatsanwaltschaft unter Zugrundlegung des Personalbedarfsberechnungssystems (PEBB\$Y) schnellstmöglich schließen. Hierzu ist die Vergütung und Besoldung konkurrenzfähig auszugestalten.

Auch der Personalmangel in der Justizverwaltung ist durch die Bereitstellung zusätzlicher Stellen zu beheben, damit sich Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

In der Bundesregierung treiben wir Freie Demokraten zur Entlastung der Justiz u.a. die Legalisierung von Cannabis voran. Die hierdurch freiwerdenden Kapazitäten sind dementsprechend zur Verbesserung der PEBB§Y-Quote einzusetzen.

Digitalisierung der Justiz

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung der Justiz weiter vorantreiben. Die digitale Kommunikation aller Verfahrensbeteiligten muss endlich zum Regelfall werden. Wir wollen daher alle Gerichte und Staatsanwaltschaften in Bremen bis zum Ende der kommenden Wahlperiode auf eine elektronische Aktenführung umstellen und hierbei derzeit bestehende Medienbrüche, insbesondere in der Zusammenarbeit mit allen Justiz-, Polizei- und Verwaltungsbehörden, sowie den rechtsberatenden Berufen möglichst umfassend beseitigen. Zu einer konsequenten Digitalisierung der Justiz gehört auch die Sicherstellung der erforderlichen Ausstattung aller Dienststellen mit IT-Technik und IT-Personal, sowie die nötige Fortbildung der gesamten Mitarbeiterschaft. Ein besonderes Augenmerk ist hier auf Datensicherheit und Cybersecurity zu legen. Mit Ausnahme von Strafverfahren wollen wir auch die Möglichkeit der Online-Verhandlungen stärken. Wir wollen die audiovisuelle Aufzeichnung von Verfahren ermöglichen.

Beschleunigung von (Jugend-)Strafverfahren

Wir Freie Demokraten wollen kriminelle Karrieren beenden, bevor sie entstehen. Jugendkriminalität erfordert ein entschlossenes und aufeinander abgestimmtes Handeln aller beteiligten Behörden, denn eine schnelle staatliche Reaktion auf kriminelles Verhalten hat die höchste erzieherische Wirkung auf Täterinnen und Täter und verhindert am effektivsten weitere Taten. Hierzu wollen wir darauf hinwirken, dass in geeigneten Fällen vermehrt die Möglichkeiten der Strafprozessordnung und des Jugendgerichtsgesetzes genutzt werden, um beschleunigte Verfahren durchzuführen. Hierbei sollen geeignete Fälle von allen beteiligten Stellen, also Polizei, Jugendgerichtshilfe, Staatsanwaltschaft und Gericht, möglichst koordiniert und priorisiert bearbeitet werden. Hierbei werden Verfahrensvereinfachungen genutzt, die das Jugendgerichtsgesetz ermöglicht, wodurch geeignete Fälle ähnlich wie eine Haftsache beschleunigt behandelt werden können. Ein Termin zur Hauptverhandlung des Falls soll möglichst kurzfristig anberaumt werden. Verhandelt werden kann auch im Richterbüro und sogar ohne die Staatsanwaltschaft. Hierfür eignen sich Fälle, in denen die Beweislage einigermaßen klar ist, etwa weil ein Geständnis vorliegt oder weil wenige Zeuginnen und Zeugen ausreichen, um den Fall zu bewerten. Schwerere Gewalttaten gegen Personen oder Fälle, die schwieriger aufzuklären sind, müssen hingegen im Normalverfahren behandelt werden. Außerdem darf das Gericht in vereinfachten Jugendverfahren im Urteil keine Jugendstrafe verhängen und den Täter auch nicht in eine Erziehungsanstalt einweisen.

Haus des Jugendrechts auch in der Stadt Bremen

Um die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe zu verbessern, haben wir in Bremerhaven bereits ein „Haus des Jugendrechts“ eingerichtet. Ein solches wollen wir auch in der Stadt Bremen einrichten. Das Haus des Jugendrechts fungiert als Koordinierungsstelle zwischen den beteiligten Behörden und erleichtert damit das schnelle, priorisierte und aufeinander abgestimmte Handeln aller beteiligten Behörden, (drohende) kriminelle Karrieren von jungen Menschen möglichst wirksam und schnell zu beenden.

Justizvollzug modernisieren

Aus Täterinnen und Tätern sollen keine Wiederholungstäter werden. Ziel des Justizvollzuges ist daher ihre Resozialisierung. Diese kann nur gelingen, wenn genügend Personal in den Justizvollzugsanstalten vorhanden ist. Wir fordern daher eine bessere personelle Ausstattung des Bremer Justizvollzuges, um Täterinnen und Täter aktiv bei der Vorbereitung eines straffreien Lebens nach der Haft unterstützen zu können. Wir wollen darüber hinaus Resozialisierungs- und Rückfallevaluationen durchführen, die den Erfolg einzelner Maßnahmen rückblickend betrachten. Inhaftierte, die als Gefährder eingestuft werden, sollten durch speziell auf die jeweilige Ideologie geschulte Vollzugsbeamte betreut werden und nachweislich erfolgreiche Deradikalisierungsmaßnahmen nutzen. Wenn möglich, sind Gefährder von für Radikalisierung anfällige Gefangenen zu trennen.

Bewährungs-App

Wir wollen in Bremen eine Bewährungs-App einführen. Hiermit sollen zu einer vorbehaltenen Geld- oder Bewährungsstrafe verurteilte, vorzeitig entlassene oder unter Führungsaufsicht stehende Straftäterinnen und Straftäter Mitteilungen der Behörden, insbesondere der Bewährungshilfe, erhalten und an Termine und/oder gerichtliche Auflagen erinnert werden. Hierdurch können Menschen erreicht werden, die z.B. wegen Wohnungslosigkeit auf postalischem oder telefonischem Wege nicht oder nur eingeschränkt zu erreichen sind. Mit der Bewährungs-App kann das häufig mit multiplen Problemlagen behaftete, schwer erreichbare Klientel der Straffälligen zukünftig wirksam erreicht, rechtzeitig an ihre Aufgabe, Termine und Pflichten erinnert und so deren Haft vermieden werden. Dadurch sollen vermeidbare Bewährungswiderrufe (§§ 56f, 59b StGB) und damit für das Land Bremen kostspielige Inhaftierungen vermieden werden.

Reform der juristischen Ausbildung

Wir Freie Demokraten wollen den Standort Bremen für angehende Juristinnen und Juristen attraktiver machen, denn Bremen ist auf ausreichend qualifizierten Nachwuchs angewiesen und steht hierbei im Wettbewerb mit anderen Bundesländern.

Hierzu wollen wir die juristische Ausbildung verbessern. Die Einführung eines integrierten Bachelors (LL.B.) in das Jurastudium unterstützen wir. Außerdem wollen wir das bereits in anderen Bundesländern erfolgreich eingeführte E-Examen auch in Bremen für beide juristische Staatsexamina einführen. Die Regelstudienzeit des Jurastudiums wollen wir an die durchschnittliche Studiendauer (derzeit 11 Semester) angleichen, damit der Bafög-Anspruch nicht kurz vor dem ersten Staatsexamen erlischt. Ein Verbesserungsversuch sollte auch dann möglich sein, wenn man den sog. Freischuss nicht wahrgenommen hat. Die Verwaltungsgebühren für den Verbesserungsversuch wollen wir abschaffen und damit echte Chancengleichheit erreichen.

Die Zahl der Referendarplätze in Bremen wollen wir erhöhen, um qualifizierte Juristinnen und Juristen nicht bereits nach dem ersten Staatsexamen nach Niedersachsen zu verlieren. Darüber hinaus müssen Referendarinnen und Referendare mehr finanzielle Unabhängigkeit erhalten. Die Unterhaltsbeihilfen müssen hierzu deutlich angehoben und an das Richter Gehalt gekoppelt werden (50 Prozent von R1), damit die Referendare gerade in Zeiten von Inflation nicht weiterhin von der allgemeinen Lohnentwicklung abgeschnitten sind. Die Zuverdienstgrenzen wollen wir streichen. Die Ausbildungsordnung des zweiten Staatsexamens wollen wir

flexibler und realitätsnäher gestalten. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir die Möglichkeit eines Teilzeit-Referendariats einführen.

Demokratie

Reform des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Wir Freie Demokraten betrachten den Zustand des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (im Folgenden: ÖRR) mit großer Sorge. Dieser befindet sich aktuell in seiner wohl größten Vertrauenskrise seit seiner Gründung. Nach einer repräsentativen Umfrage des Ipsos-Instituts sprechen sich nur 30% für den Fortbestand des ÖRR in seiner aktuellen Form aus. Wenn jetzt nicht alle beteiligten Akteure schnell und entschlossen handeln, ist die Zukunft des ÖRR ernsthaft gefährdet. Diese Gefahr nehmen wir Freie Demokraten sehr ernst, denn der ÖRR ist ein Kernbestandteil unseres dualen Mediensystems, das sich aus unserer Sicht grundsätzlich bewährt hat. Hierbei soll der ÖRR die Aufgabe eines unabhängigen, faktenbasierten Journalismus mit höchsten Qualitätsstandards erfüllen. Gerade in Zeiten, in denen unsere Demokratie mit gezielten Desinformationskampagnen durch autokratische Regime auf die Probe gestellt wird, ist der ÖRR eine unverzichtbare Größe. Deshalb wollen wir Freie Demokraten die demokratiestärkende Funktion des ÖRR weiter ausbauen.

Der ÖRR soll sich in Zukunft auf die für die Demokratie entscheidenden Aufgaben konzentrieren: Information und Bildung. Unterhaltung wollen wir aus dem Auftrag des ÖRR streichen. Im Bereich Sport soll sich der ÖRR in Zukunft auf Sportereignisse aus dem Amateurbereich anstatt auf sportliche Großereignisse wie z.B. die WM in Katar konzentrieren, die auch von privaten Anbietern übertragen werden können.

Wir wollen den ÖRR umstrukturieren und verschlanken. Der Unterhaltungsbereich könnte nach unserer Vorstellung etwa in einen oder mehrere privatwirtschaftlich geführte Fernsehsender überführt werden und sich dann im freien Wettbewerb mit den Privatsendern behaupten. Doppel- und Mehrfachstrukturen sind abzubauen. Es genügt in Zukunft ein bundesweiter linearer Fernsehsender und eine Mediathek. Die Aufgaben zwischen regionalen und bundesweiten Inhalten sollen klarer verteilt werden. Regionale Informationsangebote wie etwa „butenunbinnen“ wollen wir dabei stärken.

Als Freie Demokraten stehen wir für Meinungsvielfalt und fairen Wettbewerb. Daher wollen wir der Wettbewerbsverzerrung zulasten privater Medienhäuser ein Ende setzen und damit die Medien- und Meinungsvielfalt im Land Bremen erhalten. Hierzu ist der Auftrag des Radio Bremen Gesetzes dahingehend zu schärfen, dass sich die Ausspielung der Inhalte im Internet in Zukunft ausschließlich auf Audio und Video konzentriert.

Der Rundfunkbeitrag ist mittels Auftrags- und Strukturreformen abzusenken. Langfristiges Ziel muss sein, den ÖRR so weit zu verschlanken, dass der Rundfunkbeitrag nicht mehr als 10€ im Monat betragen muss. Auszubildende, Studierende, Freiwilligendienstleistende, freiwillig Wehrdienstleistende, sowie Schülerinnen und Schüler wollen wir vom Rundfunkbeitrag befreien. Die Gehalts- und Versorgungsstrukturen des ÖRR sind an das Niveau der Privatwirtschaft anzugleichen.

Zudem soll der ÖRR demokratischer und transparenter werden. Wir wollen daher die Zusammensetzung des Rundfunkrats ändern. Ein Teil der Mitglieder des Rundfunkrats soll in Zukunft direkt von den Beitragszahlerinnen und -zahlern gewählt werden, wie etwa bei der Handelskammer auch. Dies führt zu mehr Sichtbarkeit

des Rundfunkrats in der Bevölkerung, einer höheren Motivation der Rundfunkratsmitglieder und einer höheren Qualität durch demokratischen Wettbewerb. Ein weiterer Teil der Rundfunkratsmitglieder soll in Zukunft aus unabhängigen Dritten bestehen, die die nötige fachliche Expertise einbringen.

Magistratsreform in Bremerhaven

Wir Freie Demokraten setzen uns weiter für eine Reform des Magistrats in Bremerhaven ein. Damit wollen wir die demokratischen Strukturen in Bremerhaven nachvollziehbarer machen. Wer regiert, soll auch den Magistrat stellen. Wichtigste Punkte bleiben die Anpassung der Amtszeit der Magistratsmitglieder an die Legislatur der Stadtverordnetenversammlung, der Verzicht auf die Verpflichtung eines Volljuristen im Magistrat und der Verzicht auf Ausschreibungen der Magistratsmitglieder. Auch auf ehrenamtliche Magistratsmitglieder kann zukünftig verzichtet werden. Dadurch werden die Regierenden gestärkt und die Spitzenkandidaten der Parteien streiten um das Amt des Oberbürgermeisters. Auf der anderen Seite wollen wir auch die Opposition stärken. Außerdem sollen Ausschüsse in Zukunft von Stadtverordneten und nicht weiter von Magistratsmitgliedern geleitet werden. Sollte die Magistratsreform scheitern, werden wir uns für die Direktwahl des Oberbürgermeisters einsetzen.

Direktwahl der Ortsamtsleiter

Wir Freie Demokraten trauen den Menschen in unserem Bundesland zu, wichtige Entscheidungen selbst zu treffen. Deshalb wollen wir auch ein Mehr an Demokratie erreichen. Wir wollen daher die Direktwahl der Ortsamtsleiter in Bremen einführen. Die Wahlperioden sollen sich an denen der Bürgerschaft orientieren. Ziel ist eine Direktwahl bereits bei den nächsten Wahlen.

Zurück zu den Parlamenten, weg von den Eigenbetrieben

Wir Freie Demokraten wollen für die Politik in Bremen und Bremerhaven ein Höchstmaß an Offenheit und Transparenz. Politik muss wieder dort stattfinden, wo sie in einer Demokratie hingehört: Im Parlament. Entscheidungen müssen wieder in der Bürgerschaft oder der Stadtverordnetenversammlung getroffen und anschließend von der Verwaltung ausgeführt werden. Der Gesamtkonzern Bremen/Bremerhaven mit seinen zahlreichen Eigenbetrieben, Gesellschaften und seiner Verwaltung muss einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Die Zielsetzung hierbei muss es sein, eine transparente, demokratische und kostengünstige Struktur zu erreichen. In diesem Zuge muss auch überprüft werden, welche Aufgaben besser von der Privatwirtschaft selbst und ohne Eingriffe durch den Staat erfüllt werden können. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Dort, wo weiterhin Gesellschaften bleiben, wollen wir als liberale Partei darauf hinwirken, dass Fachleute in der Führung berücksichtigt werden.

Mehr Praxiskompetenz in die Aufsichts- und Verwaltungsräte

Bisher besetzen sowohl die Stadt als auch das Land Bremen sowie Bremerhaven die Aufsichts- und Verwaltungsräte ihrer Gesellschaften hauptsächlich mit Politikerinnen und Politikern sowie Fachbeamtinnen und Fachbeamten. Expertinnen und Experten aus der Praxis sind eine Ausnahmerecheinung in den entsprechenden Gremien. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass in den Aufsichts- und Verwaltungsräten zukünftig die Hälfte der durch die öffentliche Hand zu besetzenden Sitze von Expertinnen und Experten aus der Praxis

besetzt werden.

Das Parlament stärken - wissenschaftlichen Dienst einrichten

Die wichtigste Aufgabe der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) ist die Kontrolle des Senats. Die Bremische Bürgerschaft als Institution sowie die Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft müssen so ausgestattet sein, dass sie dieser wichtigen Aufgabe für die Demokratie nachkommen können. Derzeit hat der Senat auf Grund der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen entscheidenden Vorteil. Deshalb wollen wir den juristischen Dienst bei der Bremischen Bürgerschaft stärken und ihn zu einem echten wissenschaftlichen Dienst ausbauen.

Parlamentsrechte stärken – Ausschüsse statt Deputationen

Wir Freie Demokraten wollen die Umwandlung der staatlichen und städtischen Deputationen in echte Parlamentsausschüsse. Parlamentsausschüsse sind unabhängig von der Verwaltung und daher besser zur Kontrolle der Senatspolitik geeignet. So wollen wir Freie Demokraten alle Verwaltungsbereiche unter die volle parlamentarische Kontrolle stellen.

Parlamentsrechte stärken - mehr inhaltliche Arbeit in den Ausschüssen

Die Ausschüsse und Deputationen in der Bremischen Bürgerschaft befassen sich so gut wie nie mit politischen Anträgen von Opposition und Regierung. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Überweisung von Anträgen und Gesetzen zum Regelfall wird. Eine Überweisung soll nur dann nicht stattfinden, wenn dies mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt wird oder dies die antragstellende Fraktion verlangt.

Stärkung von Beiräten und Stadtteilkonferenzen

In Bremen bestehen demokratisch gewählte Beiräte in den Stadtteilen, während Bremerhaven über gut organisierte, aktive Stadtteilkonferenzen und Bürgervereine verfügt. Alle Vertreter wissen um die Probleme und Bedürfnisse der dort lebenden Menschen und setzen sich engagiert für Veränderungen ein. Deshalb wollen wir Freie Demokraten die Beiräte und Stadtteilkonferenzen stärken und sie früher bei Entscheidungen in Angelegenheiten von Stadtteilentwicklung, Verkehr, Kultur und Sozialem einbeziehen. Dazu gehört auch, dass wir die Identität der Stadtteile mit entsprechendem Marketing ausbauen und in bevorstehende Stadtmarketing-Maßnahmen einbinden werden.

Mehr Transparenz durch Digitalisierung in der Beiratsarbeit

Wir Freie Demokraten treten aktiv dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger auf Entscheidungen in den Beiräten der Stadt Bremen Einfluss nehmen und diese auch nachvollziehen kann. Wir Freie Demokraten wollen daher die Beiratsarbeit digitaler, moderner und transparenter machen. Bisher gibt es für interessierte Bürgerinnen und Bürger nicht immer die Möglichkeit, gezielt nach Themen und Inhalten zu suchen, da die öffentlich verfügbare Suchfunktion nicht in allen Ortsämtern gleichermaßen gut gepflegt wird. Wir wollen daher ein einheitliches digitales Informations- und Suchsystem zu Vorgängen aus der kommunalen Beiratsarbeit für alle Bremer Bürgerinnen und Bürger einrichten. Gegebenenfalls sind den Ortsämtern hierzu Mittel und Personal zur Verfügung zu stellen. Transparenz und Demokratie sollten uns etwas wert sein. Dass moderne, transparente Beteiligung und Information über kommunale Vorgänge möglich wäre, zeigen etliche

positive Beispiele von Ratsinformationssystemen aus vielen Kommunen Deutschlands, in denen dies bereits Standard ist.

Geloste Bürgerforen für Bremerhaven

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur repräsentativen Demokratie. Die zentralen Orte der Diskussion und Entscheidung sind unsere Parlamente – in Bremerhaven die Stadtverordnetenversammlung. Auch die repräsentative Demokratie gewinnt aber durch neue Instrumente der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger außerhalb von Wahlen. Deswegen wollen wir mehr Bürgerbeteiligung unter anderem durch die Schaffung von per Losverfahren besetzten Bürgerforen, die thematisch oder stadtteilbezogen die Stadtverordneten beraten. Stets muss dabei unmissverständlich klargestellt sein, dass nur die Stadtverordnetenversammlung als demokratisch gewähltes Stadtparlament legitimierte Entscheidungen trifft. Deswegen ist der Beratungsauftrag der Bürgerforen klar einzugrenzen und die Erwartungen sind klar zu definieren.

Wir Freie Demokraten sehen den Mehrwert von Bürgerforen darin, dass Bürgerinnen und Bürger sich sachlich mit Vorhaben befassen und die eigene Urteilskraft verbessern. Stadtverordnete werden durch die Einschätzungen, Erfahrungen und Ideen der gelosten Mitglieder des Bürgerforums besser informiert. Die Begegnung und direkte Auseinandersetzung mit Anderen macht Demokratie erlebbar und bindet durch das Losverfahren Menschen ein, die sich vielleicht nicht von sich aus am politischen Prozess beteiligen.

Kapitel 10: Zeigen wir, wie Soziales und Inklusion geht

Wir Freie Demokraten stehen für ein selbstbestimmtes Leben ohne Verbote. Wen man liebt, was man sagt, an was man glaubt und wo man wohnt, entscheidet jeder Mensch selbst. Wir treten daher für eine Gesellschaft ein, in der jeder Mensch unabhängig von Alter, Herkunft, körperlicher oder psychischer Einschränkungen, Aussehen, Religion, geschlechtlicher und sexueller Identität oder politischen Ansichten frei leben kann. Menschenrechte, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind für unser Zusammenleben unverzichtbar. Daher fordern wir gleiche Freiheitsrechte für alle Menschen im Land Bremen.

Soziales

Freiheitsrechte von LGBTQIA+ stärken

Wir Freie Demokraten fordern eine Null-Toleranz-Politik gegen Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen/Transgender-, queeren, intersexuellen und asexuellen Menschen und allen weiteren Sexualitäten und Geschlechtern (im Folgenden: LGBTQIA+). Hierzu sollen staatliche, kirchliche und andere nicht-staatliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für Toleranz und Akzeptanz sensibilisiert werden. Zudem soll zusätzliche Präventivarbeit in Schulen, Erziehungs-, Bildungs- und öffentlichen Freizeiteinrichtungen stattfinden. In Schulen soll die technische Möglichkeit zur Verwendung pädagogischer Namen eingeführt werden, die nicht dem standesrechtlichen Namen entsprechen müssen.

Gewalt gegen LGBTQIA+ gilt es zu verhindern und wenn sie auftritt, konsequent zu verfolgen. Dies gilt nicht nur für körperliche Gewalt, sondern insbesondere auch für Hasskriminalität in Form von Beleidigung, Volksverhetzung und ähnlicher Delikte. Solche Straftaten sollen auch entsprechend in der Statistik als LSBTI- feindliche Taten aufgeführt werden. Wir Freie Demokraten wollen genügend

Anlaufstellen und Schutzwohnungen für LGBTQIA+-Menschen schaffen. Durch gut und bedarfsgerecht ausgestattete Hilfestellen wollen wir Gewaltprävention in allen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens ermöglichen. Dies gilt insbesondere für sozial schwierige Stadtteile.

Wir Freie Demokraten wollen ein buntes und vielfältiges Stadtbild, welches auch von der bunten und vielfältigen Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven geprägt werden soll. Die Sichtbarkeit der LGBTQIA+-Community wollen wir durch die Förderung von „Community-Spaces“, welche öffentlichkeitswirksam Raum für die freie Entfaltung einer weltoffenen LGBTQIA+-Kultur bieten, erhöhen. Das politische Engagement von LGBTQIA+ wollen wir fördern, indem Interessensvertretungen und Selbstorganisation für eine Förderung von LGBTQIA+- Rechten von den Freie Demokraten ideell unterstützt werden.

Schutz vor Diskriminierung:

Wir fordern die Erweiterung des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität, sowie den Begriff "Rasse" durch eine zeitgemäße und angemessene Formulierung zu ersetzen. Im Art. 2 Abs. 2 Landesverfassung der Freie Hansestadt Bremen fordern wir ebenfalls den Begriff "Rasse" zu ersetzen. Jeder Mensch hat unveräußerliche, zu schützende Recht auf körperliche Integrität und sexuelle Selbstbestimmung. Umgekehrt ist es dem Staat verwehrt, moralisierende Auffassungen von Sexualität durchzusetzen.

Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung ist zu verbessern.

Staatskirchenrecht zu Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln

Langfristig wollen wir Freie Demokraten das Staatskirchenrecht zu einem Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln. Es soll einen passenden rechtlichen Status bieten für alle Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder anerkennen.

Gleichberechtigung für Frauen, Familien und Jugendliche

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Gleichberechtigung aller Geschlechter ein. Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben mit einem individuellen Lebensentwurf. Wer seinen eigenen individuellen Lebensentwurf finden und leben will, der braucht alle Angebote: Von flexibler Kinderbetreuung über Ausbildung in Teilzeit bis zu modernen Arbeitsformen. Der Staat hat die Aufgabe, die Gleichberechtigung durch die Bereitstellung gerechter Chancen sicherzustellen. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Wir Freie Demokraten begrüßen unbürokratische Methoden, die zur Transparenz der Lohnlücke beitragen.

Offene Kinder und Jugendarbeit (OKJA)

Die „Offene Kinder und Jugendarbeit“ ist ein bewährtes Instrument für alle jungen Menschen in sozialen Brennpunkten. Es beugt Kriminalität und Perspektivlosigkeit Jugendlicher vor und fördert die soziale Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Ferner trug es auch dazu bei, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten eine Karriere ihrer eigenen Wahl beginnen und Qualifikationen anstreben wollen.

Getrübt wird diese Arbeit der Jugendhilfe durch ein System, das zu langsam auf veränderte Bedürfnisse und Kostenstrukturen reagiert und Angebote fehlsteuert. Des Weiteren muss eine Planungssicherheit gewährleistet werden und die Einstellung von qualifizierten pädagogische Arbeitskräfte vereinfacht werden.

Die Zukunft des Landes Bremen liegt in der Hand der heutigen Jugendlichen. Jeder kann etwas bewegen und jeder möchte eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben. Deshalb wollen wir diese Mittel stärken und je nach Bedarf flexibel einsetzen.

OKJA - Freizeitangebote für Jugendliche

Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in Bremen werden oft durch eingezäunte Sportanlagen und fehlende Freizeitmöglichkeiten eingeschränkt. Mit Hilfe eines breiten Freizeitangebots kämpfen wir Freie Demokraten für mehr Freiraum zur sinnvollen Freizeitgestaltung. Vergangene Initiativen wie das Freizeitzentrum Buntentor zeigen deutlich das hohe Engagement unserer jungen Bürgerinnen und Bürger. Voraussetzung dafür ist jedoch, ihnen die richtige Struktur zu geben und ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen. Wir arbeiten daran, öffentliche und private Anbieter von Freizeiteinrichtungen und ihre Nutzer besser zu vernetzen, um das Freizeitangebot insgesamt zu verbessern und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zu ermöglichen. Demnach ist auch zu prüfen, wie die ungenutzten Schulräume in den Nachmittags- und Ferienzeiten sinnvoll für diesen Zweck genutzt werden können.

Alleinerziehende stärken

Alleinerziehende verdienen eine bessere Unterstützung. Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dazu zählt eine verlässliche Kinderbetreuung in allen Altersgruppen. Dazu werden wir unter anderem eine Fachkräfteoffensive starten. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass Alleinerziehende und Familien mit Kindern unter anderem eine niedrigere Abgabenlast haben. Als Freie Demokraten fordern wir eine konsequente Eintreibung der Unterhaltsvorschüsse durch das Land Bremen. Im Moment sind es nur 6 Prozent, die von nicht zahlenden Elternteilen eingetrieben werden. Diese Quote muss deutlich erhöht werden.

Derzeit sind über 91 Prozent der Alleinerziehenden im Land Bremen Frauen. Fast die Hälfte der Alleinerziehenden ist ohne Arbeit und 75 Prozent haben keinen Berufsabschluss. Wir starten eine Qualifizierungsoffensive, damit bisher unzureichend qualifizierte Menschen in den Arbeitsmarkt einsteigen können.

Frauen in Arbeit und Ausbildung

Wir Freie Demokraten wollen allen Frauen die Möglichkeiten eröffnen, einer Beschäftigung nachzugehen, um selbstbestimmt leben zu können. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass die Gesellschaft nicht auf die Leistungen von Frauen verzichten kann. Um Kinder und Beruf in Einklang bringen zu können, müssen alternative Ausbildungsmodelle entwickelt werden, z.B. die Modulare Ausbildung oder Teilzeitqualifikationen, und dies möglichst unter Einbeziehung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Bei allen Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ist die Kinderbetreuung unbedingt mitzudenken: Es darf nicht mehr sein, dass Eltern eine Weiterbildungsmaßnahme nicht antreten können oder abbrechen müssen, weil die Kinderbetreuung nicht gewährleistet ist. Deswegen begrüßen wir die kürzlich in Bremen und Bremerhaven eingerichteten Kita-Angebote für Jobcenterkundinnen und -kunden.

Wir wollen das Land Bremen zum Vorzeigebundesland für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland machen. Dazu gehört neben der Verbesserung der Kinderbetreuung auch das Thema „Arbeit der Zukunft“. Bei den Arbeitgebern wollen wir für mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten und dem Arbeitsort werben. Dabei müssen das Land Bremen, seine Kommunen sowie die Eigenbetriebe mit gutem Beispiel vorangehen. Wir Freie Demokraten unterstützen Unternehmen, die ihren Angestellten Weiterbildungsangebote anbieten.

Eine Stärkung der Sozial- und Gesundheitsberufe ist für uns ein zentrales Anliegen, nicht nur weil hier bisher vorrangig Frauen tätig sind. Dafür bedarf es flexibler Arbeitszeiten, ausreichend Ausbildung in allen Gesundheitsberufen und angemessener Kinderbetreuung.

Frauen und Wissenschaft

Wir Freie Demokraten begrüßen die Förderungen von Frauen im wissenschaftlichen Bereich, insbesondere im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Ebenso begrüßen wir die Förderung von Frauen in Führungspositionen im wissenschaftlichen Bereich. Unser Ziel ist es, eine geschlechtergerechte Besetzung von wissenschaftlichen Positionen.

Frauenspezifische Gesundheit

Im Bereich der frauenspezifischen Gesundheit sehen wir Freie Demokraten einen großen Nachholbedarf. Es ist erwiesen, dass die Forschung in der Medizin primär auf das männliche Geschlecht ausgerichtet ist. Insbesondere bei neurologischen und die Entwicklung betreffenden Erkrankungen wie Autismus und ADHS/ADS kommt es so häufig zu Fehldiagnosen. Wir Freie Demokraten fordern daher, dass nicht nur mehr Frauen in der Wissenschaft forschen, sondern auch, dass die Forschung in Bezug auf Medizin und Psychologie mehr auf die frauenspezifische Gesundheit ausgerichtet wird. Wir freuen uns, wenn daran in Bremen und Bremerhaven an Hochschulen und Kliniken geforscht wird.

Zudem fordern wir Freie Demokraten, dass frauenspezifischen Erkrankungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Bessere Aufklärung und Prävention von frauenspezifischen Krebserkrankungen wie Brustkrebs oder Gebärmutterhalskrebs kann Leben retten. Wir wollen, dass mehr Gynäkologen und Gynäkologinnen in Bremen und Bremerhaven arbeiten. Außerdem fordern wir eine kostengünstige, unbürokratische, unkomplizierte und krankenkassenunabhängige psychologische Beratung für alle Frauen, die an einer akuten gynäkologischen Krebserkrankung leiden.

Endometriose ist ebenfalls eine frauenspezifische Erkrankung, die sozial wenig Akzeptanz erfährt. Dies wollen wir ändern. Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung bei Frauen. Frauen mit Endometriose erleben einen hohen Leidensdruck. Endometriose und das damit verbundene Leid erfordert deutlich mehr Akzeptanz in unserer Gesellschaft, vor allem auch im beruflichen Alltag. Wir begrüßen, dass die Forschungsgelder für Endometriose vom Bund erhöht wurden. Wir wollen, dass sie bedarfsgerecht steigen. Wir sehen es als positiv an, wenn hieran an Bremer und Bremerhavener Kliniken geforscht wird. Außerdem fordern wir, dass die Krankenkassen im Falle einer Endometrioseerkrankung die notwendigen Therapien wie operative Eingriffe und Medikamente für die Betroffenen vollständig übernehmen. Zudem fordern wir, dass die Stadt Bremen sich für die Errichtung eines Endometriosebehandlungszentrums vor Ort einsetzt.

Für eine Frau ist es sehr belastend, wenn sie eine Fehlgeburt erleidet. Wir fordern daher eine vom Frauenarzt oder der Frauenärztin empfohlene psychische Unterstützung sowie ausführliche Aufklärungskampagnen über die psychische Belastung durch Fehlgeburten.

Gewalt gegen Frauen und Istanbul-Konvention

Gewaltdelikte gegen Frauen haben 2020 und 2021 kontinuierlich zugenommen. Da Frauen immer häufiger Opfer von häuslicher Gewalt werden, brauchen sie besonderen Schutz. Dazu gehören auch ausreichend Schutzunterkünfte für Frauen inklusive geflüchteter Frauen und Frauen mit Kindern, in denen Frauen im Notfall sofortigen Wohnraum und psychologische Betreuung erhalten. Deswegen wollen wir insbesondere in der Stadt Bremen die Wohnkapazitäten in besserer Qualität erhöhen. Für die Schutzunterkünfte braucht es genügend psychologisches Betreuungspersonal, um Betroffenen von häuslicher Gewalt den bestmögliche Hilfe zu bieten.

Wir begrüßen den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und achten darauf, dass eine konsequente und zügige Umsetzung der dort erwähnten Punkte vollumfänglich und qualitativ hochwertig

stattfindet. Dies schließt unter anderem den Aspekt "Digitale Gewalt gegen Frauen" ein. Dazu gehören Cyberstalking, Cybermobbing, Bedrohung, das sogenannte „Upskirting“ und jegliche Taten, die im digitalen Raum begangen werden. Wir wollen die Forschungsgelder bereitstellen, um ein Strategie- und Präventionskonzept gegen Digitale Gewalt zu entwickeln. Zudem fordern wir, dass für Betroffene von digitaler Gewalt eine Beratungsstelle mit geschultem Fachpersonal eingerichtet wird. Außerdem müssen Lehrkräfte speziell auf das Erkennen digitaler Gewalt geschult werden.

Wir unterstützen das Vorhaben, eine gut erreichbare Gewaltschutzambulanz (GSA) am Klinikum Bremen Mitte einzurichten. Diese soll als zentrale Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter/häuslicher Gewalt dienen. Wir begrüßen, dass in weiteren Stadtteilen Bremens, inklusive Bremen-Nord und in Bremerhaven, zusätzliche Traumaambulanzen eingerichtet werden, die mit der GSA kooperieren, so dass eine flächendeckende Betreuung und Versorgung von Betroffenen gezielt erfolgen kann.

Zukunftswerkstatt Jugend Bremerhaven

Wir Freie Demokraten wollen, dass es in Bremerhaven weiterhin ein vielfältiges und hochwertiges Angebot für Jugendliche gibt. Das Angebot wird von der Stadt selbst, von Vereinen, von Kirchen, von gewerblichen Anbietern und weiteren Institutionen und Einrichtungen gestellt.

Ob die bisherigen Strukturen noch aktuell sind oder ob sie verändert werden müssen, sollte die Politik mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen gemeinsam diskutieren und entscheiden und so ein zukünftiges Angebot erarbeiten.

Nach Vorbild der Zukunftswerkstatt Kultur wollen wir Freie Demokraten, dass ein Zukunftskonzept Jugend erstellt wird. Unser Ziel ist die Abstimmung eines Angebots zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, öffentlichen, privaten und Freie Trägern im Bereich der Jugendarbeit, der Sportanbieter, der Jugendkultureinrichtungen, der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen sowie der Hochschule, der Politik, dem Jugendparlament und der Verwaltung.

Kinderspielplätze und öffentliche Sportplätze kontinuierlich verbessern

Spielplätze und öffentliche Sportplätze sind für viele Kinder oft der einzige Ort, auf denen sie unter freiem Himmel spielen können. Außerdem sind sie auch ein Platz für Treffen und Austausch zwischen jungen Familien. Damit das auch weiterhin attraktiv bleibt, haben wir in Regierungsverantwortung in Bremerhaven ein Kinderspielplatzsanierungsprogramm aufgelegt, um kontinuierlich die notwendigen Instandhaltungen durchzuführen. Dieses Programm wollen wir in Bremen und Bremerhaven fortsetzen, um öffentliche Sportplätze erweitern und auch die Ausweitung von Spielplätzen, inklusive des Spielparks Leherheide, mit neuen Spielgeräten ermöglichen. So werden wir die Spielplätze und öffentliche Sportplätze für die Kinder in Bremen und Bremerhaven noch attraktiver machen.

Chancen für Seniorinnen und Senioren

Miteinander der Generationen

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein gutes Miteinander der Generationen ein und wollen jeder Bürgerin

und jedem Bürger auch im Alter ermöglichen, selbstbestimmt zu leben. Dazu gehört für uns, die soziale Teilhabe älterer Menschen fördern, dass wir uns stärker für das ehrenamtliche Engagement von Senioren einsetzen und für eine konsequente Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sorgen.

Die meisten Menschen wünschen sich, möglichst lange in den eigenen vier Wänden wohnen zu können. Wir Freie Demokraten wollen innovative Wohnformen, Mehrgenerationenhäuser und Senioren-Wohngemeinschaften sowie die Selbst-, Familien- und Nachbarschaftshilfe unterstützen. Der Wohnungsbau muss in eine altersgerechte und barrierefreie Stadtentwicklungsplanung eingebunden sein.

Durch soziale Teilhabe und Partizipation am gesellschaftlichen und kulturellen Leben kann die Lebensqualität und Gesundheit älterer Menschen maßgeblich gestärkt werden. Dazu brauchen Bremen und Bremerhaven geeignete Begegnungs- und Aufenthaltsorte, attraktive Freiflächen und Freizeitangebote.

Insbesondere ältere Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen sind auf vielfältige Unterstützung bei der sozialen Teilhabe angewiesen. Es gilt Wege und Angebote zu etablieren, um auch für diese Menschen die soziale Teilhabe zu fördern und ihrer Vereinsamung und dem Ausgeschlossenheit aus der Gemeinschaft entgegenzuwirken. Wir unterstützen das Modellprojekt der präventiven Hausbesuche als aufsuchende Arbeit, um jene Menschen zu erreichen, die von sich aus nicht den Weg zu einer Beratungseinrichtung finden.

In allen Einrichtungen, in denen Seniorinnen und Senioren leben und zusammentreffen, ist flächendeckend WLAN zur Verfügung zu stellen. Daneben sollen digitale Schulungen in Senioren- und Pflegeeinrichtungen durchgeführt werden. Die Kosten hierfür sollen in den Heimkosten integriert sein. Auch andere entsprechende Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren sollen ausgebaut und weiterentwickelt werden. Die Nutzung digitaler Anwendungen darf weder an fehlender technischer Ausstattung noch an fehlenden Kenntnissen und Fähigkeiten scheitern.

Ehrenamtliches Engagement von Seniorinnen und Senioren

Viele ältere Bürgerinnen und Bürger möchten nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben ihre Fähigkeiten und ihre Erfahrungen der Stadtgesellschaft zur Verfügung stellen. Sie wollen der Gemeinschaft etwas „zurückgeben“. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen unterstützen und sie auch dazu ermutigen, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen. Vieles in unserer Gesellschaft würde ohne das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Senioren nicht funktionieren. Wir Freie Demokraten schätzen und unterstützen dieses Engagement und wollen daher den ehrenamtlichen Einsatz von Senioren anregen und fördern. Wir streben außerdem an, dass ältere Menschen ihre Lebens- und Berufserfahrung durch ehrenamtliche Aufgaben an die nachfolgenden Generationen weitergeben können.

Betreutes Wohnen im Alter

Wir Freie Demokraten wollen Wohn- und Betreuungsangebote für Senioren und Seniorinnen fördern, die auf ein selbstbestimmtes Leben unter der nötigen Betreuung setzen. Diese Wohnangebote bieten durch gegenseitige Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner, ergänzt durch professionelle Betreuung, eine Alternative zu Heimen an. Dadurch sind sie nicht nur kostengünstiger für die Menschen selbst, sondern

entlasten Angehörige, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen. Denn viele ältere Menschen benötigen im Alter zwar Hilfe im Alltag, oft jedoch noch keine umfassende Pflege.

Inklusive Gesellschaft

Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung

Wir Freie Demokraten wollen, dass Menschen mit Handicaps eigenständig und selbstbestimmt leben können - so weit wie individuell möglich und von den Betroffenen selbst gewünscht. Ziel ist eine echte inklusive Gesellschaft, damit eine möglichst uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im alltäglichen Leben ermöglicht wird. Wir wollen für jeden Menschen mit Behinderung einen möglichst hohen, nach individuellen Fähigkeiten erreichbaren Bildungsabschluss. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung eine individuelle, sozialpädagogische Förderung bekommen. Die Barrierefreiheit ist nicht nur baulich, sondern auch in Dokumentation und Kommunikation der öffentlichen Stellen im Land Bremen umzusetzen. Für gehörlose Menschen ist die Gebärdensprache ihre eigene Sprache mit eigener Kultur, die vermehrt an Bremer Schulen gelehrt werden und als vollwertige Sprache anerkannt werden sollte.

Barrierefreiheit

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein. Diese ist insbesondere für Menschen mit Einschränkung und Behinderung, ältere Menschen und Familien mit Kindern erforderlich. Viele Bereiche in Bremen und Bremerhaven, zum Beispiel der Bereich um den Bremer Hauptbahnhof, wollen wir barrierefreier gestalten. Gehwege und Bürgersteige müssen so instandgehalten werden, dass Menschen in Rollstühlen, Eltern mit Kinderwagen oder Menschen mit Gehhilfen sie gefahrlos nutzen können. Ebenso müssen Toiletten im öffentlichen Raum in ausreichender Anzahl barrierefrei sein. Dazu wollen wir barrierefreien Wohnraum stärker fördern. Wir fordern auch den Ausbau der Barrierefreiheit in Dokumentation und Kommunikation. Alle Dokumente und Kommunikationswege zu Behörden im Land Bremen wollen wir barrierefrei. Privatwirtschaftliche Angebote wollen wir auf dem Weg in die Barrierefreiheit unterstützen.

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmte Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Betriebe, die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stellen, sollen zukünftig besser beraten und durch gezielte Maßnahmen unterstützt werden. Dazu wollen wir Freie Demokraten eine gezielte außerschulische Förderung, um Menschen mit einer Behinderung auf die Arbeitswelt vorzubereiten und je nach individuellen Möglichkeiten in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem bedarf es einer besseren Beratung und Arbeitsvermittlung für Menschen mit Behinderung. Die Arbeitsvermittlung sollte begleitend und praxisnah erfolgen. Das Budget für Arbeit werden wir stärken. Beschäftigte in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung bilden ein großes und zu wenig berücksichtigtes Potenzial für den Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft. Deshalb wollen wir ihre Chancen auf eine reguläre Beschäftigung verbessern, indem die Werkstätten stärker als bisher das Ziel verfolgen, die Menschen erfolgreich auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Aktivierende Hilfe für Menschen mit Behinderung

Wir brauchen individuelle, menschnahe und unbürokratische Hilfe für Menschen mit Behinderung. Insbesondere sollten in erster Linie die Menschen und nicht die Behinderung gesehen werden. Eine Behinderung kann sehr unterschiedlich ausgeprägt sein. Daher müssen die Hilfen individuell abgestimmt sein. Dafür brauchen wir, eine bessere Organisation von Förderung und Hilfen in Bremen und Bremerhaven. Eine angemessene Förderung durch Institutionen, die sich ausschließlich um Menschen mit Behinderungen kümmern, wird auch zukünftig notwendig bleiben und muss finanziell entsprechend ausgestattet sein.

Kapitel 11: Zeigen wir, wie Gesundheit und Pflege geht

Wir Freie Demokraten wollen allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sichern. Hierzu wollen wir alle Krankenhäuser im Land Bremen und die medizinische Nahversorgung erhalten. Dem Fachkräftemangel bei Pflegekräften und Hebammen begegnen wir mit einer Verbesserung der Attraktivität der Berufe, der Vereinfachung der Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland und einer Entlastung von Bürokratie durch Digitalisierung. Der psychischen Gesundheit wollen wir endlich die Priorität beimessen, die sie verdient.

Gesundheit

Medizinische Nahversorgung

Wir Freie Demokraten setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass allen Menschen in unseren Städten im Krankheitsfall eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung erhalten bleibt. Alle sollen vom medizinischen Fortschritt profitieren, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko, ihrem Alter, ihrer Herkunft, sowie sprachlichen Barrieren. Es bleibt eine der zentralen Aufgaben von Senat und Magistrat, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass eine ausreichende hausärztliche und fachärztliche Versorgung in allen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens sichergestellt ist. In manchen Stadtteilen existiert aktuell ein Mangel an hausärztlichen und fachärztlichen Praxen. Das wollen wir zwingend ändern, sodass insbesondere nicht mobile Patienten und Patientinnen eine wohnortnahe ärztliche Versorgung erhalten. Wir wollen den vorhandenen Aufnahmestopps in Arztpraxen entgegenwirken, da dies sowohl für Angestellte und Patientinnen und Patienten belastend ist. Wir fordern, dass die kassenärztliche Vereinigung ihrem Auftrag gerecht wird und Bremen und Bremerhaven kleinteilig beplant und die Versorgung sicherstellt. Deswegen wollen wir, dass sie gemeinsam mit dem Gesundheitsressort einen Versorgungsplan erarbeitet, so dass die ungleiche Versorgung mit Arztpraxen ausgeglichen wird.

Der hausärztliche und zahnärztliche Notdienst soll in allen Stadtteilen Bremens kontinuierlich ausgebaut werden. Wir wollen, dass der augenärztliche Notdienst in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven angemessen ausgeweitet wird, damit Patienten und Patientinnen eine Versorgung erfahren, um möglichst in ihrer Stadt eine Versorgung zu erhalten.

Erhalt der ambulanten Versorgung

Ambulante Operationen in Kooperation mit niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen sind für viele Patienten und Patientinnen eine bessere Option als stationäre Eingriffe, da die Erholungsphase zu Hause erfolgen kann. In den letzten Jahren hat sich die Medizin im ambulanten Bereich erheblich weiterentwickelt. Daher achten wir Freie Demokraten darauf, dass bei einem Einstieg oder Ausbau der Kliniken in die ambulante Versorgung die wohnortnahe ärztliche Versorgung durch freiberufliche Ärztinnen und Ärzte erhalten bleibt.

Wir unterstützen dabei den Ausbau von medizinischen Versorgungszentren, die von dort arbeitenden Ärztinnen und Ärzten betrieben werden, genauso wie den Aufbau städtischer und frei-gemeinnütziger Medizinischen

Versorgungszentren (MVZs) in Stadtteilen, in denen Versorgungslücken anders nicht zu schließen sind.

Krankenhäuser im Land Bremen

Wir Freie Demokraten fordern eine längst überfällige grundlegende Bedarfsplanung der Krankenhäuser im Land Bremen, die auch eine Abstimmung der Bremer Kliniken mit dem Bremer Umland umfasst. Darauf basierend wollen wir spätestens 2024 die Landeskrankenhausplanung verabschieden. Diese wird neben der medizinischen Schwerpunktsetzung auch den Abbau von Bürokratie, gezieltere Investitionen, Digitalisierung und verbesserte Kommunikation umfassen. So können wir Angestellte entlasten und gleichzeitig zur Entschärfung des Fachkräftemangels beitragen. Ziel ist es, alle Klinikstandorte in Bremen und Bremerhaven zu erhalten, indem die profilierten Spezialisierungen der Kliniken, wie das Herzzentrum am Klinikum Links der Weser, gezielt gestärkt werden. Dafür sollen Kliniken mit besonderer Qualität eine Bonusvergütung erhalten.

Den Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) wollen wir grundlegend neu aufstellen. Nach einer Strukturreform entlang der Landeskrankenhausplanung muss sie auch wirtschaftlich auf eine solide Basis gestellt werden. Der Sanierungsstau muss durch gezielte Investitionen abgebaut werden. Vorbild kann eine Sanierung des Klinikums Links der Weser nach dem Beispiel des Klinikums Herford sein. Die Zentrale Verwaltung der GeNo muss zurück an die Standorte und die Standorte müssen in ihrer Autonomie gestärkt werden und stärker eigenverantwortlich agieren. Zudem wollen wir die städtischen Krankenhäuser gezielt für ihre Leistung für den ÖGD entlohnen, da sie die Gesundheitsämter entlasten.

Wir begrüßen, dass auf Bundesebene das Fallpauschalensystem überarbeitet und für einige Bereiche abgeschafft wird, was beispielsweise in der Geburtshilfe eine angemessene Finanzierung ermöglicht.

Die Krankenhäuser der Stadt Bremerhaven sind ein wichtiger Baustein der Gesundheitsversorgung der Menschen vor Ort. Durch die Bereitstellung von hochspezialisierten medizinischen Dienstleistungen haben sie darüber hinaus auch eine überregionale Bedeutung. Im Fokus unserer Politik steht die erkrankte Person mit ihren Bedürfnissen. Wir Freie Demokraten wollen das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide als Krankenhaus der Maximalversorgung in kommunaler Trägerschaft erhalten. Des Weiteren unterstützen wir Freie Demokraten Krankenhäuser, die nicht in öffentlicher Trägerschaft sind. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass zukunftsweisende strukturverändernde Baumaßnahmen in den Bremerhavener Kliniken mit einer entsprechenden zielgerichteten Investitionsförderung ermöglicht werden.

Psychiatrische und psychologische Versorgung verbessern

Die Auswirkungen von Covid-19 haben extreme Lücken in der psychiatrischen Versorgung aufgezeigt. Wohnortnahe ambulante und stationäre Behandlungsangebote für Menschen mit akuten psychiatrischen Erkrankungen wollen wir Freie Demokraten aufstocken und verbessern. Dies gilt ebenfalls für Beratungsstellen, sodass die Verfügbarkeit im therapeutischen und ergänzenden Beratungsbereich erhöht werden muss.

Darüber hinaus gilt es, die Vernetzung von medizinischen und psychologischen Angeboten konsequent umzusetzen, damit die Kommunikation zwischen Fachärzten, Therapeuten und Patienten künftig reibungsloser verläuft. Auch die Vermittlung durch Hotlines der Kassenärztlichen Vereinigung in Bezug auf Therapieplätze wollen wir ausbauen und qualitativ verbessern. Es braucht eine zentrale Koordinierungsstelle zwischen der

kassenärztlichen Vereinigung, verschiedenen Instituten und Psychologen, um in akuten Situationen den Patienten effizienter helfen zu können.

Obwohl die Anerkennung von psychischen Erkrankungen in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren gewachsen ist, werden psychische Erkrankungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen immer noch nicht gleichwertig zu physischen Erkrankungen gesehen. Das wollen wir durch entsprechende Kampagnen und Projekte ändern, die unsere Gesellschaft für psychische Erkrankungen sensibilisieren.

Gesundheitsbewusstsein fördern

Die epidemische Lage der letzten Jahre hat zu einem grundsätzlichen Umdenken im Hygiene- und Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung geführt. Dennoch: Wie Menschen ihr Leben gestalten, ob sie einen gesunden Lebensstil pflegen oder nicht, ist nicht Angelegenheit des Staates. Die Verantwortung des Staates liegt hierbei in einer aufklärenden und präventiven Funktion durch gesundheitswissenschaftliche Inhalte, die an die Bevölkerung kommuniziert werden. Deswegen begrüßen wir verschiedene Präventions-, und Aufklärungskampagnen, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Wir Freie Demokraten lehnen jegliche zusätzliche Konsumsteuer wie Fett-, Zucker-, Milchprodukte- oder Fleischsteuern ab.

Gesundheitsämter

Die Bedeutung der Gesundheitsämter wurde in der Corona-Pandemie besonders klar. Die Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, dass es eines leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) bedarf, um schnell und effektiv auf die Herausforderungen einer Krise reagieren zu können. Damit unsere Gesundheitsämter zukunftssicher aufgestellt sind, müssen die im sogenannten ÖGD-Pakt vorgesehenen Personalaufwüchse erfolgen und die Ämter technisch und digital gestärkt werden. Unbesetzte Stellen sind unverzüglich zu besetzen.

Corona und COVID 19

Wir sind inzwischen in einer endemischen Lage und können auf alle einschränkenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie verzichten. Bei Bedarf sind Hygiene-Maßnahmen gezielt in Krankenhäusern und Alten- und Pflegeheimen zu ergreifen.

Long Covid

Die Symptome von Long Covid sind vielfältig und belasten Betroffene oft stark in ihrem Alltag. Eine standardisierte Therapie gibt es bisher nicht, die genauen Ursachen von Long Covid sind noch nicht ausreichend erforscht. Deswegen fordern wir, dass die Long Covid Forschung weiter fortgesetzt wird.

Fachkräfte in den Gesundheitsberufen gewinnen

Um den Fachkräftemangel in Gesundheitsberufen entgegenzuwirken, werden wir die Aus-, Weiter-, und Fortbildung in diesem Feld sowohl in Bremerhaven als auch in Bremen stärken. Wir Freie Demokraten unterstützen den Auf- und Ausbau der akademischen Hebammen- und Therapeuten-Ausbildung an der Hochschule Bremen und den Ausbau des Studiengangs Physician Assistant an der Hochschule Bremerhaven sowie der Pflegewissenschaften an der Universität Bremen. Wir haben uns für den Erhalt der Ausbildungsplätze für Medizinisch-Technische

Assistenten eingesetzt und werden uns weiter für ausreichend Ausbildungsmöglichkeiten in allen medizinischen Assistenzberufen einsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bremen und Bremerhaven ihre Chancen durch attraktive Angebote von Arztstellen zur Facharzt Ausbildung in Kliniken und darüber hinaus aktiv nutzen, um Ärzte und Ärztinnen für unsere Städte zu gewinnen. Eine moderne Mediziner Ausbildung halten wir in Bremen und Bremerhaven im Rahmen von Kooperation mit anderen Hochschulen für möglich, wenn sich solche Kooperationspartner finden, die das Grundstudium übernehmen. Wir unterstützen die Idee und Umsetzung des Gesundheitscampus Bremen.

Gewinnung von Pflegekräften

Wir Freie Demokraten fordern, dass Pflegekräfte endlich die Anerkennung und Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Insbesondere die Covid-19 Pandemie hat gezeigt, wie wichtig Pflegekräfte für die Gesellschaft sind. Wir wollen dem Mangel an Pflegefachkräften entgegenwirken. Eine Stärkung der Sozial- und Gesundheitsberufe ist für uns ein zentrales Anliegen. Dafür bedarf es flexibler Arbeitszeiten, angemessener Vergütung oder über BAföG geförderter und ausreichender Ausbildung in allen Gesundheitsberufen und angemessener Kinderbetreuung.

Dazu wollen wir, dass Pflegefachkräfte durch Pflegehilfskräften von einfacheren Tätigkeiten entlastet werden. Wir fordern daher, dass das Land Bremen die Ausbildung von Pflegehilfskräften mehr als bisher fördert.

Wir Freie Demokraten wollen die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen, insbesondere denen aus anderen europäischen Ländern, extrem erleichtern und beschleunigen. So können wir gezielt ausländische Arbeitskräfte gewinnen und so den Fachkräftemangel im Pflegebereich entgegenwirken.

Zudem soll eine stärkere Förderung von Ausbildung von Fachkräften in der Palliativmedizin stattfinden.

Hebammen unterstützen

Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Hebammen ausgebildet werden, Berufsrückkehrerinnen aktiv zurückgewonnen und weitergebildet werden. Wir fordern die Arbeitsbedingungen der Hebammen zu verbessern. Das würde auch dabei helfen, Teilzeitkräfte zu einer Erhöhung ihrer Arbeitsstunden zu bewegen. Durch den zusätzlichen akademischen Aufbau der Hebammenausbildung, den wir insbesondere an der Hochschule Bremen begrüßen, wurde der Hebammenberuf aufgewertet. Jedoch fordern wir eine verstärkte Forschung im Bereich der Physiologie der Geburt, damit Hebammen praxisnaher und wissenschaftlicher arbeiten können. Wir begrüßen den Aufbau von Hebammenzentren in unterversorgten Stadtteilen Bremens und Bremerhavens und setzen uns für hebammengeleitete Kreißsäle ein.

Digitalisierung in der Medizin

Wir Freie Demokraten begrüßen eine fortschreitende Digitalisierung im medizinischen Bereich. Digitale Mechanismen erleichtern die Arbeit vom Gesundheitspersonal erheblich. Insbesondere im stationären Bereich werden formale Aspekte aktuell noch manuell bearbeitet, obwohl die Investition in automatisierte Programme zur Ausfüllung von Überweisungen und Ähnliches die Arbeit der Angestellten enorm entlasten würde. Weiterhin begrüßen wir die fortschreitende Digitalisierung der Krankenkassen sowie digitale Rezepte und digitale Patientenakten.

Sucht und Drogen

Suchtbezogene Probleme sind in unserer Gesellschaft kein Randphänomen. In den letzten Jahren hat sich die Art der Drogenabhängigen stark verändert. Uns Freie Demokraten ist Suchtprävention wichtig. Daher fordern wir ausgeweitete Programme in Schulen und Jugendeinrichtungen, um kommende Generationen vor einer möglichen Abhängigkeit von Drogen zu schützen.

Als weiteren Ansatz, um diese Anzahl der Drogenabhängigen zu verringern, setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, die Beschaffung von illegalen Drogen zu erschweren. Unter anderem soll dies durch eine Erhöhung der Polizeipräsenz an Brennpunkten geschehen.

Süchtige Menschen brauchen Hilfe. Eines unserer Ziele als Freie Demokraten bleibt weiterhin, ein möglichst selbstbestimmtes Leben der Abhängigen zu erreichen, um eine Resozialisierung zu ermöglichen. Daher unterstützen wir eine Ausweitung von Hilfsangeboten, die die Betroffenen eigenständig und unkompliziert in Anspruch nehmen können. Hierzu zählt insbesondere die Eröffnung einer Diamorphinambulanz. Die Hürden für Diamorphinbehandlungen wollen wir absenken. Zudem wollen wir die Möglichkeit einer psychosozialen Begleitung im Rahmen von Substitutionsbehandlungen wieder einführen. Ein kurzfristiges Ziel ist es, den Drogenkonsumraum in Bahnhofsnähe mit zusätzlichen Hilfsangeboten zu ergänzen. Außerdem dürfen auch weitere gesundheitliche Gefährdungen von Abhängigen durch Straßenkonsum nicht außer Acht gelassen werden. Um dem entgegenzuwirken, fordern wir weitere Spritzenautomaten. Wie in anderen europäischen Ländern bereits erfolgreich, wollen wir auch in Bremen privat finanziertes Drug-Checking ermöglichen. Häufig wird das soziale Umfeld der Abhängigen in Mitleidenschaft gezogen. Nicht selten treten bei sogenannten Co-Abhängigen eigene Störungen, beziehungsweise erhebliche Gesundheitsrisiken auf, die künftig auch bei Hilfsangeboten mitberücksichtigt werden.

Pflege der älterwerdenden Bevölkerung

Wir Freie Demokraten wollen eine qualitativ gute und bezahlbare Pflege und Versorgung für die älter werdende Bevölkerung im Land Bremen. Die geplante Änderung der Personalbemessung in vollstationären Pflegeeinrichtungen für 2023 begrüßen wir, jedoch reicht dies allein nicht. Wir wollen fortlaufend dafür sorgen, dass das Pflegepersonal entlastet und die Arbeit erleichtert wird.

Eine Überarbeitung und Fortschreibung des Bremer Geriatriekonzepts von 2018 ist unbedingt notwendig und soll die stationäre Versorgung für Personen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen wie beispielsweise Demenz stärker berücksichtigen. Die stationäre Unterbringung und Versorgung von Menschen mit Demenz und ähnlichen Erkrankungen muss im Land Bremen unbedingt verbessert werden.

Sterbebegleitung

Wir Freie Demokraten werden den weiteren Ausbau der ambulanten und stationären palliativmedizinischen Versorgung vorantreiben. Veränderte Familienstrukturen wie Trennungen, Kinderlosigkeit oder weit entfernt lebende Angehörige erfordern den Ausbau professioneller Versorgungsstrukturen.

Neben der ambulanten Hospizbetreuung und der Versorgung Sterbender in Pflegeheimen sind ausreichend

stationäre Hospize und Kinderhospize notwendig. Wir begrüßen, dass die Plätze in den Einrichtungen in der Vergangenheit ausgeweitet wurden und so neue Angebote entstehen konnten. Zugleich sehen wir

insbesondere in Bremen-Nord einen weiter steigenden Bedarf durch Menschen, deren Versorgung zu Hause nicht zu leisten ist. Wir wollen einen weiteren Ausbau von selbstständigen Einrichtungen, in denen Sterbende mit familiärem Charakter und einem eigenständigen Versorgungsauftrag gepflegt und auf ihrem letzten Weg würdevoll begleitet werden. Dazu ist es erforderlich, dass eine stärkere finanzielle Förderung der Hospize erfolgt, damit sie die gesetzlichen Vorgaben erfüllen und kostendeckend arbeiten können. Kinderhospize betreuen nicht nur die jungen Patienten, sondern auch ihre Eltern und Geschwister. Der Betreuungsaufwand ist dadurch aus verschiedenen Gründen besonders groß. Neben ausreichend Platz und Wohnraum für die gesamte Familie muss ihre emotionale und psychosoziale Betreuung ebenso gewährleistet sein, wie die palliative Betreuung der jungen Patienten. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Freizeitaktivitäten und schulische Verpflichtungen der begleitenden Geschwister angemessen berücksichtigt werden.

Trauerwald für Bremerhaven

Bisher gibt es in Bremerhaven keine Möglichkeit einer Bestattung in einem Wald. Dabei wünschen sich viele Menschen eine Bestattung am Fuße eines Baumes. Vielfach wählen Bremerhavenerinnen und Bremerhavener daher in so einem Fall einen Trauerwald im Umland als letzte Ruhestätte. Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Trauerwald in Bremerhaven ein.

Kapitel 12: Zeigen wir, wie liberaler Klimaschutz geht

Klima- und Umweltschutz ist Generationenschutz und bedeutet den Erhalt von Freiheit und Chancen in der Zukunft. Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Ziel, dass Bremen bis 2038 klimaneutral wird. Bremen und Bremerhaven haben viel Potenzial, einen eigenen Beitrag zum Erreichen des Pariser Klimaabkommens zu leisten. Hierbei setzen wir auf Technologieoffenheit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Auch Klimafolgenanpassung und Klimaresilienz sind wichtige Bausteine im Kampf gegen den Klimawandel – gerade für ein von Hochwasser bedrohtes Bundesland. Hierbei setzen wir auf Prävention und Aktion statt Reaktion. Unser Ziel ist es, die Dekarbonisierung zu einer gemeinsamen Erfolgsgeschichte aller Bremerinnen und Bremer zu machen. Mit liberaler Klimapolitik made in Bremen. Als Zwei-Städte-Staat steht Bremen hierbei in einem besonderen Spannungsfeld zwischen Flächeninanspruchnahme, der konkreten Nutzung und dem Umweltschutz. Da Arten- und Naturschutz kein Selbstzweck ist, sondern die Lebensqualität der Stadt erhöht, dem städtischen Klima hilft und die Gesundheit der Menschen schützt, setzen wir auf Eigenverantwortung, Freiwilligkeit und Kooperation. Wir sehen die Bürgerinnen und Bürger Bremens als Partner und wollen gemeinsam partnerschaftlichen Naturschutz betreiben.

Klimaschutz

Klimaneutralität bis 2038 erreichen – aber ohne Schulden

Die Enquete-Kommission Klimaschutz hat Maßnahmen erarbeitet, mit denen unser gemeinsames Ziel, das Land Bremen klimaneutral bis 2038 zu gestalten, erreicht werden kann. Nun gilt es, diese Maßnahmen in einem Zeit- und Finanzierungsplan umzusetzen. Insgesamt werden 7 Milliarden Euro (Energie 50-500 Mio. Euro, Industrie 611 Mio. Euro, Öffentliche Gebäude 4,5 Milliarden Euro, Verkehr 0,8 – 1,4 Milliarden Euro) dafür benötigt. Diese Summe kann aus unserer Sicht auch ohne neue Schulden aufgebracht werden: Mit EU- und Bundesmitteln und soliden Haushalten.

Mithilfe des Sondervermögens Energie- und Klimafonds (EKF) stellen wir auf Bundesebene über 200 Milliarden Euro für den Klimaschutz, die Dekarbonisierung unserer Industrie, den Aufbau der Ladeinfrastruktur und der Wasserstoffwirtschaft bereit. Für Bremen sind das laut Königsteiner Schlüssel 2 Milliarden Euro. Der Fonds wächst weiter, weil die nationalen Erlöse des Emissionshandels dort hineinfließen, die auch EU-weit mittlerweile auf Verkehr und Gebäude ausgeweitet wurden. Wir Freie Demokraten wollen die Emissionszertifikate in dem Maße verknappen, in welchem wir CO₂ einsparen wollen. Auch das ist weitestgehend EU-Beschlusslage.

Für das Land Bremen gilt deshalb: Im jährlichen Haushalt sind ca. 200 Millionen jährlich schon für Klimaschutz vorgesehen. Wird das bis 2038 fortgeschrieben, sind es gut 3 Milliarden in 16 Jahren. Damit müssen pro Haushaltsjahr bis 2038 zusätzlich gut 100 Millionen Euro durch Prioritätensetzung für den Klimaschutz aufgebracht werden. Wir Freie Demokraten halten das bei einem Haushalt von gut 5 Milliarden Euro für möglich.

Die Landesmittel müssen primär zur Komplementierung von Bundes- und EU-Mitteln eingesetzt werden, um den größten Effekt zu erreichen. Ca. 300 Millionen Euro für den Umbau des Stahlwerks wollen wir im nächsten Haushalt bereitstellen, da das Stahlwerk allein einen enormen Anteil am Kohlendioxidausstoß des Landes hat.

Wir wollen keine Knappheit fördern. Denn dort, wo der Preis durch Knappheit aufgrund des mangelnden

Angebots entsteht, bringt die Förderung der Nachfrage nichts. Wir wollen keine neuen Stellen schaffen. Die Aufgaben müssen von der jeweils zuständigen Verwaltung in Ihren normalen Arbeitsabläufen erledigt werden. Und wir wollen Prioritäten setzen: Das, was am meisten bringt, soll vordringlich gefördert werden, z.B. die Sanierung von Gebäuden mit der schlechtesten Energie-Kategorie zuerst.

Klimafreundliche Innovationen fördern

Dekarbonisierung, also die Reduzierung von CO₂-Emissionen, braucht Innovation. Technologischer Fortschritt und nachhaltiges Wachstum sind deshalb ein wichtiges Puzzleteil im Kampf gegen den Klimawandel. Bereits heute gibt es innovative und ressourcenschonende Projekte in Bremen und Bremerhaven. Um die Umsetzung von innovativen und umweltfreundlichen Ideen voranzubringen, fordern wir die Einrichtung eines Förderfonds im Land Bremen. Dieser soll schnell, unbürokratisch und möglichst transparent sein. Ziel des Fonds ist es, den Wettbewerb zu fördern und die Umsetzung zu beschleunigen. In Bremen und Bremerhaven steckt großes Potenzial für einen nachhaltigen Gründer- und Erfindergeist. Die Politik darf dem nicht mehr im Weg stehen, sondern muss Anreize setzen und Wegbegleiter sein.

Klimafolgenanpassung

Hochwasserschutz kommt eine immer größer werdende Bedeutung zu. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass der Generalplan Küstenschutz schnellstmöglich umgesetzt wird. Dabei ist die Erhöhung der Deiche auf 8,30 Meter über Normalhöhennull ein wichtiger Baustein. Daneben wollen wir Hochwasserkarten überprüfen und auf den aktuellsten Stand bringen. Wir begrüßen die Einführung des Cell Broadcastings und fordern außerdem die Reaktivierung von Sirenen im Katastrophenfall.

Auch Hitzeschutz muss mehr Aufmerksamkeit zukommen. Durch den Wärmeinsel-Effekt und der steigenden Erdtemperatur, werden auch Bremen und Bremerhaven heißer. Das beeinträchtigt sowohl das tägliche Leben als auch die Gesundheit der Menschen. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Wir Freie Demokraten fordern deshalb die Umsetzung des Hitzeaktionsplans nach Vorbild der WHO sowie eine zentrale Koordinationsstelle für Hitzeschutz in Bremen und Bremerhaven.

Bremen braucht eine Nachhaltigkeitsstrategie

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu der Agenda 2030 und den 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen vom 25. September 2015. Ziel der Agenda 2030 und den SDGs ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen, die Steigerung und Erhalt des Wohlstandes und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der intelligente Umgang mit Ressourcen in einer friedlichen und gerechten Sphäre. Die Mehrheit der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele bedarf ein koordinierendes Engagement der einzelnen Bundesländer und Kommunen und muss wiederum überregional vernetzt sein. Auf Landesebene ist eine enge Verzahnung aller Politikfelder unumgänglich, um eine Benachteiligung einzelner Stakeholder zu vermeiden und Wohlstand für alle zu schaffen, ohne unseren Planeten nachhaltig in Gefahr zu bringen. Nachhaltigkeit heißt keineswegs Verzicht oder Stillstand, sondern ein maßvoller Umgang mit Ressourcen, sodass diese Ressourcen und der erarbeitete Wohlstand generationsübergreifend Bestand haben.

Der Grundgedanke der nachhaltigen Entwicklung wird durch den ganzheitlichen Ansatz der Agenda 2030 der

Vereinten Nationen verkörpert und fußt auf den globalen Rechten der Menschen. Dies spielt auch für Bremens Zukunft eine entscheidende Rolle. Da Entwicklungspolitik immer in Zusammenhänge gedacht werden muss und Wechselwirkungen auslöst, sind Länder und Kommunen gefordert, einen Beitrag zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) vom September 2015 zu leisten. Sie sollten für alle Nachhaltigkeitsziele eine gewissenhafte Nachhaltigkeitsstrategie festlegen und ein umfangreiches Ziel- und Indikatorensystem determinieren. Bremen hat im September 2017 die Musterresolution des Deutschen Städtetages - „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ - unterzeichnet. Bremen hat damit die Relevanz, Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Aufgabenstellung erkannt. Um in Zukunft der Verantwortung nachkommen zu können, diesen großen Transformationsprozess voranzubringen, bedarf es einer verbindlichen, strukturierten, priorisierenden und zielorientierten Nachhaltigkeitsstrategie.

Eine landesweite und auf die zwei Städte abgestimmte Nachhaltigkeitsstrategie fordert und fördert das sektorübergreifende Denken. Sie setzt Impulse für eine nachhaltige Entwicklung im Land und den Städten Bremen und Bremerhaven in allen Bereichen und trägt mit den lokalen Kompetenzen und Innovationen auch dazu bei, die globalen Herausforderungen zu meistern. Eine landeseigene Nachhaltigkeitsstrategie trägt dazu bei, die globalen Nachhaltigkeitsziele lokal und auf Landesebene zielgerecht umzusetzen. Hierzu ist neben der Entwicklung verschiedener Handlungsfelder auch ein transparentes und nachvollziehbares Indikatoren- und Zielsystem nötig.

Eine Nachhaltigkeitsstrategie zielt dabei nicht nur auf Fragen des Klimaschutzes und des Umweltschutzes ab, sondern beinhaltet alle generationsübergreifende Themen inklusive einer nachhaltigen Finanzpolitik, einer nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung, der nachhaltigen Mobilität, des demografischen Wandels, ein Leben ohne Armut insbesondere auch bei Kindern, qualitative Bildung und Bildungsgerechtigkeit sowie die Entwicklung eines nachhaltigen Wirtschaftsstandortes inkl. Innovationen, Technologie- / Grundlagenforschung.

Umwelt- und Naturschutz

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Voraussetzung für Freiheit und Chancenreichtum jetziger und kommender Generationen. Als Zweistädtestaat steht Bremen hierbei in einem besonderen Spannungsfeld zwischen Flächeninanspruchnahme, der konkreten Nutzung und dem Umweltschutz. Da Arten- und Naturschutz kein Selbstzweck ist, sondern die Lebensqualität der Stadt erhöht, dem städtischen Klima hilft und die Gesundheit der Menschen schützt, setzen wir auf Eigenverantwortung, Freiwilligkeit und Kooperation. Wir sehen die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven als Partner und wollen gemeinsam partnerschaftlichen Naturschutz betreiben.

Mehr Begrünung für die Stadt

Bremen kann mehr und das auch im Bereich der Biodiversität und Artenvielfalt. Das „Grün“ muss besser in die Stadtplanung integriert werden. Der Erhalt von bestehenden Grünflächen hat hohe Priorität. Bei der Versiegelung neuer Grünflächen sollte die bereits vorhandene Begrünung nach Möglichkeit geschützt werden. Sollte eine Grünfläche für ein Bauprojekt verkleinert werden oder ganz weichen müssen, so muss diese an anderer Stelle wiederhergestellt werden.

Grünflächen sind Lebensqualität und Anziehungspunkt für alle Altersgruppen. Es müssen daher in jedem Fall

weitere Flächen zur Begrünung mit klimaresilienten und heimischen Pflanzen ausgewiesen werden. Bremen hat ein gutes Konzept zur Klimaresilienz, muss dieses dann aber auch umsetzen. Hierfür müssen auch die Potenziale der Entsiegelung genutzt werden. Um relativ „einfach“ einen Schritt weiterzukommen, wollen wir 2038 neue Bäume in der Stadt Bremen pflanzen.

Wir begrüßen die Bemühungen bei der Dach- und Fassadenbegrünung sowie bei der Verwendung von hellen Anstrichen für Gebäude der öffentlichen Hand. Dies schließt die Erzeugung von Solarenergie nicht aus. In Kombination mit einer Photovoltaikanlage entsteht eine positive Wirkung. Durch den Kühlungseffekt der Pflanzen heizen sich die Panele weniger auf, wodurch eine Leistungssteigerung von 20% erzielt werden kann.

Für private Hauseigentümer möchten wir zielgerichtete Aufklärungsangebote und eine Informationskampagne schaffen. Unterstützt werden soll dies durch finanzielle Anreize. Uns ist es wichtig, dass jede Bürgerin und jeder Bürger, der einen Beitrag zur Begrünung leisten möchte, das bestmögliche Angebot für sich selbst findet.

Wissensvermittlung als Grundbaustein

Um Kindern und Jugendlichen Naturschutz und den Umgang mit endlichen Ressourcen möglichst praxisnah und nachhaltig zu vermitteln, möchten wir Partnerschaftsprogramme zwischen Bauernhöfen (in Kooperation mit Niedersachsen) und Schulen ermöglichen. Hiervon profitieren beide Seiten. Das echte Erleben von Landwirtschaft kann bei den Schülerinnen und Schülern für leuchtende Augen sorgen, weshalb die Branche auch nach dem Schulabschluss eine Option sein kann.

Der Stand der Wissenschaft ändert sich permanent. Es gibt fast täglich neue Erkenntnisse bzgl. Biodiversität und Naturschutz. Für Lehrerinnen und Lehrer möchten wir ein regelmäßiges Angebot von Schulungen und Fortbildungen schaffen, welches auf Grundlage von Wissenschaft, aktuelle Fakten und Zahlen zu den Themen Klima, Natur und Umwelt vermittelt.

Private Leuchtturmprojekte, welche mit einem möglichst CO₂-neutralem Energiekonzept mit Strom, Wärme und Kälte versorgt werden und den Fokus bei der Quartiersplanung auf Begrünung und Kreislaufwirtschaft legen, wie die ÜBERSEEINSEL, möchten wir stärker als Vorbild nutzen und damit Anregung für potenzielle Bauherren und Investoren schaffen.

Tierschutz

Wir Freie Demokraten stehen für einen verantwortungsvollen Umgang des Menschen mit allen Tieren und einen starken Tierschutz. Eine aktive Tierschutzpolitik erfordert aus unserer Sicht die Ernennung eines städtischen ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten. Als Ansprechpartner soll er als "Scharnier" zwischen den Tierschutzorganisationen der Stadt, der Politik, dem Magistrat bzw. Senat und dem Tierschutzbeauftragten im Land Bremen dienen und so die Tierschutzarbeit in Bremerhaven und Bremen Stadt aktiv begleiten.

Das Tierheim Bremerhaven hat unsere volle Unterstützung verdient. Wir werden uns beim Magistrat weiterhin für faire Verträge einsetzen, sodass die durch das Tierheim übernommenen Pflicht-Aufgaben, wie die Aufnahme von Fund- und sichergestellten Tieren, kostendeckend erstattet werden. Wir begrüßen die langfristigen Pläne des Tierschutz Bremerhavens zum Aufbau einer Wildtierauffangstation.

Durch einen jährlich zu vergebenden Bremerhavener Tierschutzpreis wollen wir Personen und Institutionen auszeichnen, die sich in Bremerhaven um den Tierschutz besonders verdient gemacht haben.

Hundesteuer abschaffen

Die Hundesteuer muss abgeschafft werden. Diese Steuer wird willkürlich erlassen. Zudem steht der Aufwand und Ertrag bei der Erhebung dieser Bagatellsteuer in keinem Verhältnis. Ursprünglich wurde die Hundesteuer mal als Luxussteuer eingeführt. Ein Hund ist aber längst kein Luxus mehr, sondern ein Familienmitglied und wichtiger sozialer Halt. Die Besitzer dafür zur Kasse zu bitten, ist fragwürdig und muss ein Ende haben.

Mehr Hundefreilaufflächen

Darüber hinaus wollen wir prüfen, wo freie Naturflächen in Bremen und Bremerhaven als Hundefreilaufflächen gestaltet werden können, ggf. auch eingezäunte Flächen. Hunden soll ein artgerechter Auslauf ermöglicht werden, ohne dass ihre Halterinnen und Halter das Stadtgebiet verlassen oder hohe Strafen fürchten müssen.

Insektenschutz und Biodiversität

Bremen und Bremerhaven bieten eine große Vielfalt an Arten von Pflanzen. Diese Artenvielfalt muss durch Schutz und Pflege erhalten werden. Dazu fordern wir, dass mehr Wildblumenwiesen gepflanzt werden, damit Bienen und Insekten weiterhin ein zu Hause in Bremen und Bremerhaven haben und die Zahl der Tiere langfristig wieder steigt.

Aktives Handeln wie Begrünung und Bepflanzung ist wichtig. Auch Forschungsprojekte gehören dazu. Wir setzen uns dafür ein, um Mittel für Insekten- und Pflanzenforschung vom Bund zu erhalten.

Bremen und Niedersachsen verbindet mehr als nur die gemeinsame Grenze. Gerade diese Verbindung bietet viel Potenzial, um Naturschutz und Biodiversität zu fördern. Der Erhalt und die Schaffung neuer Grünflächen liegen in Verantwortung beider Bundesländer. Wir setzen uns daher für eine gemeinsame Zusammenarbeit ein, um Renaturierungsprojekte anzugehen.

Jagd als Naturschutz – Wildtiermanagement ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Wildtiermanagement, das eine Bejagung von beispielsweise Wolf, Kormoran und Nutria ermöglicht. Zur Wildbretgewinnung, Seuchenprävention sowie Wildschadenminimierung und für ein ausgewogenes „Beute zu Beutegreifer“-Verhältnis ist die Jagd unerlässlich. Wir streben eine einheitliche Regelung der Länder zum legalen Einsatz von Schalldämpfern und Nachtzielgeräten zur Lärmreduktion und für eine genauere Treffpunktlage für Jägerinnen und Jäger an. Wir stehen zu den Jägerinnen und Jägern in Deutschland als aktive und staatlich geprüfte Naturschützerinnen und Naturschützer.

Forst- und Jagdwirtschaft

Naturschutz und Jagd sind eng miteinander verbunden. Artenschutz kann auch bedeuten, die Zahl der Wildtiere zu monitoren, damit genug Ressourcen für sie vorhanden sind. Die Rolle der Jägerinnen und Jäger und

Försterinnen und Förster für Arten- und Naturschutz sollte daher stärker in den Fokus genommen werden.

Naturschutz im Fehrmoor

Wir werden die Umsetzung von Naturschutzprojekten im Fehrmoor als letztem Hochmoor im Land Bremen weiter vorantreiben. Es ist ein einzigartiger Landschaftsraum. Unser Ziel ist einerseits der Schutz der wertvollen Bereiche des Fehrmoors als Habitat seltener Tiere und Pflanzen. Andererseits ist es uns wichtig, diesen besonderen Lebensraum der Öffentlichkeit für die Naherholung und Wissensvermittlung zugänglich zu machen, auch durch einen neuen Rundlauf durch eine zweite Fußgängerbrücke. Um den Lebensraum Moor mit seiner spezialisierten Pflanzen- und Tierwelt begehbar zu machen, soll ein barrierefreier Moorerlebnispfad errichtet werden.

Wassermanagement und Wassergüte

Wir wollen bevorzugt Maßnahmen priorisieren, die ein automatisiertes Wassermanagement und eine Verbesserung der Gewässergüte in den Gräben sowie eine standortangepasste Nutzung vorsehen. Dazu wollen wir im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen Bremerhavens die Spadener Marktfleth naturnäher umgestalten und den Geeste-Nebenarm „Ackmann“ wie früher wieder östlich des Gebietes Ackmann an die Geeste anbinden.

Kapitel 13: Zeigen wir, wie Sport geht

Sport verbindet Menschen aus verschiedenen Kulturen, sozialen Hintergründen und unterschiedlichen Generationen und leistet so einen oft unterschätzten Beitrag zur Integration, zum sozialen Zusammenhalt und der Gesundheit der Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven. Sport ist auch ein wichtiger Treiber für die Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Sport und Bildung

Wir setzen uns für eine stärkere Vernetzung von Schulen und Kitas mit Sportverbänden und -vereinen ein. Das ist beim Ausbau der Ganztagschulstruktur unbedingt erforderlich. Dazu brauchen wir bereits in der Schule ausreichend qualifizierte Sportlehrerinnen und Sportlehrer, um Jugendliche nicht nur für Sport zu begeistern, sondern bereits die nötige sportliche Grundbildung zu vermitteln. Deswegen wollen wir, dass der ehemals vorhandene Studiengang Sportwissenschaften an der Universität Bremen wieder neu eröffnet und angeboten wird. Ebenso brauchen wir begeisterte und geschulte Übungsleiterinnen und Überleitungen im Breitensport. Zudem wollen wir ehrenamtliches Engagement in Sportvereinen fördern, so dass sich mehr Menschen dort einbringen.

Sportinfrastruktur

Deswegen lohnt es sich für die Gesellschaft, in eine gute Sportinfrastruktur zu investieren. Für Bau, Unterhaltung und Pflege von Sporthallen, Sportplätzen und Schwimmbädern braucht es ein fortzuschreibendes, langfristiges Konzept. Der Sanierungsstau unserer Sporthallen ist unverzüglich abzubauen und die Sportplatz- und Halleninfrastruktur bedarfsgerecht auszubauen. Wir wollen dem Sport hierfür notwendige Haushaltsmittel bereitstellen.

Flexibler Sportplatz auf dem Willy-Brandt-Platz in Bremerhaven

Am Willy-Brandt-Platz wollen wir Freie Demokraten, dass eine schnell abbaubare Sportanlage errichtet wird. Dafür sollen auf dem Asphalt Linien in Form von mehreren Sportartplätzen gezogen werden. Der Bereich soll mit einem Metallzaun abgesteckt werden, welcher innerhalb kürzester Zeit abbaubar ist, um den Platz für Feste und ähnliche Veranstaltungen zu erhalten oder auch bei drohenden Sturmfluten zu sichern.

Leistungssport

Neben dem Breitensport bekennen wir Freie Demokraten uns uneingeschränkt zum Leistungssport, den wir finanziell und ideell fördern wollen. Dazu gehört die weitere Unterstützung der Oberschule an der Ronzelenstraße, der Initiativen zur Errichtung einer Eliteschule des Sports, des Neubaus des Leistungszentrum von Werder Bremen, aber auch die Unterstützung vieler nationaler und weltklassiger Sportlerinnen und Sportler in Bremen und Bremerhaven, auch durch die Errichtung eines Hauses der Athleten.

eSport ist Sport

Wir Freie Demokraten wollen eSports unabhängig von den Spielinhalten als Sport und entsprechende Vereine als gemeinnützig anerkennen.

Schwimmunterricht

Wir Freie Demokraten wollen den Schwimmunterricht für Kinder und Jugendliche in Bremen und Bremerhaven weiter ausbauen und fördern. Schon in den Kitas muss Wassergewöhnung möglich sein. Kompakte Ferienprogramme zum Schwimmenlernen wollen wir genauso fördern wie ein Netzwerk von Kitas, Schulen, Vereinen, DLRG und freiwilligen gesellschaftlichen Akteuren.

Schwimmen in Seen und Flüssen

Wir Freie Demokraten wollen auch das Schwimmen in natürlichen Gewässern als wichtigen Bestandteil der Schwimmausbildung etablieren, um Badeunfälle künftig zu vermeiden. In den vergangenen Jahren haben sich Badeunfälle in Bremer Seen gehäuft. Offene Gewässer sind durch Strömung und Wind anders wahrnehmbar als Schwimmbäder. Dass dort nicht leichtfertig Risiken unterschätzt werden, kann durch eine Schwimmausbildung, die auch in offenen Gewässern stattfindet, eher gewährleistet werden. Dazu wollen wir die regelmäßige Untersuchung von Seen in Bremen fortführen, um rechtzeitig Warnungen vor Blaualgen oder weiteren potenziellen Gefahren auszusprechen.

In Bremerhaven wollen wir das Schwimmen und Baden auch am Weserstrandbad nach der Verschwenkung der Nordmole wieder erlauben und fördern. Durch die Verschwenkung der Nordmole bietet sich nun die Chance, im Bereich zwischen dem heutigen Weserstrandbad und dem Willy-Brand-Platz eine gesicherte Badezone nach Vorbild der Büsumer Perlebucht zu errichten. Eine feste Trennung zur strömenden Weser, die zwar einen Wasseraustausch ermöglicht, aber den Badebereich baulich abtrennt, würde genügend Platz zum Schwimmen und Baden geben. Dieses Projekt bietet darüber hinaus die Möglichkeit, auch junge Leute über Konzerte und Veranstaltungen an den Stadtstrand nach Bremerhaven zu locken. Zudem lässt sich diese Attraktion auch überregional bewerben.

Pyrotechnik im Stadion - legal und sicher

Die Stimmung in den Stadien, auch erzeugt durch Pyrotechnik, ist Teil der Faszination Fußball. Wir Freie Demokraten wollen Pyrotechnik im Stadion erlauben, und zwar sicher. Das derzeitige strikte Verbot von Pyrotechnik in Stadien hat keine Verbesserung für die Sicherheit der Zuschauer gebracht. Das Gegenteil ist der Fall. Hierauf weisen auch diverse Fangruppen und -initiativen hin. Sie fordern seit langem einen Dialog ein und machen konstruktive Vorschläge, wie legal und so auch kontrolliert und verantwortlich Pyrotechnik in den Stadien verwendet werden könnte. Einer davon ist der „Chemnitzer Weg“. Deswegen sollen gemeinsam mit Fanvertreterinnen und Fanvertretern, Vereinen und dem Bremischen Fußballverband mindestens sechs Pilotaktionen durchgeführt werden, bei denen nach Vorbild des „Chemnitzer Weges“ Pyrotechnik im Weserstadion, auf Platz 11 und im Stadion am Panzenberg kontrolliert abgebrannt werden.

Polizeikosten bei Hochrisikospiele

Der SV Werder Bremen ist ein bedeutender Standortfaktor für Bremen. Werder hat Bremen durch seine internationalen Auftritte über Jahre bekannt gemacht und gilt seit Jahren zu den Klubs mit den höchsten Sympathiewerten in Deutschland. Außerdem kommt dem Verein eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für den Standort zu. Trotzdem hat Bremen begonnen, für den zusätzlichen Aufwand bei Hochrisikospiele Gebührenbescheide

an den Veranstalter, die Deutsche Fußball Liga GmbH, zu schicken. Diese nimmt wiederum Werder Bremen in Regress. Kein anderes Bundesland verlangt Gebühren für Polizeieinsätze bei Bundesligaspielen. Der Senat gefährdet damit in hohem Maße die Wettbewerbsfähigkeit des SV Werder Bremen und damit auch den Bundesligastandort Bremen. Hinzu kommt, dass die Inrechnungstellung von nicht direkt verursachten Mehrkosten bei Polizeieinsätzen ein erster Schritt zur Privatisierung staatlicher Sicherheitsleistung ist, die im Sinne der Rechtsstaatlichkeit kategorisch abzulehnen ist.

Kapitel 14: Zeigen wir, wie Kultur geht

Wir Freie Demokraten wollen die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens sichern und für alle Menschen in unserem Land zugänglich machen. Dazu gehört für uns die Stärkung der Kulturförderung sowie der kulturellen Bildung. Wir setzen uns auch für eine starke Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig ein, der von der Coronakrise besonders hart getroffen wurde.

Förderung von Kultureinrichtungen

Wir Freie Demokraten bekennen uns ausdrücklich zu den großen, überregional ausstrahlenden Kultureinrichtungen der Städte Bremen und Bremerhaven. Wir halten es für geboten, diese im Gesamtgefüge der übrigen Kultureinrichtungen auskömmlich auszustatten. Dies ist eine Aufgabe des Landes Bremen und seiner Kommunen.

Essenzielle Ergänzung der „Leuchttürme“ ist die „Freie Szene“. Darunter verstehen die Freie Demokraten die vielfältige kreative Szene von Künstlerinnen und Künstlern aller Sparten, von Galeristen, Konzert- und Literaturveranstaltern sowie das kreative Umfeld der Hochschule und der Universitäten. Für uns ist es wichtig, sich auch in diesem Bereich für gezielte Künstlerförderung, Stipendien, öffentliche Aufträge, Förderung von Spielstätten oder Ateliers einzusetzen.

Es gilt den innovativen und kreativen Köpfen in der Stadt ein attraktives Arbeiten zu ermöglichen und dafür auch neue Räume zu erschließen. Die Freie arbeiten zu ermöglichen und dafür auch neue Räume zu erschließen. Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass damit nicht nur für die ansässige Wirtschaft, sondern auch für die Bildung und das soziale Miteinander wertvolle Impulse gesetzt werden: Wir alle brauchen Fantasie und Visionen.

Privates Engagement

Bremen und Bremerhaven besitzen eine äußerst vielfältige kulturelle Szene mit zahlreichen Museen, Theatern, musikalischen Angeboten, Bibliotheken und Archiven. Viele dieser Kultureinrichtungen Bremens und Bremerhavens zeichnen sich durch ein überdurchschnittliches privates Engagement von Bremer Bürgern aus. Der Kunstverein Bremen, als Träger der Kunsthalle, der Kunstverein Bremerhaven, die philharmonische Gesellschaft oder der Bürgerparkverein sind dafür herausragende Beispiele. Wir Freie Demokraten würdigen dieses Engagement ausdrücklich und setzen uns dafür ein, solche Einrichtung durch das Land Bremen und seine Kommunen zu unterstützen: Nur so kann der private Einsatz wertgeschätzt und ein Klima der Motivation für zukünftiges Engagement geschaffen werden.

Kultur als Standortfaktor

Ausgaben zur Förderung einer qualitätsvollen, lebendigen und auch überregional attraktiven Kultur sehen wir Freie Demokraten dabei auch als Mittel zur langfristigen Stärkung der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven. Ein attraktives kulturelles Angebot zieht Menschen an hier zu leben und zu arbeiten. Besucher und Besucherinnen von Ausstellungen und Veranstaltungen kommen in die Innenstadt, kaufen ein, gehen Essen und Übernachten in Hotels. Deswegen wollen wir vermehrt auf Kulturtourismus setzen. An den Bremer

Hochschulen bilden zahlreiche Studiengänge Kulturschaffende für ihre jeweiligen Berufslaufbahnen aus. Eine entsprechend breit gefächerte Kultur vor Ort gehört zu den notwendigen Grundlagen, um das an den Hochschulen geschaffene Potenzial im Land Bremen zu erhalten und nicht in andere Kulturzentren wie z.B. Hamburg Berlin oder München abwandern zu lassen.

Volkshochschule und Musikhochschule

Volkshochschulen in Bremen und Bremerhaven und die Musikschule Bremen leisten einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Sie bieten wichtige Bildungsangebote und vermitteln auf verschiedene Weise Kultur. Wir Freie Demokraten wollen die Verwaltung der beiden Bremer Einrichtungen effizienter aufstellen und treten daher insoweit für eine Fusion der Musikschule Bremen und der VHS Bremen ein.

Abschaffung des Tanzverbots

Im Rahmen der Kulturförderung sollte generell keine Glaubensgemeinschaft bevorzugt werden. Die Freie Demokraten stehen zur Geschichte des Landes Bremen, welche durch das Christentum und auch maßgeblich durch die Schifffahrt geprägt wurde. Daran soll durch die Pflege bestimmter Traditionen, Denkmäler und Museen angemessen erinnert werden. Dennoch sollte die Wahl des Glaubens eine private Entscheidung jedes Einzelnen sein, weshalb wir die Abschaffung des generellen Tanzverbotes an bestimmten Feiertagen befürworten.

Kultur in Bremerhaven

Kultur stellt für Bremerhaven einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor dar. Das von städtischen als auch Freie Kulturträgern mit hohem ehrenamtlichem Engagement getragene vielfältige Kulturangebot wollen wir Freie Demokraten stärken und in den Quartieren Freiräume für die kulturelle Entwicklung schaffen und unterstützen.

Das Kulturangebot Bremerhavens muss für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt aber auch überregional für den wachsenden Kulturtourismus besser vermarktet werden.

Wir Freie Demokraten wollen den Bereich der kulturellen Bildung voranbringen. Wo vielen Kindern und Jugendlichen der familiäre Zugang zu den Kultureinrichtungen fehlt, müssen Vermittlungsangebote verstetigt und optimiert werden. Dafür können wir uns ein Zentrum für kulturelle Bildung vorstellen, in das auch freie Angebote für Jugendliche (z. B. ein Jugendkulturtreffpunkt) integriert werden können.

Viele Beispiele in der Stadt zeigen, dass Kultur ein Motor von Stadtteilentwicklung sein kann. Hierzu bedarf es einer konstanten Förderung für Projekte der Freie Kulturszene und der Unterstützung von Initiativen, mit denen ähnliche Impulse gesetzt werden. Dabei liegt ein Fokus auf Projekten, für junge Menschen oder auch Familien.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Fortbestand des Stadttheaters Bremerhaven mit seinen drei Sparten und dem Kinder- und Jugendtheater JUB!. Als zweites Theater mit öffentlicher Förderung soll auch das Theater im Fischereihafen in seinem Fortbestand und seiner künstlerischen Qualität gesichert werden. Dafür erwarten wir auch eine Beteiligung der Fischereihafenbetriebsgesellschaft des Landes Bremen.

Das Kunstmuseum mit seiner international anerkannten Sammlung bedeutender Gegenwartskunst bleibt ein

Aushängeschild der Kulturstadt Bremerhaven. Das Dreiergespann Kunsthalle - Kunstmuseum Bremerhaven - Stipendium, als einmalige und markante Verbindung, leistet einen großen Beitrag zu dem wichtigen Kulturangebot unserer Stadt.

Wir Freie Demokraten steht zu den überregional bedeutsamen Kultureinrichtungen wie dem Deutschen Auswandererhaus, dessen Entwicklung zu einem Nationalen Forschungsinstitut für Migration wir unterstützen.

Neubau der Bremerhavener Stadthalle am Wilhelm-Kaisen Platz

Eine Stadt wie Bremerhaven braucht so eine Veranstaltungshalle für Sport, Kultur und Messen. Wenn wir weiter Oberzentrum sein wollen, müssen wir auch den Veränderungen in der Veranstaltungsbranche Rechnung tragen. Deswegen sprechen wir Freie Demokraten uns für einen Neubau der Stadthalle auf dem Wilhelm-Kaisen-Platz aus. Beim jetzigen Zustand der alten Stadthalle machte ein Um- oder Ausbau für uns Freie Demokraten keinen Sinn. Realisiert werden kann ein Neubau nur über ein PPP-Modell, also ein Investor baut und finanziert die neue Stadthalle und die Stadt mietet sie ggf. als Mietkauf zurück. Nur so können wir zeitnah einen Neubau ermöglichen.

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum stärken

Wir Freie Demokraten wollen, dass das Deutsche Schifffahrtsmuseum (DSM) mit seiner Museumsflotte wieder zu alter Stärke zurückfindet. Das ist insbesondere für den wachsenden Tourismus in Bremerhaven und die Vermittlung von Wissenschaft und Forschung im Bereich der Schifffahrt wichtig. Dafür muss die Stadt auch bereit sein, Mittel für die Instandsetzung der Museumsschiffe bereit zu stellen. Die in Regierungsverantwortung ins Leben gerufene Task Force Maritim, die das DSM bei der Instandhaltung unterstützt, wollen wir fortführen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Bund bei der Sanierung des Scharoun-Baus finanziell unterstützt. Als Freie Demokraten unterstützen wir die exzellente Forschung und wollen, dass das DSM auch zukünftig Teil der Leibnitz-Gesellschaft bleibt. Der Nachbau der Najade kann eine attraktive Ergänzung für den Alten Hafen sein. Da Prioritäten gesetzt werden müssen, werden wir Freie Demokraten uns immer für die Gebäudesanierung und gegen die Finanzierung der Najade entscheiden. Außerdem sehen wir einen weiteren Schwerpunkt des DSM in der Darstellung der Polarforschungsgeschichte, um auch die Brücke zu anderen herausragenden Einrichtungen in der Stadt zu schlagen.

Historisches Museum Bremerhaven modernisieren

Die Dauerausstellung des Historischen Museums Bremerhaven ist ansprechend, hat aber mittlerweile einige Schwachstellen. Die Geschichte Bremerhavens ist derzeit nur bis in die 50er Jahre dargestellt und Barrierefreiheit ist nicht überall gegeben. Deswegen sprechen wir Freie Demokraten und dafür aus, die Dauerausstellung zu überarbeiten und zu modernisieren. Damit schaffen wir auch wieder neues Interesse an dem Museum und der Geschichte Bremerhavens. Wir wollen wieder Eintrittsgeldern für das Historische Museum einführen. Die Abschaffung der Eintrittsgelder hat weder ein Plus an Besuchern, noch eine Einsparung an Personal gebracht. Für eine gute Ausstellung dürfen auch Eintrittsgelder verlangt werden.

Nordseemuseum endlich wieder zu Glanz verhelfen

Das Nordseemuseum hat enormes Potenzial und mehr als ein Dasein in Kisten verdient. Viele Exponate sind von hohem historischem Wert. Einzelne Exponate werden derzeit dauerhaft oder anlassbezogen verliehen. Endlich wollen wir Freie Demokraten für das Museum wieder eine Perspektive mit festem Ausstellungsort, verbunden mit einem Depot. Neue Perspektiven könnten hier im Werftquartier gefunden werden.

Kapitel 15: Zeigen wir, wie Landwirtschaft geht

Die Inflation und die daraus resultierenden hohen Lebensmittelpreise führen uns vor Augen, wie wichtig eine gesicherte Lebensmittelversorgung ist. Die Bremer Landwirtschaft leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Landwirtschaft faire Wettbewerbsbedingungen und verlässliche Rahmenbedingungen vorfindet. Nur so können notwendige Investitionsentscheidungen langfristig planbar sein. Im Land Bremen wollen wir dafür sorgen, dass die wichtigen Aufgaben, die von den Landwirten erfüllt werden, von den Bürgerinnen und Bürgern besser wahrgenommen werden, um so für mehr Verständnis für Landwirte in der Gesellschaft und in der Politik zu sorgen.

Die Landwirtschaft im Wandel

Die unternehmerische Landwirtschaft ist bereit und auch dazu in der Lage, sich dynamischen Veränderungsprozessen zu stellen. In der Produktion und Vermarktung bietet die Digitalisierung ganz neue Chancen, dem Verbraucher Lebensmittel anzubieten, die nach seinen Wünschen erzeugt werden. So kommen beispielsweise ressourcenschonende digitale Assistenzsysteme der Landwirtschaft 4.0 im Bereich der Tierhaltung zum Einsatz, um eine optimale Nahrungsversorgung zu erreichen, negativen Stress zu vermeiden und die Gesundheit zu fördern. Precision Farming erlaubt eine ortsdifferenzierte, bedarfsgenaue Bearbeitung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und kann notwendige Pflanzenschutzmaßnahmen auf ein Minimum reduzieren.

Die Fortsetzung dieser positiven Entwicklung kann nur gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten gelingen. Das Wissen der hervorragend ausgebildeten jungen Landwirtinnen und Landwirte muss dabei genutzt werden. Sie sind die Experten in der Landwirtschaft und unsere wichtigste Ressource für die Zukunft.

Wir Freie Demokraten stehen an der Seite der Landwirtinnen und Landwirte und bekennen uns gemäß dem Prinzip „Schützen durch Nützen“ zu ihren Leistungen für Natur und Gesellschaft.

Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft

Ländliche Räume brauchen eine starke landwirtschaftliche Wertschöpfungskette mit einer flächendeckend gesicherten Produktionsbasis ohne überbordende Bürokratie durch unnötige Auflagen. Landwirtschaft verdient eine Politik, die verlässlich ist und Planungssicherheit gibt.

Technischen Fortschritt und Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen

In der Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft sind ökonomische Notwendigkeiten gleichberechtigt zu ökologischen Fragestellungen zu bewerten. Höhere Standards durch bessere Technik können nur erreicht werden, wenn die Betriebe mit neuer Technik auch Geld verdienen können.

Eine Strategie zur Digitalisierung in der Landwirtschaft muss auf Bundesebene erarbeitet und umgesetzt werden. In dieser Strategie müssen unter anderem Fragen der Datenhoheit, der Transparenz landwirtschaftlicher Erzeugung gegenüber den Kundinnen und Kunden sowie des Zugangs zu wichtigen öffentlichen Geo- und Katasterdaten geklärt werden. Digitale Netzwerke, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Chance bieten, Lebensmittel nach ihren individuellen Wünschen nachzufragen, sollen gefördert werden. So kann ein

sehr vielfältiger, differenzierter Markt entstehen, der für Verbraucherinnen und Verbraucher und Erzeugerinnen und Erzeuger gleichermaßen interessant ist.

Zur Förderung der Investitionsbereitschaft in zeitgemäße Technik ist das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) in einem ersten Schritt wieder auf mindestens 40 Millionen Euro pro Jahr aufzustocken. Der Einsatz digitaler Technik in der Landwirtschaft soll einen Förderschwerpunkt darstellen. Das gilt für einen umweltschonenden Pflanzenbau ebenso wie für eine tiergerechte Haltung von Nutztieren.

Nachwuchs qualifiziert ausbilden

Es ist sicherzustellen, dass das Fachwissen weiterhin innerhalb der verschiedenen landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Studiengänge vermittelt wird sowie Weiterbildungsmöglichkeiten ausreichend und entsprechend der Entwicklung der Technik zur Verfügung stehen. Dies darf nicht für zusätzliche bürokratische Qualifizierungspflichten und Sachkundenachweise missbraucht werden.

Nachhaltiger Pflanzenschutz

Landwirtschaft betreibt Pflanzenschutz, um ihre Bestände vor Schäden durch Krankheiten oder Verkräutung zu schützen. Das entspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit, weil so eine gute Flächeneffizienz erreicht und gesunde Nahrungsmittel produziert werden. Wirkstoffe, die bei definierten Anwendungen vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im Einvernehmen mit den weiteren zuständigen Einrichtungen in Deutschland wie dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sowie von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) auf EU-Ebene für unbedenklich erklärt werden, müssen auch zugelassen werden. Der Land- und Forstwirtschaft dürfen wichtige Wirkstoffe nicht aus ideologischen Gründen entzogen werden.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Regulierung von Kreuzkräutern ein, die für Menschen und Tier sehr giftig sind. Insbesondere die öffentliche Hand muss diese Kräuter auf ihren Flächen kontrollieren. Wir fordern die Einführung standardisierter Untersuchungsverfahren und Grenzwerte für Lebens- und Futtermittel.

Innovationen in der Landwirtschaft

In der Landwirtschaft gibt es innovative Ideen. Start-Up-Unternehmerinnen und - Unternehmer in der Lebensmittelwirtschaft sind ebenso ernst zu nehmen wie aus anderen Wirtschaftsbereichen. Die Förderung guter Ideen im Bereich Landwirtschaft muss gerade im Land Bremen möglich sein.

Baurecht für landwirtschaftliche Unternehmen

Das Baurecht muss den landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmern auch in Zukunft Chancen zur betrieblichen Entwicklung ermöglichen. Baurechtliche Tierhaltungsobergrenzen oder kommunale Genehmigungsvorbehalte für die Nutztierhaltung lehnen wir ab.

Marktwirtschaftliche Preisbildung

Damit alle Akteure der Agrarwirtschaft in Zukunft von der positiven Gesamtentwicklung der Branche profitieren können, ist eine funktionierende marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten

Wertschöpfungskette des Lebensmittelhandels – vom Hof bis zum Warenregal – entscheidend. Die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht sowie die Fusionskontrolle müssen gestärkt werden, um einen fairen Wettbewerb in der Branche zu sichern. Politische Einmischungen in die wichtige Arbeit der Kartellbehörden sind zu unterbinden.

Bedarfsgerechte Düngeregelungen

Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen muss auch in Zukunft der Maßstab der Düngung bleiben. Wo es wirklich Probleme gibt, zum Beispiel in Regionen mit zu hohem Gülleaufkommen, besteht das vorherrschende Ziel darin, den Transport vorhandener wertvoller Wirtschaftsdüngermengen in Ackerbauregionen sowie technische Lösungen zur Gülle und Gärrestaufbereitung zu fördern, damit es durch die gleichzeitige Einsparung von mineralischem Dünger insgesamt zu positiven Umwelteffekten kommt.

Antibiotikaresistenzen vermeiden

Infektionen mit multi-resistenten Staphylokokkus Aureus (MRSA) und anderen antibiotikaresistenten Erregern stellen eine zunehmende Gefahr für Mensch und Tier dar. Standardantibiotika wirken nicht gegen sie, sodass die Behandlungsalternativen begrenzt sind. Resistente Erreger können Menschen, Haustiere und Nutztiere besiedeln. Eine Strategie zur Vermeidung von Antibiotikaresistenzen muss aus diesem Grund den fachgerechten Einsatz von Antibiotika in allen genannten Bereichen gewährleisten. Gemäß dem One-Health-Ansatz als integrativen Ansatz müssen Human- und Veterinärmedizin deshalb zusammenarbeiten, um das bestmögliche Ergebnis bei der Bekämpfung resistenter Erreger zu erreichen.

Die Landwirtschaft hat durch die Umsetzung der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes mit erheblichem Aufwand dazu beigetragen, dass der Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung um über die Hälfte reduziert wurde. Das staatliche Antibiotika-Monitoring der Tierhaltung hat sich bewährt. Daher müssen statt der heute geltenden systembedingt immer weiter sinkenden Kennzahlen, bei deren Überschreitung Maßnahmenpläne zur Senkung des Antibiotikaeinsatzes nötig werden, wissenschaftlich festgelegte Grenzwerte eingeführt werden.

Wenn es um den Trinkwasserschutz geht, dürfen auch die Abwässer der menschlichen Zivilisation nicht aus der Diskussion ausgeklammert werden. Nur zu häufig wird vergessen, wie viele Medikamente über Siedlungsabwässer in die Kläranlagen gelangt und dort zu Schwierigkeiten führen. Gleiches gilt für eine Vielzahl weiterer problembehafteter Stoffe. Wir setzen uns für eine faire Diskussion ein.

Förderung von Synergien zwischen Landwirtschaft und Naturschutz

Bremen ist eine lebenswerte Großstadt und umringt von einem grünen Gürtel, der geprägt durch die Landwirtschaft einen der wichtigsten Naherholungsgebiete darstellt.

Die Haltung von Milchvieh ist traditionell die bevorzugte Wirtschaftsform der Landwirte in Bremen.

Grasende Kühe prägen das Landschaftsbild und sind auch die Wunschvorstellung vieler Verbraucher. Das aber eine grasende Kuh nicht so optimal versorgt werden und damit nicht die geforderten Leistungen erbringen

kann wie es die auf Effizienz getrimmte Landwirtschaft braucht, versteht kaum jemand. Ganzjährige Stallhaltung bei Rindern ist mittlerweile, der Leistung geschuldet, eine weit verbreitete Realität.

Dass aber eine auf der Weide grasende Kuh eine Vielzahl von Ökosystemen fördert, sollte uns eine Prämie wert sein, die einen Teil des verminderten Ertrages aufwiegt. Das stärkt unsere Natur und unsere Landwirte zugleich.

Partnerschaftlicher Naturschutz

Es gibt in Bremen viele gute Beispiele für eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft: z.B. das Wiesenvogelschutzprogramm. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der beide Seiten die Leistung des anderen anerkennen, die beste Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist.

Kapitel 16: Zeigen wir, wie Freiheit weltweit geht

Bereits seit Jahren sind weltweit besorgende Entwicklungen zu beobachten. Die Ereignisse des letzten Jahres, insbesondere dem russischen Überfall auf die Ukraine und die Freiheitskämpfe im Iran, haben wieder gezeigt, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, sondern erkämpft und stets verteidigt werden müssen. Als Bundesland muss auch Bremen sich im Bundesrat, sowie im Rahmen der eigenen Befugnisse und Zuständigkeiten, oder im bilateralen Direktkontakt, für die Erhaltung und Förderung der freiheitlich-demokratischen Gemeinschaft einsetzen.

Unterstützung für die Ukraine

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine haben hunderttausende Ukrainer Schutz und Zuflucht in Deutschland und in auch Bremen und Bremerhaven gefunden. Es darf zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran bestehen, dass Deutschland die Ukraine bei der Abwehr des russischen Angriffs humanitär, wirtschaftlich, aber auch mit Waffenlieferungen unterstützt. Währenddessen müssen wir den geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern und insbesondere den zahlreichen Kindern hier vor Ort helfen. Gerade für Kinder gilt es, die Bildungs- und Hilfsangebote drastisch zu verbessern. Auch für die Zeit nach dem russischen Angriffskrieg muss Deutschland das möglichste Tun, um der Ukraine beim Wiederaufbau zu helfen.

Selbstbestimmung für den Iran

Auch im Iran stellen sich seit Monaten viele mutige Menschen dem iranischen Regime entgegen und riskieren Alles im Kampf für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Zu viele Menschen mussten diesem Kampf bereits ihr Leben oder ihre Freiheit opfern. Als Freie Demokraten stehen wir klar an der Seite freiheitssuchenden Menschen und fordern ein schnelles und geschlossenes Handeln der internationalen Gemeinschaft freiheitlich-demokratischer Staaten. Gemeinsam mit unseren Europäischen Partnern müssen wir den internationalen Druck auf das iranische Regime erhöhen und die weiteren wirksamen Sanktionen verhängen. Nur so können wir die tapferen Frauen und Männer im Iran in ihrem Kampf für bessere Frauenrechte, mehr Selbstbestimmung und gegen religiöse Repressionen unterstützen.

Taiwanesisches Institut schaffen

Seit Jahren missachtet die Volksrepublik China regelmäßig Menschen- und Freiheitsrechte im eigenen Land, und bedroht regelmäßig die Integrität souveräner Staaten und autonomer Regionen. Insbesondere Hongkong und Taiwan sehen sich permanent der Einflussnahme und Bedrohung durch China ausgesetzt. Als freiheitlich-demokratisches Land ist es unsere Pflicht den Menschen, die von Chinas Politik betroffen sind, beizustehen. Solange China die bestehende Politik national wie international fortsetzt, kann die Antwort freier Demokratien nur sein, sich zunehmend von China abzuwenden und stattdessen die Zusammenarbeit und Kooperation mit freiheitlich-demokratischen Staaten zu intensivieren.

Die Konfuzius-Institute in Deutschland dienen China dabei nicht als Begegnungs- und Austauschstätte zwischen unterschiedlichen Kulturen, sondern werden regelmäßig zu Desinformation- und Propagandazwecken der kommunistischen Regierung Chinas genutzt. Wir fordern jede Zusammenarbeit mit den Konfuzius-

Instituten einzustellen. Stattdessen sollten Bremen und Deutschland der taiwanesischen Regierung entsprechende Kooperationsangebote unterbreiten. Hierzu zählen die Schaffung eines taiwanesischen Instituts zum interkulturellen Austausch, die Verstärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehung, sowie die Kooperation im Bildungsbereich. Außerdem soll Bremen die Möglichkeit von Städtepartnerschaften mit einer taiwanesischen Stadt anbieten.